



Die Senatorin für Finanzen

Geschäftsbericht

Doppischer Jahresabschluss
Land und Stadtgemeinde Bremen

Auch mit dem vierten doppelischen Jahresabschluss wird ein umfassender Einblick in die bremische Vermögens- und Ertragslage ermöglicht. Er zeigt die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Verpflichtungen und informiert über den Ressourcenverbrauch. Im Lagebericht wird auch auf die geleisteten Anstrengungen und bewirkten positiven Veränderungen hingewiesen. Dennoch befindet sich Bremen nach wie vor in einer finanziellen Notlage, die auch aus diesem doppelischen Jahresabschluss ersichtlich wird.

Der vorliegende Geschäftsbericht zeigt, dass sich trotz positiver Entwicklungen aus den Konsolidierungsanstrengungen das Jahresergebnis insgesamt durch Einmaleffekte – wie z.B. die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aufgrund der notwendigen Zinsanpassungen – gegenüber dem Vorjahr verschlechtert hat.

Unsere Gestaltungsmöglichkeiten werden durch den zu bewältigenden Konsolidierungspfad eingeschränkt. Bremen bekennt sich aber weiterhin zur Schuldenbremse und der Verpflichtung, ab 2020 keine weiteren Kredite aufzunehmen. Steigende Sozialleistungsausgaben begrenzen unsere Spielräume zusätzlich. Dennoch wurde der Ausbau der Kindertagesbetreuung vorangetrieben und die städtischen Kliniken wurden dabei unterstützt, in Zukunft auf einem soliden finanziellen Fundament zu stehen. Damit wurden Arbeitsplätze und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung – auch über die Landesgrenzen hinweg – gesichert.

Somit zeigt sich, dass konsequente, auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik weit mehr als eine Zahl im Haushalt ist. Es geht vielmehr um die Fähigkeit der Politik, für einen Fortbestand Bremens unter lebenswerten Bedingungen für seine Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.



Foto: Vankann

Wie bereits in den Vorjahren konnten wir 2013 durch die verantwortungsvolle Haushaltspolitik erneut den Konsolidierungskurs einhalten, da Bremen seiner Verpflichtung nachgekommen ist, das jährliche Finanzierungsdefizit weiter abzubauen. Deshalb erhielt Bremen wie vereinbart die Konsolidierungshilfen vom Bund und den Ländern in Höhe von 300 Mio. Euro. Einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisteten 2013 auch die Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung und Infrastruktur.

Allen an diesem Bericht Beteiligten danke ich für ihre engagierte Mitarbeit.

Karoline Linnert
Bürgermeisterin/Senatorin für Finanzen

Lagebericht	7
Jahresabschluss	31
Vermögensrechnung zum 31.12.2013	32
Erfolgsrechnung 2013	34
Anlagengitter	36
Anhang	38
Allgemeine Angaben	39
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva	40
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva	57
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	73
Sonstige Angaben	88
Finanzrechnung zum 31.12.2013	96
Glossar	102
Abkürzungen	104
Impressum / Bildnachweis	105



Die Mitglieder des Senats (v.l. n.r.): Senator Ulrich Mäurer, Senatorin Anja Stahmann, Senator Dr. Joachim Lohse, Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Senator Dr. Hermann Schulte-Sasse und Senator Martin Günthner

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Situation des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

43.646 Euro

BIP pro Einwohner 2013 in Bremen

299.103

sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte 2013 in Bremen

Präambel

Die finanzpolitischen Rahmensetzungen des Landes und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden weiterhin maßgeblich durch den zu bewältigenden Konsolidierungspfad geprägt. Gemäß Artikel 109 und Artikel 143d Grundgesetz sind ab 2020 die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Krediteinnahmen auszugleichen. Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund sieht im festgelegten Konsolidierungskurs den vollständigen Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits des Basisjahres 2010 in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vor. Das strukturelle Finanzierungsdefizit betrug 2010 für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden 1.253,5 Mio. Euro. Es ist also eine jährliche Abbaurate von 125,35 Mio. Euro zu erbringen. Insofern ist die Bremer Finanzpolitik vor

dem Hintergrund des mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurses und der Erfüllung der Vorgaben zur Einhaltung der Schuldenbremse zu gestalten.

 INFO: Sanierungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen unter
www.finanzen.bremen.de/info/sanierungsprogramm

Die Freie Hansestadt Bremen (FHB) hat auch 2013 die vereinbarten Konsolidierungsziele gegenüber dem Stabilitätsrat erfolgreich nachgewiesen. Die im Haushaltsjahr 2013 festgelegte Obergrenze nach §2 der Vereinbarung in den Haushalten der FHB konnte deutlich unterschritten werden. Dem Land Bremen wurde somit auch 2013 als Hilfe zur Einhaltung dieser Schuldenbremse auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung die jährliche Konsolidierungshilfe in Höhe von 300 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundes gewährt.

 INFO: Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von
 Konsolidierungshilfen www.finanzen.bremen.de/info/verwaltungsvereinbarung-konsolidierungshilfe

Dabei wirkten sich einerseits auch 2013 steuerabhängige Mehreinnahmen sowie Zinsminderausgaben positiv auf die bremischen Haushalte aus. Andererseits verschlechterten sich die übrigen Haushaltspositionen gegenüber der ursprünglichen Sanierungsplanung vom Oktober 2011. Größtenteils war dies auf Sonderzahlungen im Zusammenhang mit den kommunalen Kliniken zurückzuführen, die trotz der eigenen Einsparanstrengungen notwendig waren.

Leitlinie für die nachhaltige Finanzpolitik des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ist auch weiterhin, dass die aus steuerlichen Mehreinnahmen resultierenden Verbesserungen der Einnahmesituation nicht zur Lockerung der Ausgabenpolitik genutzt werden.

In den regelmäßigen Berichten zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012–2016 werden die Rahmenbedingungen und Umsetzungserfolge der FHB im Sanierungsjahr 2013 detailliert dargestellt.

2013 setzte die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs nach der Wirtschaftskrise fort.



Speckflagge am Bremer Rathaus

Finanzpolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betrug 0,4 %.

Im vierten Quartal 2013 hatten rund 42,2 Mio. erwerbstätige Menschen einen Arbeitsort in Deutschland. Dies war ein neuer Höchststand und gegenüber dem Vorjahr konnte dieser Wert noch um rund 0,6 % gesteigert werden.

Im Durchschnitt des Jahres 2013 waren 2,95 Mio. Menschen arbeitslos. Das waren rund 53.000 Menschen mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote stieg damit um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 %. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit nahm damit erstmals seit dem Krisenjahr 2009 wieder zu.

Vgl.: Bundesagentur für Arbeit, Geschäftsbericht 2013

Im Jahr 2013 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland insgesamt 619,7 Mrd. Euro Steuern eingenommen. Damit fiel das Steuerplus gegenüber dem Vorjahr mit 19,7 Mrd. Euro, was einem Anstieg von +3,3 % entsprach, erneut deutlich positiv aus.

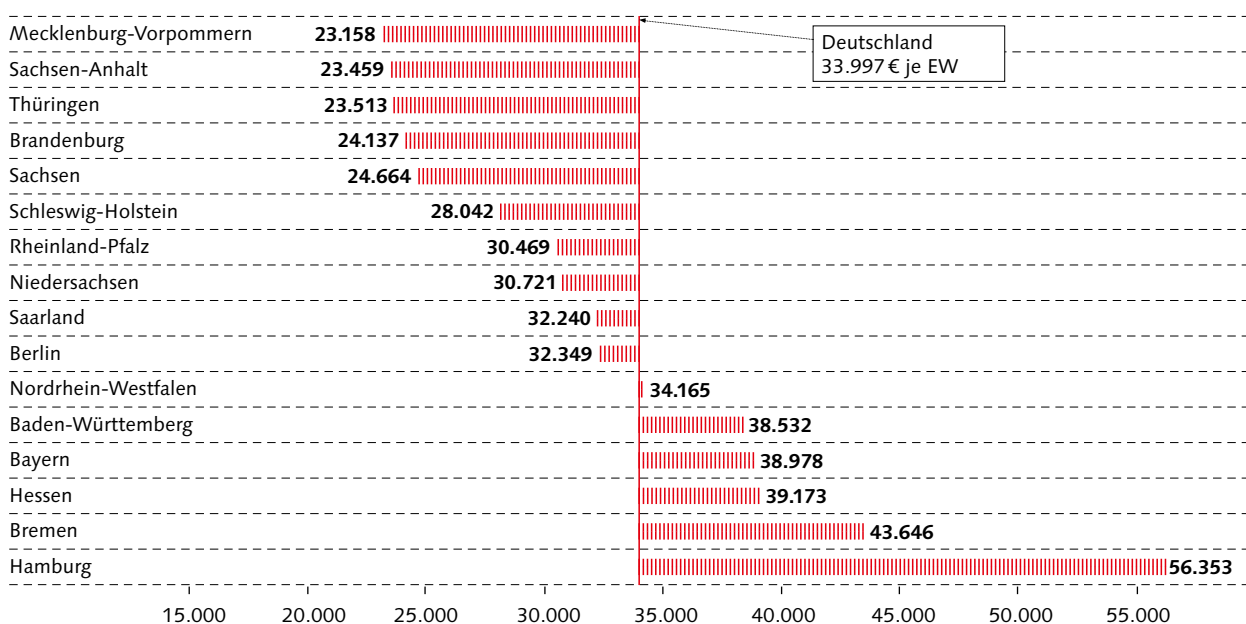
Nach der Steuerverteilung blieben davon beim Bund 259 Mrd. Euro, den Ländern 244,2 Mrd. Euro, den Gemeinden 84,3 Mrd. Euro sowie der Europäischen Union 31,1 Mrd. Euro.

Vgl.: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/Steuern/Steuerhaushalt/Aktuell.html> (30.09.2014)

Eine hohe Wirtschaftskraft, gemessen als BIP pro Einwohner, gilt als wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesländer. Im Ranking der Bundesländer belegt Bremen 2013 mit rund 43.646 Euro nach wie vor Platz 2 hinter Hamburg und liegt damit erheblich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt, der rund 34.000 Euro beträgt. Bremen konnte damit im Vorjahresvergleich eine Steigerungsrate der Wirtschaftskraft pro Einwohner von rund 2,3 % erzielen.

Obwohl 2013 die Beschäftigtenzahl in Bremen auf einen neuen Höchststand stieg, gestaltete sich die Entwicklung

Wirtschaftskraft 2013 in € je Einwohner*



Beschäftigte bis 2013

Land Bremen	2013	2012	2011	2010	2009
Beschäftigte insgesamt	299.109	296.579	291.062	284.553	283.071
Arbeitslose insgesamt	37.197	36.826	37.452	38.706	38.247
Arbeitslosenquote in %	11,6	11,2	11,6	12,0	11,8

Quelle: Bremen in Zahlen, Ausgabe 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014, Statistisches Landesamt Bremen

der Arbeitslosenquote analog zum Bundesdurchschnitt nicht so positiv wie im Vorjahr und stieg auf 11,6%.

Der positive Trend bei der Entwicklung der Einwohnerzahl im Land Bremen setzte sich auch 2013 weiter fort, sodass sich der Bevölkerungsstand von 654.744 auf 657.313 Menschen erhöhte.

Im Saldo der zugezogenen und fortgezogenen Personen ergibt sich ein Wanderungsgewinn von 4.542 Personen, der damit fast 11% über dem des Vorjahres liegt. Die hohe Anzahl der Zuzüge hat vor allem eine Zunahme der Zuwanderungen aus dem Ausland als Ursache. Der Wanderungsüberschuss dieser Gruppierung ist auf dem

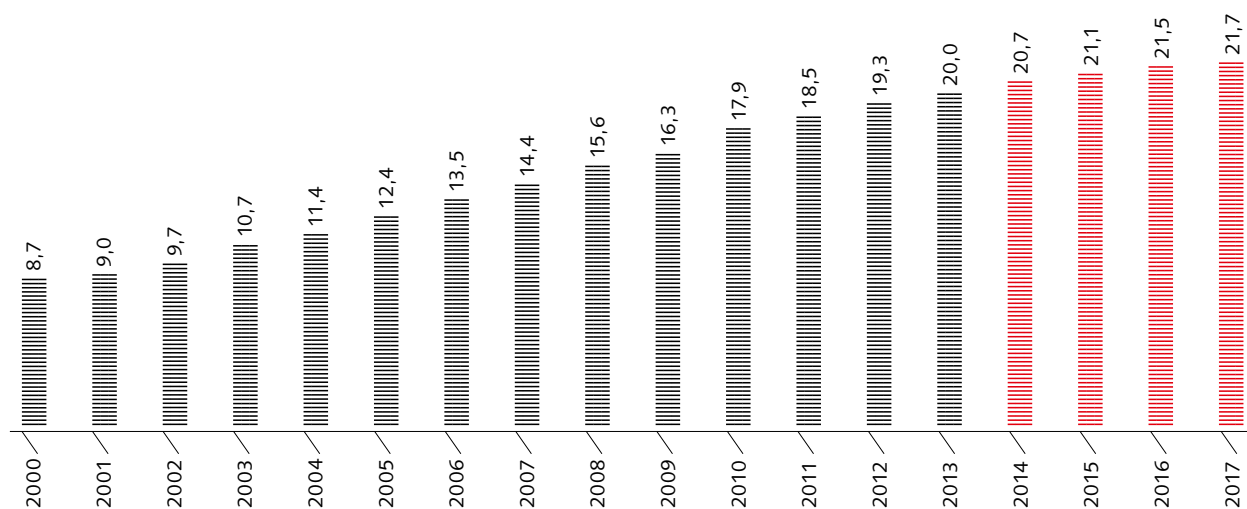
höchsten Stand seit 1989 und beträgt 5.177 Personen. Die meisten Zuwanderer kamen aus Polen mit 1.842 und Bulgarien mit 1.277 Zuzügen.

Quelle: Bremen in Zahlen, Ausgabe 2014, Statistisches Landesamt Bremen

Der Stand der fundierten Schulden des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen stieg im Jahr 2013 um rund 685 Mio. Euro auf nunmehr rund 19.978 Mio. Euro.

Seit Beginn des Konsolidierungskurses nehmen die Sondervermögen keine neuen Kredite mehr auf, sondern tilgen lediglich die in der Vergangenheit aufgenom-

Entwicklung des Schuldenstandes* im Stadtstaat Bremen in Mrd. Euro



* Fundierte Schulden zum Jahresende (einschließlich Sonderhaushalte); ab 2014 Planwerte

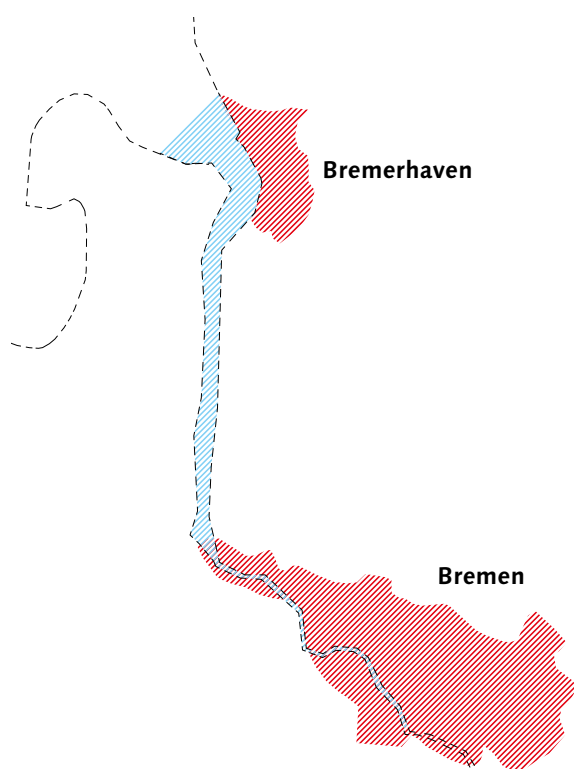
menen Kredite. Das bedeutet, dass die Kreditverbindlichkeiten der Sondervermögen kontinuierlich sinken werden. Die Nettotilgung der Sondervermögen betrug 2013 rund 90 Mio. Euro.

Nach wie vor ist zu bedenken, dass im Konsolidierungszeitraum in Bremen trotz der schrittweisen Verringerung der Nettokreditaufnahme die hohe Verschuldung des Stadtstaates, wenngleich mit rückläufigen Jahresbeträgen, bis 2017 weiter zunehmen wird.



Luftaufnahme der Bremer Altstadt

Geschäftsverlauf und Lage der öffentlichen Gebietskörperschaft



Die FHB ist ein Zwei-Städte-Staat mit der zusätzlichen Besonderheit, dass die beiden Städte Bremen und Bremerhaven räumlich voneinander getrennt sind. Nachstehend wird der Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft des Landes und der Stadtgemeinde Bremen erläutert.

Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft

2013 war wiederum geprägt von den Einsparzwängen zur erfolgreichen Umsetzung der Konsolidierungsziele.

Kapitalbedarf/Finanzierungsstrategie

Nach wie vor sieht die grundlegende Finanzierungsstrategie der FHB ein Reduzieren der Zinsausgaben unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken vor. Konkret bedeutet dies das Sichern von günstigen Zinskonditionen und die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft durch Bereitstellung der benötigten Liquidität. Diese strategische Ausrichtung gewährleistet eine hohe Planungssicherheit, die für das Einhalten der veranschlag-

ten Zinsausgaben innerhalb des Konsolidierungszeitraumes bis 2020 unerlässlich ist. Dabei erfolgt eine aktive Steuerung des Kreditportfolios, die sich den sich verändernden Marktgegebenheiten anpasst. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist ist länger als vier Jahre. Der variable Anteil der Zinssätze liegt zwischen 10 % und 30 % unter Beimischung von Geldmarktinstrumenten. Bei Marktzinssätzen unter 4 % werden Zinssicherungs- und Optimierungsgeschäfte in der Regel wirtschaftlich sinnvoll.

Finanzen/Personal

Die Personalausgaben sind ganz wesentliche Faktoren für die Finanzspielräume Bremens. Im Jahr 2013 wurde im Kernbereich Personal in einer Größenordnung von rund 58 Vollzeitstellen (VZE) abgebaut, das Beschäftigungsvolumen hat sich von 13.461 VZE im Dezember 2012 auf 13.403 VZE im Dezember 2013 verringert.

Während das Beschäftigungsvolumen im öffentlichen Bereich in der Freien Hansestadt Bremen seit Jahren rückläufig ist, müssen nach wie vor hohe Versorgungsbezüge, deren Höhe voraussichtlich bis 2020 weiter ansteigen wird, durch die Freie Hansestadt Bremen geleistet werden.

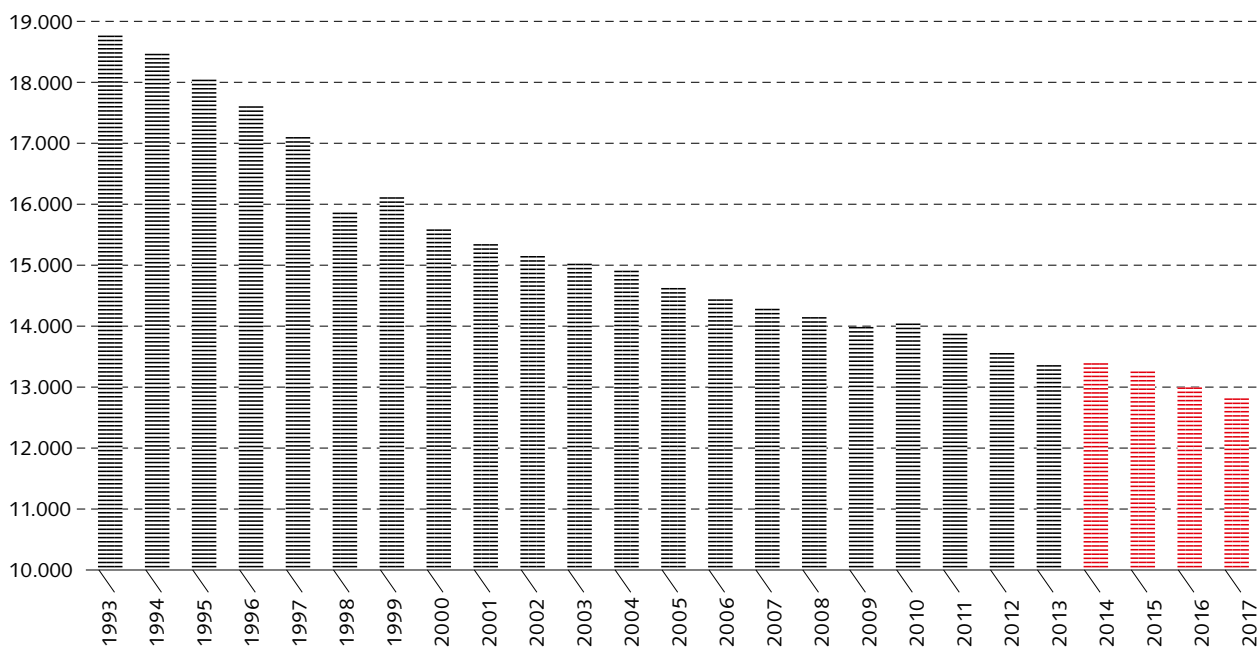
Um den Anstieg der Personalausgaben zu begrenzen, wird weiter grundsätzlich an aufgabenbezogenen Personaleinsparungen festgehalten. Allerdings hat es der Senat für erforderlich gehalten, in Dienststellen, die strukturelle Probleme haben, ihre Beschäftigungszielzahlen einzuhalten, eine Anpassung des Personalhaushaltes durch eine moderate Zielzahlenhebung ab dem Jahr 2014 durchzuführen. Eine weitere Anhebung der Beschäftigung wurde im Bildungsbereich durchgeführt, um eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Ein nachhaltiger kostensenkender Effekt wurde durch die verzögerte und nach sozialen Kriterien abgesenkte Übernahme des Tarifabschlusses im Bereich TV-L für Beamte und Versorgungsempfänger erreicht.

(Vgl. hierzu auch Nachtragsbericht Seite 26)

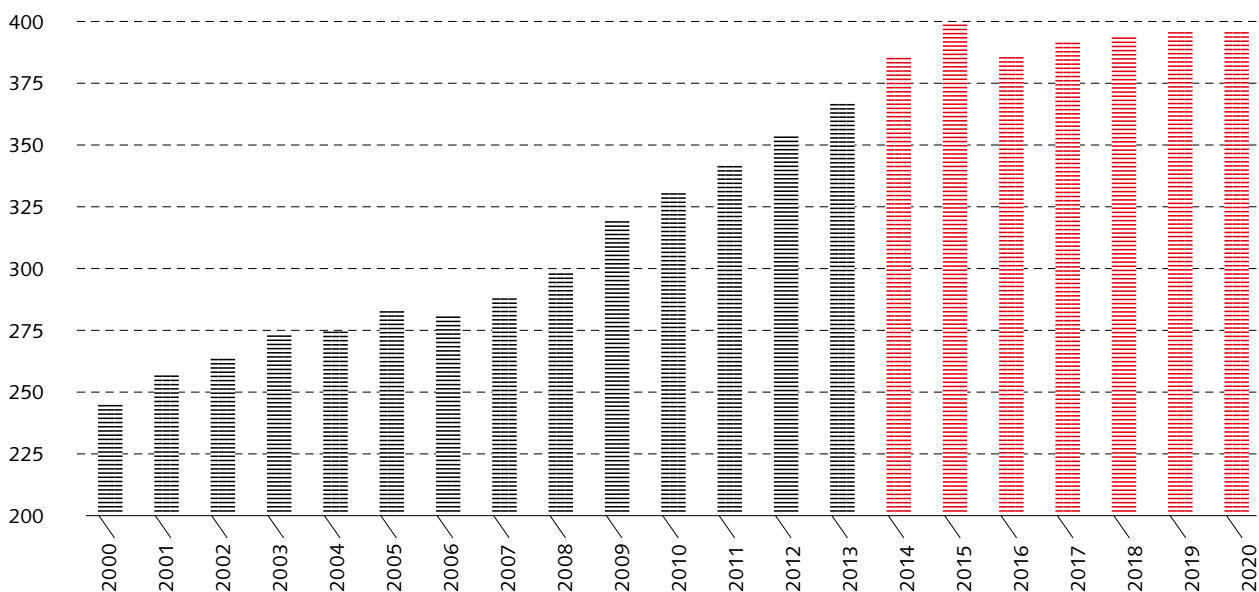
Über den Personalhaushalt hinaus wird diese Maßnahme auch im konsumtiven Haushalt bei den Empfängern von Personalkostenzuschüssen (insbesondere

Beschäftigungsvolumen *



*Umgerechnete Vollzeitkräfte (einschließlich Personalverstärkungsmittel; ohne Refinanzierte); bis 2013 Ist-Werte, ab 2014 Planwerte

Versorgungsbezüge (in Mio. Euro)*



* 2014 und 2015 fallen in der Versorgung Einmaleffekte in Höhe von 10 Mio. Euro und 15 Mio. Euro an, die auf einem Urteil zum „Versorgungsabschlag alter Art bei Teilzeitbeschäftigten“ beruhen.

im Hochschulbereich) die Kostensteigerungen deutlich abschwächen. Für die kommenden Tarifrunden wurde eine Vorsorge in Höhe von 0,9% im Jahr 2014 sowie 1,5% ab 2015 eingestellt.

Im Rahmen der Bremer Vereinbarungen 2011 bis 2013 zur Fortführung des Pakts für Ausbildung hat sich der Bremer Senat verpflichtet, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote (= Ausbildungsvolumen dividiert durch das Beschäftigungsvolumen) von 7,5 bis 8% jährlich zu realisieren. Diese Quote konnte in den letzten Jahren nicht nur eingehalten, sondern sogar überschritten werden.

 INFO: Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen
 im Berichtszeitraum 2011–2013
www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Ausbildungsbericht_2013_final_barrierefrei.pdf

Die Integration von Schwerbehinderten in das Berufsleben ist ein wichtiger Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bremens öffentlicher Dienst übernimmt dabei eine Vorreiterrolle. Die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten beträgt 5%. Die Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst der FHB betrug im Jahr 2013 insgesamt 6,96%. Im Jahresdurchschnitt waren 1.738 schwerbehinderte Frauen und Männer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Bereits seit März 2009 ist die Behindertenrechtskonvention für Deutschland verbindliches Recht und eine wichtige Leitlinie für die Behindertenpolitik in Deutschland. Auch Bremen beschäftigt sich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die zur Weiterentwicklung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen beitragen soll, und steht unmittelbar vor dem Abschluss eines Aktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Land Bremen.

Ressortübergreifendes Programm

„Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“

Zur organisatorischen Flankierung des festgelegten Personalabbau- und Konsolidierungspfades setzt die FHB nicht nur auf entsprechende Umbaumaßnahmen der Ressorts, sondern definiert mit dem Programm

„Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ (NdAW) auch übergeordnete inhaltliche Schwerpunkte für ressortübergreifende Konsolidierungsanstrengungen. Das Programm stellt eine Fortsetzung des Programms „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) dar. Während bei UVI vor allem Projekte innerhalb einzelner Ressorts umgesetzt wurden, geht es jetzt vorrangig um ressortübergreifende Projekte. Das Programm NdAW zielt damit auf strukturelle Wirkungen, die im Rahmen von Modernisierungsvorhaben innerhalb einzelner Ressorts nicht zu erzielen wären.

Inneres

Im Bereich der Straftaten ergab sich 2013 in der FHB ein weiterhin positiver Trend. Die Zahl der Straftaten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1.000 auf 85.508. Damit ist es gelungen, die niedrigste Fallzahl in der Gesamtkriminalität seit mehr als 25 Jahren auszuweisen. Die Aufklärungsquote liegt nach wie vor mit 49,8% auf einem hohen Niveau und konnte gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant gehalten werden. Seit 2009 nimmt in Bremen der Anteil junger Tatverdächtiger kontinuierlich ab. Am stärksten ist dies bei den Heranwachsenden zu beobachten, hier sank der Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf 9,7% im Jahr 2013. Grund für den Rückgang sind nicht zuletzt diverse Maßnahmen im Zuge des Programms „Stopp der Jugendgewalt“, welches bereits 2008 begonnen wurde.

Zur Umsetzung neuer Standards, wie personenorientierter Zuständigkeitsregelungen, Kundensteuerung, telefonischer Erreichbarkeit sowie erweiterter Öffnungszeiten und des Ziels verkürzter Wartezeiten, wurde die Ausländerbehörde des Stadtamts personell verstärkt. Diese Maßnahme ist eingebettet in das Projekt „Stadtamt zukunftssicher gestalten“ und verbunden mit dem strategischen Ziel der Schaffung einer Servicestelle für Aufenthaltserteilung und Einbürgerung in einer Abteilung.

Justiz und Verfassung

Um die Einnahmesituation weiter zu verbessern, will die FHB zukünftig offene Forderungen noch konsequenter betreiben. Hierzu wurde 2013 beim Senator für Justiz

und Verfassung ein Pilotprojekt zum „Forderungsmanagement in der Justiz“ initiiert. Offene – grundsätzlich beitreibbare – Forderungen aus den Jahren 2009 bis 2011 in Höhe von etwa 1 Mio. Euro, die entstanden, weil Kostenschuldner Gerichtskosten nicht zahlten, wurden nochmals intensiv überprüft. Ende 2013 konnte eine erfolgreiche Bilanz des Projektes gezogen werden, da rund 15 % des Gesamtvolumens dieser Forderungen als Einnahmen realisiert werden konnten. Zukünftig ist noch mit weiteren Einnahmen aus dieser Forderungsüberprüfung zu rechnen, da in etwa 20 % der Fälle Ratenzahlungen mit den Kostenschuldnern vereinbart wurden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die entstandenen Kosten des Projektes bereits im Januar 2014 gedeckt wurden. Die Maßnahmen zum verbesserten Forderungsmanagement sollen auch zukünftig fortgeführt und auf andere Ressorts übertragen werden.

2008 hat der Senat der FHB die Sanierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) mit einem Gesamtvolumen von 50,8 Mio. Euro beschlossen. Der erste große Bauabschnitt mit einer Bausumme von 27,6 Mio. Euro der gesamten Sanierungsmaßnahme ist abgeschlossen. Allerdings sind in dieser Bauphase u.a. aufgrund von zwischenzeitlich geänderten Sicherheitsbestimmungen (z.B. Brandschutz) Mehrkosten in Höhe von 3,1 Mio. Euro entstanden. Das Justizressort plant die Kostensteigerungen im ersten Abschnitt der Sanierungen durch Umplanungen aufzufangen und so eine Überschreitung des Gesamtkostenrahmens zu vermeiden.

Sport

2013 wurde die im Vorjahr in Auftrag gegebene Marktanalyse der Bremer Bäder GmbH vorgelegt. In dieser Analyse wurden die Wirtschaftlichkeit und zukünftige Investitionen beleuchtet. Im Ergebnis wurde den Bremer Bädern eine vergleichsweise hohe Kostendeckungsrate attestiert. Einsparpotenziale konnten nicht identifiziert werden. Diese Untersuchung ergab, dass in den Bremer Bädern ein erhöhter Investitionsstau besteht. Es wurde eindeutig von der Übernahme des Sportbades Universität abgeraten, da sich das Bad in keinem annehmbaren technischen und baulichen Zustand befindet. Zwecks integrierter Lösung des Sanierungsstaus an zwei weiteren Standorten größerer Bäder wurde eine

Planungsgruppe auf Staatsräteebene initiiert, die die Sanierungsbedarfe im Sinne einer Zusammenlegung von Bäderstandorten prüfen soll. Dabei sollen insbesondere die sich so ergebenden Einsparpotenziale im Hinblick auf die Entwicklung des jährlichen Betriebskostenzuschusses sowie im Baukostenbereich bezüglich der Sanierungsmaßnahmen untersucht werden.

Neben der grundsätzlichen Sportförderung an die verschiedenen Sportvereine und -verbände konnten im Jahr 2013 zwei Sportplätze mit einem Investitionsvolumen in Höhe von insgesamt 0,55 Mio. Euro saniert werden, die der Sicherstellung eines geregelten Sportbetriebs dienen. Ferner befand sich eine neue Sportentwicklungsplanung Bremens für die nächsten 10 bis 15 Jahre unter der Leitung des Stuttgarter Instituts für Kooperative Sportentwicklungsplanung in Vorbereitung. Diese soll im Jahr 2014 sowohl eine qualitative Überprüfung u. a. der Schwerpunkte der Sportförderung vornehmen, aber auch untersuchen, welcher Sportstättenbedarf in den kommenden Jahren in welchen Stadtteilen noch vorhanden ist, und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der bremischen Sportstättenstruktur geben.

Bildung und Wissenschaft

Auch im Jahr 2013 wurde das Ganztagsschulprogramm konsequent fortgeführt. Zum Schuljahr 2013/2014 trat die neue Ganztagsschulverordnung in Kraft, welche Transparenz und einheitliche Regelungen für die gebundene, teilgebundene oder offene Organisationsform bietet. Die Kapazität konnte an offenen Ganztagsschulen um 220 Plätze erhöht werden, insgesamt stehen damit bereits 1.159 Plätze für Bildungs- und Betreuungsangebote am Nachmittag zur Verfügung. An einer gebundenen Ganztagsgrundschule nehmen stadtweit nunmehr 4.573 Kinder teil, im Sekundarbereich I sind es 8.744 Schülerinnen und Schüler.

Beim Inklusionsanteil, also dem Anteil der inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an allen Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, war Bremen auch im Schuljahr 2012/2013 wieder bundesweiter Spitzenreiter. Während im Bundesdurchschnitt der Inklusionsanteil bei 28,2 % liegt, erfüllt Bremen eine mehr als doppelt so hohe Quote von 63,1 %.

Für die weitere Durchsetzung der inklusiven Beschulung in Bremen wurde 2013 die „Erste Verordnung für unterstützende Pädagogik“ beschlossen.

2011 wurden mit der Finanzierungsunterstützung des Bundes 50 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingestellt, die größtenteils einzelfallbezogen agieren und Schülerinnen und Schülern bei individuellen Problemen helfen, zwischen Personengruppen vermitteln sowie bei Bedarf an entsprechende Einrichtungen verweisen. Das Land Bremen hat ohne Finanzierung des Bundes die Fortführung der Schulsozialarbeit beschlossen und in Bremen und Bremerhaven installiert.

Die Zahl der Studienanfänger ist in den letzten Jahren aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und des Aussetzens der Wehrpflicht bundesweit und auch in Bremen deutlich angestiegen. Der im Jahr 2007 gestartete Hochschulpakt 2020 hat als Ziel, dieses Studierendenhoch zu bewältigen, indem Bund und Länder zusätzliche Mittel in den Ausbau von Studienplätzen investieren. Die derzeit laufende Phase 2 des Hochschulpaktes umfasst die Jahre 2011–2015. Seit 2007 hat Bremen bisher rund 115 Mio. Euro an Bundesmitteln erhalten. Derzeitig verhandeln Bund und Länder über eine Fortsetzung des Hochschulpaktes in einer 3. Phase, die dann den Zeitraum bis 2020 umfassen wird.

Nach den aktuellen Vorausberechnungen der KMK werden im Zeitraum 2015–2020 bundesweit rund 760.000 zusätzliche Studienanfänger erwartet. Sollten diese Zahlen eintreten und sollten auch die Anfängerzahlen in Bremen weiterhin auf dem bisherigen sehr hohen Niveau bleiben, dann kann Bremen noch einmal bis zu 189 Mio. Euro erwarten. Mit den Mitteln des Hochschulpaktes werden die bremischen Bemühungen unterstützt, weiterhin ein attraktives Studienangebot für den Wissenschaftsstandort Bremen vorzuhalten.

Der Wissenschaftsrat hat das Wissenschaftssystem des Landes Bremen in einem Gutachten von Oktober 2013 als leistungsfähig und förderungswürdig bewertet. Insbesondere hervorgehoben wurden die Forschungs- und Drittmittelstärke der Universität Bremen sowie die erfolgreiche Internationalisierung des Studienangebots der Hochschule Bremen. Vorschläge zur Steigerung der Leistungsfähigkeit hat der Rat bei der Qualität von Lehre und Forschung der Hochschulen im Land Bremen gemacht. Diese Empfehlungen bildeten die Grundlage für den Wissenschaftsplan 2020, den der Senat am 5. August 2014 beschlossen hat.

Kultur

Die bremischen Museen haben das vergangene Jahr mit guten Ergebnissen abgeschlossen, so wurden 2013 in der Stadt Bremen rund 424.000 Besucherinnen und Besucher gezählt.

Das Übersee-Museum hat durch die im Oktober 2013 eröffnete Dauerausstellung „Afrika“ einen Aufwärtstrend auf 109.786 Besucher verzeichnen können. Die interessante und vielseitige Ausstellung steigert die Attraktivität des Museums sowohl für Bremerinnen und Bremer als auch für Touristen.

Positiv fiel auch mit mehr als 125.000 Besucherinnen und Besuchern die Besucherbilanz der Kunsthalle Bremen aus. Dies ist als Beleg für die hohe Qualität der Aktivitäten des Hauses zu werten – zumal 2013 ein Jahr ohne ganzjährige Großausstellung wie „Friedensreich Hundertwasser – Gegen den Strich“ (2012) oder die im Februar 2014 gestartete „Sylvette, Sylvette, Sylvette. Picasso und das Modell“ war.



Die Kunsthalle Bremen

Soziales, Kinder und Jugend

Der Rechtsanspruch für die Kindertagesbetreuung für unter dreijährige Kinder wurde ab dem 1. August 2013 erfüllt. Im Kita-Jahr 2013/2014 werden damit mit über 6.000 Kindern 45 % aller unter Dreijährigen betreut. Das waren rund 700 mehr als im Vorjahreszeitraum. Die erfolgreiche Umsetzung des Rechtsanspruchs ist nicht zuletzt den engagierten und flexiblen Trägern zu verdanken. Von der Stadtgemeinde Bremen wurden etwa 147 Mio. Euro im Jahr 2013 für die Kindertagesbetreuung aufgewandt. Bremen sieht den Ausbau der Kindertagesbetreuung als ein maßgebliches Zukunftsthema an und setzt deshalb hier einen besonderen Schwerpunkt. Dies zeigte sich auch an den Personalschlüsseln in der Kindertagesbetreuung, bei denen Bremen weiterhin einen Spitzenplatz einnimmt.

Sozialleistungen beruhen zum großen Teil auf einem individuellen Rechtsanspruch. Sie entstehen, wenn Personen Leistungen benötigen und ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreichen, diese selbst zu finanzieren. Insofern ist die Anzahl der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger grundsätzlich nicht steuerbar. Aufgrund der Stadtstaatssituation ist Bremen u.a. wegen seiner Aufgaben als überörtlicher Sozialhilfeträger in besonderem Maße betroffen. Sozialleistungen stellen somit das Land als auch die Kommune im Rahmen des einzuhaltenden Konsolidierungskurses aufgrund der seit Jahren steigenden Sozialleistungsausgaben vor große Probleme.

Die Sozialleistungsausgaben wurden 2013 im Ist-Ergebnis gegenüber dem Haushaltsanschlag um 31,3 Mio. Euro überschritten und betrugen 2013 766 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben damit um 6,2 %. Diese Mehrausgaben wurden größtenteils für Kostenerstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Asyl, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) sowie bei den Erziehungshilfen verursacht.

Die Erhöhung des Bundesanteils an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 45 % im Jahr 2012 auf 75 % im Jahr 2013 führte gegenüber der Veranschlagung zu Mehreinnahmen in Höhe von 28 Mio. Euro, die zur Deckung der o.g. Mehrausgaben herangezogen werden konnten.

Bremen betrachtet es als ständige Aufgabe, den Zuwachs bei den Sozialleistungsausgaben durch Steuerungsmaßnahmen wenn möglich zu begrenzen bzw. auf der Einnahmenseite für zusätzliche Deckungsbeiträge zu sorgen, und setzt bei der Steuerung seiner Sozialleistungen insbesondere auf Prävention. Deshalb werden Wohnungsverluste vermieden, älteren Menschen Hilfen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit angeboten, Selbsthilfestrukturen und Nachbarschaftshilfen unterstützt und vorgelagerte Hilfesysteme wie z. B. die Pflegeversicherung vorrangig genutzt.

Im Jahr 2010 startete im Stadtteil Walle das wissenschaftlich begleitete Projekt „Erziehungshilfen, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ES PQ). Es verfolgt u. a. den Ansatz, Casemanager/-innen in stärkerem Maße als bisher darin zu schulen, hilfeschuchende Familien, Kinder und Jugendliche intensiv zu beraten, eng zu begleiten und deren eigene Ressourcen zu mobilisieren. Erwartet wurden Einsparungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung. 2013 zeigten die Auswertungen erstmals so deutliche positive Abweichungen in der Ausgabenentwicklung des Waller Standorts gegenüber der gesamtbremschen Entwicklung, dass der Senat die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und das Amt für Soziale Dienste beauftragte, ein Konzept zum Transfer der in Walle erprobten Arbeitsweisen auf das gesamte Jugendamt zu erstellen.

Vor große Herausforderungen wurde die FHB durch die stark steigenden Zugangszahlen von Flüchtlingen gestellt. Kamen 2010 noch 378 Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Bremen, waren es 2013 bereits 1.111 Flüchtlinge. Sie sind zu versorgen, zu betreuen, unterzubringen und zu integrieren. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse die Basis aller Integrationsaktivitäten bildet. Unter Federführung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wurden in kurzer Zeit in einem ressortübergreifend angelegten Prozess Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen konzipiert. Dazu gehörten schulische Vorkurse und Sprachkurse für Erwachsene, aber auch die Unterstützung von Aktivitäten Ehrenamtlicher in den Stadtteilen mit Übergangswohnheimen. Darüber hinaus wurden zusätzliche Personalkapazitäten

für die Zentrale Aufnahmestelle sowie die Ausländerbehörde und die Sozialzentren zur Verfügung gestellt. Mit der Bewilligung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Errichtung von Mobilbauten wurde dem Problem fehlender Unterbringungsmöglichkeiten begegnet.

Gesundheit

Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH ist mit einem Jahresumsatz von über einer halben Milliarde Euro der umsatzstärkste Leistungserbringer der Gesundheitswirtschaft in Bremen. Über 100.000 Patientinnen und Patienten werden pro Jahr im Klinikverbund stationär aufgenommen und vergleichbar viele als Notfall ambulant behandelt. Die Kliniken der Gesundheit Nord versorgen Patientinnen und Patienten mit höchster Erkrankungsschwere und halten ein entsprechendes breites Behandlungsspektrum zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung Bremens und des Umlandes vor.

Im gesamten Bundesgebiet ist die finanzielle Situation von Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft kritisch. Jedes vierte Krankenhaus ist von Insolvenz bedroht, maßgeblich hierfür sind in erster Linie gleichbleibende Erlöse bei steigenden Personal- und Sachkosten. Der Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH hatte – nicht zuletzt wegen dieser Kosten-Erlös-Schere – bereits in den letzten zwei Jahren Verluste in Höhe von über 30 Mio. Euro hinnehmen müssen.

Die FHB hat deshalb den Zukunftsplan 2017 ins Leben gerufen. Dieser sieht in den Bereichen der Sachkosten, der Verwaltung, der Servicebereiche und des Personalmanagements wie auch in einer geringen Erlössteigerung erhebliche Optimierungspotenziale.

Im Zuge des Zukunftsplans 2017 wurden 2013 umfassende finanzielle Unterstützungen für die kommunalen Krankenhäuser der Stadtgemeinde Bremen beschlossen. Bis 2017 sollen 98 Mio. Euro an Investitionsmitteln in die Kliniken fließen. Bremen verbürgte sich in Höhe von 35 Mio. Euro für den Teilersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte, zusätzlich sollen 43,7 Mio. Euro als Ausgleich für die finanziellen Belastungen durch diesen Bau als Kapitalaufstockung an die Krankenhäuser

gehen. Außerdem wurde das Kapital um weitere 15 Mio. Euro im Jahr 2013 erhöht, für 2016/2017 ist eine weitere Erhöhung von 10 Mio. Euro geplant. Der Zukunftsplan 2017 sieht darüber hinaus eine Schuldübernahme von 110,8 Mio. Euro im Jahr 2013 vor, wodurch eine Ergebnisverbesserung um 47,3 Mio. Euro bis 2017 aufgrund von sinkenden Zinsausgaben für die Krankenhäuser entstehen soll.

Bremen hat am 3. Mai 2013 zusammen mit den Ländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein einen Antrag zur Weiterentwicklung des Vergütungsrechts für Krankenhäuser in den Bundesrat eingebracht. Diesem Antrag hat der Bundesrat mit Mehrheit zugestimmt. Darin kritisiert der Bundesrat, dass die Krankenhäuser mit den von ihnen nicht zu beeinflussenden Kostensteigerungen von der Bundesregierung allein gelassen werden.

Umwelt, Bau und Verkehr

„Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt!“ Unter dieser neuen Leitlinie wird sich die Weserstadt als eine attraktive Metropole weiterentwickeln. Hierfür sind gute und bezahlbare Wohnungen in einer ausreichenden Anzahl eine Grundvoraussetzung. Durch ein neues Wohnraumförderungsprogramm mit einem Volumen von rund 40 Mio. Euro sollen der Neubau und die Modernisierung von insgesamt rund 700 sozialgebundenen Wohnungen für die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten sichergestellt werden.

Maßnahmen wie das Bremer Wohnraumförderungsprogramm sowie das „Bündnis für Wohnen“ mit den Akteuren am Wohnungsmarkt zur Schaffung und Erhaltung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums auch für Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen sollen einer zielorientierten Wohnungsbaupolitik dienen und zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl Bremens führen. Im Jahr 2013 wurden rund 1.600 Baugenehmigungen erteilt, das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Stand von vor fünf Jahren. Die Wohnungsbauvorhaben kommen hervorragend voran, die Nachfrage nach Baugenehmigungen hält weiter an. Dass zusätzliche Menschen nach Bremen ziehen, lässt sich bereits eindeutig konstatieren.

Dazu entstehen ganze Quartiere neu. In der Östlichen Vorstadt Bremens wird beispielsweise auf dem heutigen Grundstück des Klinikums Bremen-Mitte durch den Umbau des Klinikums ab 2016 eine knapp 14 Hektar große Fläche in bester innerstädtischer Lage frei. Diese Fläche soll unter konsequenter Bürgerbeteiligung zu einem neuen städtischen Quartier (Hulsberg-Viertel) umgebaut werden. Auf Basis des aktuellen städtebaulichen Entwurfes wurde gemeinsam intensiv diskutiert, was der spätere Bebauungsplan verbindlich und nachhaltig festsetzen soll.

Im Verkehrsbereich wurde im Jahr 2013 die seit Jahren in Bau befindliche Straßenbahnverlängerung der Linie 4 ins niedersächsische Lilienthal weiterhin vorangetrieben. Inzwischen ist die Verbindung mit wachsendem Erfolg in Betrieb. Die prognostizierten Fahrgastzahlen werden weit übertroffen. Es gelingt, den ÖPNV nachhaltig zu stärken.

Die Planungen für die Verlängerungen der Linien 1 im Bremer Stadtteil Huchting und 8 nach Weyhe über Stuhr in Niedersachsen wurden weiter konkretisiert. Für den niedersächsischen Teil der Linie 8 ist im Jahr 2013 der Planfeststellungsbeschluss ergangen.

Für den Weiterbau der A281 wurden wichtige Meilensteine erreicht. Die Entwurfsplanung für die Variante 4 Süd des Bauabschnittes 2/2 wurde modifiziert. Inzwischen liegt dazu der Gesehenvermerk vor. Die Bremische Bürgerschaft hat zudem den bremischen Kostenanteil in Höhe von 30,6 Mio. Euro für das Teilstück bewilligt. Im Bauabschnitt 3/2 konnten die Bauarbeiten zur Anbindung des Güterverkehrszentrums entscheidend vorangetrieben werden, sodass dieses Teilstück 2014 freigegeben werden konnte. Dies wird auch die Bremer Innenstadt entlasten.

Gleichzeitig ist im Jahr 2013 das Innenstadtkonzept entwickelt worden. Dies bezieht sich explizit auch auf Stadtteile links der Weser. Im Vordergrund steht zudem die Entwicklung und Stärkung des Einzelhandels. Ein Meilenstein war die Entwicklung und Ausschreibung zum Ansgar-Citycenter.

Im Bereich Klimaschutz wurde im Juli 2013 das Energiesparprogramm beschlossen. Bremen leistet damit einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz und erzielt so eine dauerhafte finanzielle Entlastung durch geringere Energiekosten. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf stromsparenden Maßnahmen. Darüber hinaus werden bauliche Wärmeschutzmaßnahmen in Projekte des sogenannten Energiesparcontracting integriert.

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Innerhalb und außerhalb Europas leiden zahlreiche Volkswirtschaften nach wie vor unter den Auswirkungen einer konjunkturellen Krise. Dieser Umstand hat auch in der Hafenbilanz 2013 seine Spuren hinterlassen. Der Gesamtumschlag ging so von 84 Mio. auf 78,8 Mio. Tonnen zurück, was ein Minus von 6,2 % darstellt. Der Umschlag von Automobilen hielt sich mit einem leichten Minus beinahe auf Vorjahresniveau. Innerhalb des Jahres 2013 hatten sich die Umschlagzahlen hier und bei Containern deutlich verbessert.

In Bremen wird das Arbeitsmarktprogramm PLUS für weitere 4,5 Jahre bis Ende 2017 fortgesetzt. Ziel des Programms ist es, zum Abbau von Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen beizutragen und somit eine dauerhafte Integration in das soziale Gebilde „Betrieb“ zu schaffen. Hierzu werden rund 3,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um Unternehmen, die schwerbehinderte Menschen einstellen, Lohnkostenzuschüsse von bis zu 100 % des Arbeitsentgelts sowie bei Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses eine Prämie zu zahlen.

Mit der Gründung einer Jugendberufsagentur in der FHB soll es nicht nur eine zentrale Anlaufstelle für Jugendliche geben, in der alle Angebote unter einem Dach vereint sind, sondern auch das gemeinsame und übergreifende Ziel verfolgt werden, allen jungen Menschen die Chance auf einen Berufsabschluss zu eröffnen. Seit Oktober 2013 prüft deshalb eine Projektgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der senatorischen Dienststellen, des Magistrats Bremerhaven, der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven und der Jobcenter Bremen und Bremerhaven, in welcher Form der verfolgte Ansatz einer Jugendberufsagentur in Bremen umgesetzt werden kann.

2013 wurde eine Reihe wirtschaftspolitischer Beschlüsse gefasst. So wurden 51 Mio. Euro für den zweiten Bauabschnitt des Gewerbeparks Hansalinie freigegeben, der der Entstehung einer 54 Hektar großen Gewerbefläche dienen soll. Die Hansalinie schafft dadurch wichtige Voraussetzungen für weitere Arbeitsplätze im Bremer Osten.

In der Bremer Überseestadt werden in einem zweiten Bauabschnitt die Infrastruktur sowie die Verlängerung der Überseepromenade mit einem Volumen von rund 10 Mio. Euro in Angriff genommen. 4,7 Mio. Euro der Gesamtkosten werden aus dem EFRE-Programm der EU finanziert.

In unmittelbarer Nachbarschaft der Jacobs University Bremen (JUB) soll ein Science-Center entstehen. Die Realisierung eines Wissenschaftszentrums soll ein wichtiger erster Baustein des Science-Parks werden. In enger inhaltlicher Abstimmung mit der JUB soll sich das Wissenschaftszentrum an den Forschungsschwerpunkten der JUB orientieren.

Das Universum Bremen ist auch aufgrund seiner markanten Architektur ein wertvoller Imageträger für Bremen und mit über 200.000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr ein wichtiger Zuschauermagnet. Im Rahmen eines nachhaltigen Ausstellungs- und Finanzierungskonzepts wurde deshalb beschlossen, dass Bremen den Betrieb des Universums und Altschulden in Höhe von 1 Mio. Euro übernimmt. Zusätzlich wurde ein jährlicher Zuschuss von voraussichtlich rund 500.000 Euro zum laufenden Betrieb einkalkuliert. Für den Umbau werden insgesamt 5 Mio. Euro aus dem europäischen EFRE-Programm zur Verfügung gestellt. Mit diesen Maßnahmen soll das Universum weiterhin als wichtiger außerschulischer Lernort für alle Altersgruppen dienen.

Die Arbeiten am neuen Weserdeich in Bremerhaven wurden 2013 abgeschlossen. Die Planungs- und Baukosten belaufen sich auf ca. 6 Mio. Euro, 70% davon finanzierte der Bund, die restlichen 30% werden vom Land Bremen getragen. Der Weserdeich wurde um etwa 15 Meter verbreitert und um bis zu zwei Meter erhöht. Mit diesen Maßnahmen reagiert Bremerhaven schon heute auf die Folgen der globalen Erwärmung

und ist somit gegen die steigende Zahl schwerer Sturmfluten gewappnet.

Informationstechnologie

Das IT-Projekt BASIS.bremen (Büroarbeitsplatz Standard Infrastruktur Service) beschäftigt sich mit der flächendeckenden Einführung eines standardisierten IT-Supports im Kernbereich der FHB. Alle IT-Arbeitsplätze sollen in Zukunft von dem IT-Dienstleister Dataport betreut werden. Von diesem Vorhaben sind derzeit 6.000 Arbeitsplätze betroffen. Bis Ende 2013 wurden insgesamt 2.053 Standard-IT-Arbeitsplätze eingerichtet. Durch die Umstellung sollen die Beschäftigten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes entlastet, Kosten gesenkt und die Sicherheitsstandards erhöht werden.

Die bisherigen IT-Verfahren im Bereich des bremischen Personalmanagements werden im Zuge des Modernisierungsprojektes KoPers (Kooperation im Bereich der Personaldienste) durch eine integrierte Standardsoftwarelösung ersetzt. Die Neuausrichtung der IT-Unterstützung soll zusätzlich zum bisherigen Funktionsumfang unter anderem auch ein elektronisches Bewerbungsmanagement und eine elektronische Personalakte ermöglichen.

Darstellung der Lage

Im Folgenden werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der FHB und deren Entwicklung dargestellt.

Nach wie vor wird der Buchungsstoff der Finanzbuchhaltung, die dem doppelten Jahresabschluss zugrunde liegt, überwiegend aus dem kameralen Rechnungswesen übergeleitet. Durch die Optimierung der Geschäftsprozesse im Rechnungswesen wird die Qualität kontinuierlich verbessert.

Im doppelten Jahresabschluss 2013 zeigen sich die Auswirkungen einer auf Transparenz und Nachhaltigkeit ausgerichteten Finanzpolitik. Geschäftsvorfälle, wie beispielsweise die Schuldübernahme von der Gesundheit Nord (GeNo) oder die Anpassung des Dotationskapitals im Sondervermögen Gewerbeflächen, die

Erfolgsrechnung 2013

	2012	2013	Veränderung ggü. Vorjahr Euro	Veränderung ggü. Vorjahr %
	Euro	Euro		
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.199.965.617,46	2.309.019.344,64	109.053.727,18	4,96
Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.046.422.526,63	1.138.295.419,09	91.872.892,46	8,78
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	427.657.520,30	499.225.345,10	71.567.824,80	16,73
Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	159.435.985,21	158.531.306,68	-904.678,53	-0,57
Sonstige Erträge	41.434.718,81	54.664.527,65	13.229.808,84	31,93
Summe Erträge	3.874.916.368,41	4.159.735.943,16	284.819.574,75	7,35
Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-292.198.608,96	-278.548.747,02	13.649.861,94	-4,67
Personalaufwand	-1.501.585.823,07	-1.853.038.099,85	-351.452.276,78	23,41
Abschreibungen	-119.936.383,04	-126.481.836,18	-6.545.453,14	5,46
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.080.308.571,70	-2.184.829.633,15	-104.521.061,45	5,02
Sonstige Aufwendungen	-133.242.779,97	-144.279.977,29	-11.037.197,32	8,28
Summe Aufwendungen	-4.127.272.166,74	-4.587.178.293,49	-459.906.126,75	11,14
Verwaltungsergebnis	-252.355.798,33	-427.442.350,33	-175.086.552,00	69,38
Erträge aus Beteiligungen	12.658.212,77	10.900.785,39	-1.757.427,38	-13,88
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	305.911.864,30	302.694.202,92	-3.217.661,38	-1,05
Zinsen und ähnliche Erträge	358.007.511,11	279.615.786,42	-78.391.724,69	-21,90
Abschreibung auf Finanzanlagen	-423.399,76	-292.028.289,83	-291.604.890,07	68.872,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.198.162.279,99	-1.114.371.971,74	83.790.308,25	-6,99
Finanzergebnis	-522.008.091,57	-813.189.486,84	-291.181.395,27	55,78
Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-774.363.889,90	-1.240.631.837,17	-466.267.947,27	60,21
Außerordentliche Aufwendungen	-22.584.679,77	0,00	22.584.679,77	-100,00
Außerordentliches Ergebnis	-22.584.679,77	0,00	22.584.679,77	-100,00
Steuern	-11.739,48	-10.200,94	1.538,54	-13,11
Jahresfehlbetrag	-796.960.309,15	-1.240.642.038,11	-443.681.728,96	55,67

im kameralen Rechnungswesen nicht ersichtlich sind, werden im doppischen Jahresabschluss berücksichtigt.

Durch den Entzug der Kreditermächtigungen der Sondervermögen werden die Finanzierungsvorgänge nicht mehr außerhaushaltsmäßig, sondern im Kernhaushalt der FHB abgewickelt. Für die Sondervermögen notwendige Kredite werden nun im Kernhaushalt aufgenommen und mit den entsprechenden Zinszahlungen getilgt. Die von den Sondervermögen benötigten Mit-

tel werden an diese in Form von Zuweisungen gezahlt. Diese Finanzierungsvorgänge werden somit ebenfalls im doppischen Rechnungswesen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen transparent dargestellt.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird das Gesamtergebnis auf einzelne Teilergebnisse aufgeteilt. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg beeinflussen.

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis ermittelt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppelten Jahresabschluss, d. h., es fokussiert sich dabei auf den Ressourcenverbrauch und die Ertragsentstehung, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung der FHB stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus den Finanzierungsgeschäften werden deshalb hier nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften der Eindruck entsteht, dass die Finanzierungsgeschäfte mittlerweile zu den originären Aufgaben einer Gebietskörperschaft gehören.

Das Verwaltungsergebnis verschlechterte sich um rund 69% gegenüber dem Vorjahr auf rund –427,44 Mio. Euro. Die folgende Detailanalyse zeigt, dass sowohl positive als auch negative Entwicklungen dieses Ergebnis beeinflusst haben: Die Summe der Erträge hat sich 2013

um rund 284,82 Mio. Euro erhöht. Ursächlich hierfür sind zu einem großen Teil die Steuern und steuerähnliche Erträge, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 109,05 Mio. Euro gesteigert haben. Insbesondere die Lohnsteuer mit einem Plus von rund 52,84 Mio. Euro und die Umsatzsteuer mit 86,99 Mio. Euro höheren Einnahmen tragen zu dieser deutlichen Steigerung bei. Zusätzlich hat die Erhöhung der Gewerbesteuer Ergebnisse gezeigt. Bei dieser Steuerart wurden rund 49,59 Mio. Euro mehr eingenommen als im Vorjahr.

Allerdings waren 2013 auch Steuermindereinnahmen zu verbuchen. Die Körperschaftsteuer sank um 21,48 Mio. Euro, die Einfuhrumsatzsteuer um 13,21 Mio. Euro und die Erbschaftssteuer um 15,40 Mio. Euro.

Auch die Erträge aus den Finanzausgleichsbeziehungen haben sich 2013 mit einem Plus von 91,87 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr erfreulich entwickelt.



„Umgedrehte Kommode“ – ältester Bremer Wasserturm aus dem 19. Jahrhundert

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um rund 71,57 Mio. Euro. Dieses resultiert im Wesentlichen aus der erhöhten Erstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+29,01 Mio. Euro) und aus sonstigen Zuschüssen aus der Europäischen Union (+20,67 Mio. Euro).

Die Summe der Aufwendungen hat sich 2013 um rund 459,90 Mio. Euro erhöht. Die Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit konnten zwar um 13,65 Mio. Euro reduziert werden, aber die übrigen Aufwandsarten wiesen teils deutliche Steigerungsraten auf.

Stark das Ergebnis bestimmend wirkte sich die Erhöhung der Personalaufwendungen in Höhe von rund 351,45 Mio. Euro entsprechend 23,41 % aus. Im Wesentlichen ist diese Erhöhung durch die Bildung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen begründet. In den Standards der staatlichen Doppik wurde der Zinssatz für die Abzinsung der zukünftig zu leistenden Zahlungen von 4,50 % p.a. auf 3,95 % p.a. reduziert. Damit erfolgte eine Anpassung an die allgemeine Entwicklung der Zinsen an den Kreditmärkten. Eine Reduktion des Abzinsungszinssatzes bewirkt bei gleichbleibenden zukünftigen Erfüllungsbeträgen, dass aus heutiger Sicht die Zuführung zu den Rückstellungen erhöht werden muss, da sich die Rückstellungsbeträge weniger stark auf den zukünftigen Erfüllungsbetrag verzinsen. Insgesamt wurden 2013 rund 671,19 Mio. Euro zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zugeführt. Der Anteil, der davon auf die Reduktion des Zinssatzes entfällt, beträgt rund 502,97 Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind ebenfalls deutlich gegenüber dem Vorjahr um rund 104,52 Mio. Euro gestiegen.

Die Sozialleistungen sind der wesentlichste Teil der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse an natürliche Personen. Gegenüber 2012 stiegen diese Aufwendungen um rund 33,73 Mio. Euro. Hierin sind auch die stark angestiegenen Kosten für Flüchtlinge enthalten. Auch die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

haben sich um rund 47,77 Mio. Euro gegenüber 2012 stark erhöht. Hiervon haben vor allem Sondervermögen und öffentliche Unternehmen profitiert.

Die sonstigen Aufwendungen haben sich um 11,04 Mio. Euro gesteigert. Bei den Versicherungsbeiträgen sind gegenüber dem Vorjahr rund 7,1 Mio. Euro mehr für Versicherungssteuer im Rahmen des Haftpflichtschadenausgleichs der Deutschen Großstädte zu verbuchen.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich 2013 nach wie vor positiv. Der Durchschnittssatz für das bremische Schuldenportfolio war mit einem Zinssatz von 3,40 % weiterhin niedrig.

Dennoch verschlechterte sich das Finanzergebnis um rund 291,18 Mio. Euro, da sich die Finanzerträge um rund 83,37 Mio. Euro verminderten und die Finanzaufwendungen um rund 207,81 Mio. Euro erhöhten. Die Erträge aus Beteiligungen verminderten sich zwar nur geringfügig um 1,76 Mio. Euro und auch die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen waren mit einem Rückgang von rund 3,22 Mio. Euro nur gering rückläufig. Ausschlaggebend für eine Reduzierung auf der Ertragsseite waren vielmehr die Erträge aus Zinsen und ähnliche Erträge mit einer Verringerung von 78,39 Mio. Euro. Darin war auch der Rückgang der Erträge aus Swaps in Höhe von rund 87,18 Mio. Euro enthalten.

Auf der Aufwandsseite des Finanzergebnisses waren 2013 hohe Abschreibungen auf Finanzanlagen notwendig, sodass dieser Posten im Vorjahresvergleich um rund 291,60 Mio. Euro schlechter ausfiel. Dem wirkte jedoch eine Verringerung der Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 83,79 Mio. Euro entgegen.

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses. Mit rund –1.240,63 Mio. Euro ver-

schlechterte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr drastisch um rund 466,27 Mio. Euro und fällt damit erneut deutlich negativ aus.

Außerordentliches Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2013 waren keine außerordentlichen Geschäftsvorfälle zu berücksichtigen, sodass sich das außerordentliche Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 22,58 Mio. verbesserte.

Jahresergebnis 2013

Das Jahresergebnis wird rechnerisch ermittelt, indem zum Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit das außerordentliche Ergebnis hinzugerechnet und die Steuerschuld abgezogen wird. Im Jahr 2013 ergibt sich somit für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ein Jahresfehlbetrag von rund –1.240,64 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer deutlichen Verschlechterung von 443,68 Mio. Euro.

Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen verringerte sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund 188,55 Mio. Euro. Die zu akti-

vierenden geleisteten Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen steigerten sich um rund 27,41 Mio. Euro und das Sachanlagevermögen blieb gegenüber dem Vorjahr annähernd konstant. Das Finanzanlagevermögen verringerte sich im Vorjahresvergleich um rund 215,96 Mio. Euro. In dieser Bilanzposition wurden Zugänge durch vorgenommene Abschreibungen wertmäßig überkompensiert.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 283,63 Mio. Euro reduziert. In dieser stichtagsbezogenen Betrachtung haben sich Vorräte nur geringfügig verändert. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 14,67 Mio. Euro erhöht. Dem gegenüber stand jedoch die Verringerung der liquiden Mittel um 298,28 Mio. Euro.

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten trat lediglich eine geringfügige Verringerung von rund 2,41 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ein.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich durch den Jahresfehlbetrag und Schuldübernahmen weiter um rund 1,38 Mrd. Euro auf 17,84 Mrd. Euro erhöht.

Vermögensrechnung

	Vermögensrechnung 31.12.2012 Euro	Vermögensrechnung 31.12.2013 Euro	Abweichung ggü. Vorjahr Euro	Abweichung ggü. Vorjahr %
Anlagevermögen	7.649.431.506,52	7.460.879.810,54	-188.551.695,98	-2,46
Umlaufvermögen	2.409.462.536,85	2.125.831.585,09	-283.630.951,76	-11,77
Aktive Rechnungsabgrenzung	40.774.677,99	38.359.939,89	-2.414.738,10	-5,92
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	16.456.355.415,84	17.836.459.884,63	1.380.104.468,79	8,39
Summe Aktiva	26.556.024.137,20	27.461.531.220,15	905.507.082,95	3,41
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten für Investitionen	481.711.145,33	465.826.702,31	-15.884.443,02	-3,30
Rückstellungen	6.648.585.209,21	7.325.118.209,21	676.533.000,00	10,18
Verbindlichkeiten	19.425.727.782,66	19.670.586.308,63	244.858.525,97	1,26
Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	0,00	
Summe Passiva	26.556.024.137,20	27.461.531.220,15	905.507.082,95	3,41

Das Eigenkapital des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wird nach wie vor mit dem Wert null ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen verringerten sich lediglich geringfügig um rund 15,88 Mio. Euro.

Pensionsrückstellungen stellen den zukünftigen, auf den heutigen Tag abgezinsten Finanzmittelbedarf der Versorgungslasten dar. Da der Zinssatz für das Diskontieren der Rückstellungen für Pensionen in den Standards der staatlichen Doppik um 0,55 % p.a. verringert wurde, musste bei unterstellten gleichbleibenden zukünftigen Erfüllungsbeträgen die Zuführung zu den Rückstellungen erhöht werden. Bei den Rückstellungen für die Pensionen und ähnliche Verpflichtungen war somit ein Anstieg von rund 671,19 Mio. Euro zu berücksichtigen. Bei dieser Steigerung entfielen rund 305,10 Mio. Euro auf die aktiv Beschäftigten und rund 334,36 Mio. Euro auf die passiv Beschäftigten. Die Rückstellung für Beihilfen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 31,72 Mio. Euro. Die Pensionsrückstellungen wirken sich abermals stark auf das Jahresergebnis aus. Die sonstigen Rückstellungen sind im Vorjahresvergleich geringfügig um rund 5,34 Mio. Euro angestiegen.

Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 244,86 Mio. Euro erhöht. Der kamerale Begriff der fundierten Schulden umfasst die langfristigen Staatsschulden, also die Schulden der öffentlichen Hand, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr oder länger) zurückgezahlt werden. Der doppelte Begriff erweitert diese Definition, sodass Verbindlichkeiten als die Summe der noch offenen finanziellen Verpflichtungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen gegenüber seinen Gläubigern definiert wird. Im Wesentlichen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr die Verbindlichkeiten aus Anleihen und Obligationen (+182,18 Mio. Euro), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+298,09 Mio. Euro) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen (+74,53 Mio. Euro). Dagegen reduzierten sich die sonstigen Verbindlichkeiten (–308,76 Mio. Euro).

Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde 2013 nicht gebildet.

Resümee

Einmal mehr erweist sich die Vermögens- und Ertragslage auch aus doppischer Sicht als prekär. Positive Entwicklungen im Geschäftsjahr 2013 werden durch negative Einmaleffekte überkompensiert.

Das Verwaltungsergebnis fällt mit einer drastischen Steigerung um –175,09 Mio. Euro auf –427,44 Mio. Euro deutlich negativ aus. In der Detailbetrachtung wird deutlich, dass sich zwar die Erträge deutlich um 284,82 Mio. Euro erhöhten, aber die Aufwendungen ebenfalls um rund 459,91 Mio. Euro anstiegen. In diesem Anstieg sind einmalige Effekte aus der Zinsanpassung bei den Pensionsrückstellungen enthalten. Ohne diese Einmaleffekte würde das Verwaltungsergebnis um rund 502,97 Mio. Euro besser als im Vorjahr ausfallen. Damit wäre das Verwaltungsergebnis erstmals seit der Erstellung doppischer Jahresabschlüsse mit 75,53 Mio. Euro positiv ausgefallen.

Im Finanzergebnis stehen Erträgen aus Finanzierungsgeschäften in Höhe von 593,21 Mio. Euro Aufwendungen aus Finanzierungsgeschäften in Höhe von 1.406,40 Mio. Euro entgegen, sodass ein negatives Finanzergebnis von 813,19 Mio. Euro zu verbuchen ist. Auch im Finanzergebnis sind 2013 Einmaleffekte



Hochregallager der BLG LOGISTICS GROUP AG & Co. KG

aus der Abschreibung von Finanzanlagen in Höhe von rund 291,60 Mio. Euro zu berücksichtigen, ohne die das Finanzergebnis mit –521,16 Mio. Euro zwar immer noch deutlich negativ wäre, aber das Vorjahresniveau knapp unterschritten würde. Angesichts des Anstiegs der fundierten Schulden ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis, das auch zeigt, dass die durchgeführten Optimierungen im Kreditmanagement wirken und dass die FHB von der aktuellen Zinsentwicklung profitiert.

Der Jahresfehlbetrag fällt mit –1.240,64 Mio. Euro auf den höchsten Wert seit der Erstellung von doppelten Jahresabschlüssen in der FHB. Ohne die Einmal-effekte in Summe von rund 795,00 Mio. Euro aus der Zinsanpassung für die Pensionsrückstellungen und den Abschreibungen auf Finanzanlagen würde lediglich ein Jahresfehlbetrag von 445,62 Mio. Euro und damit eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr von rund 351,32 Mio. Euro entstehen.

Nachtragsbericht

Bei der Besoldungsanpassung orientierte sich Bremen an Nordrhein-Westfalen und so wurde durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in der FHB nur eingeschränkt auf die Beamten übertragen. Ab dem 1. Juli 2013 stiegen die Gehälter in den Besoldungsgruppen A3 bis A10 wie bei den Angestellten des Landes um 2,65 %. In den Besoldungsgruppen A11 bis A12a wurden die Grundgehaltssätze lediglich um 1 % erhöht, ab A13 gab es keine Steigerung. Das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen hat jedoch 2014 die Erhöhung für teilweise verfassungswidrig befunden. Nach diesem Beschluss war es folgerichtig in der FHB zu handeln und nicht darauf zu warten, ob Klagen gegen die Besoldungsanpassung auch in Bremen erfolgreich sind. Deshalb hat der Senat der FHB im September 2014 entschieden, die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die im Juni 2013 beschlossen worden war, zu verändern. Neben weiteren Verbesserungen bekommen auch Beamtinnen/Beamte des höheren Dienstes und Richterinnen/Richter eine Besoldungserhöhung, die erstmals im Dezember ausgezahlt werden soll. Die Umsetzung dieser Besoldungserhöhung wird dauerhaft mit insgesamt 31 Mio. Euro p.a. beziffert.

Risiko- und Chancenbericht

In Bremen bestehen immer noch erhebliche finanzielle Belastungen aus den Vorjahren in Form der Altschulden. Eine zukunfts- und tragfähige Sanierung der bremischen Haushalte setzt neben der Einhaltung des Konsolidierungskurses auch die Lösung der Altschuldenproblematik des Landes voraus.

Bremen ist vor dem Hintergrund, dass originäre Steuern sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisung rund 80 % der Gesamteinnahmen des Stadtstaates Bremen ausmachen, weiterhin stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der mit ihr zusammenhängenden Steuerentwicklung abhängig. Einnahmeverluste durch etwaige Konjunktureinbrüche können nicht im gleichen Maße durch eine Reduzierung im Ausgabenbereich kompensiert werden, da die größten Aufwandspositionen wie die Personalkosten keinen Bezug zur Einnahmesituation Bremens aufweisen. Gleichzeitig würde ein Konjunkturunbruch bestimmte Aufwandspositionen wie z. B. die Sozialleistungen erhöhen. Dies birgt ein zusätzliches Risiko für die Entwicklung der bremischen Finanz- und Ertragslage.

Für die FHB besteht das Risiko fremdbestimmter neuer Verpflichtungen aufgrund der Gesetzgebung auf Bundesebene. Der Bund ist deshalb in der Pflicht, keine weiteren Aufgaben auf die Länder und Kommunen zu übertragen, ohne gleichzeitig deren Finanzierung sicherzustellen. Darüber hinaus muss der Bund sicherstellen, mit seiner Steuerpolitik für eine adäquate Ausstattung der Einnahmen der Länder zu sorgen und auf unfinanzierbare Steuersenkungen zu verzichten.

Im Vergleich mit den Flächenländern ergeben sich für Bremen zusätzliche Risikofaktoren aus den stadtstaatspezifischen Ausgabelasten. Diese schlagen sich in den Sozialausgaben, dem Angebot von Kultur sowie Bildung und Wissenschaft bis hin zum Bereitstellen einer angemessenen Klinikversorgung nieder.

Personalkosten sind ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtkosten in der FHB. Deshalb wirken sich auch geringe prozentuale Steigerungen hier merkbar auf die

Ausgaben aus. Nach wie vor ist für die Tarif- und Besoldungserhöhungen eine Personalkostensteigerung von 0,9% pro Jahr bis 2014 eingeplant, ab 2015 werden 1,5% in den Planungen berücksichtigt. Tarifierhöhungen, die außerhalb dieser eingeplanten Dimensionen liegen, führen dazu, dass die über die ursprünglichen Planungen hinausgehenden Aufwendungen an anderer Stelle eingespart werden müssen, um den eingeschlagenen Konsolidierungspfad nicht zu gefährden.

Das Risiko der steigenden Sozialleistungen gilt als schwer steuerbar, zumal es auch abhängig von Faktoren wie der demografischen Entwicklung und zunehmend der weltpolitischen Lage und globalen Konflikten ist. Bremen ist insbesondere im Bereich Flüchtlingsproblematik und der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach wie vor stark gefordert. Es zeichnet sich bereits ab, dass die in den Folgejahren unterstellte Steigerungsrate der Sozialleistungen in Höhe von 1,7% nicht gehalten werden kann.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde 2013 mit der Prüfung begonnen, ob das im Stadtteil Walle laufende Projekt „Erziehungshilfen, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung (ESPQ)“, mit dem in diesem Stadtteil ein Rückgang der Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung bewirkt werden konnte, perspektivisch auf die Gesamtstadt übertragen werden kann.

Weitere Risiken existieren bei den kommunalen Kliniken, die den Zukunftsplan 2017 nun mit Leben füllen und ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit zurückerlangen, d. h. ohne dauerhafte Zuschüsse Bremens auskommen sollen. Mit dem beschlossenen Zukunftsplan 2017 werden grundlegende Bausteine und erste Schritte für die Sanierung vereinbart. Zur Identifizierung des weiteren Handlungsbedarfs ist ein Auftrag an die Geschäftsführung formuliert worden, weitere Maßnahmen darzustellen, durch die im Jahr 2017 wieder eine „schwarze“ Null im Jahresergebnis erreicht werden kann. Sollten die kommunalen Kliniken den Zukunftsplan 2017 nicht wie vorgesehen umsetzen können, würden daraus der FHB weitere finanzielle Risiken erwachsen. Gleiches gilt für die Realisierung des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte, bei dem sich aufgrund der aktuellen

Kostenentwicklung und Bauverzögerungen gegenüber der ursprünglichen Planung erhebliche zeitliche wie finanzielle Auswirkungen abzeichnen, die derzeit noch konkret zu quantifizieren sind.

Nach wie vor profitiert Bremen von der günstigen Zinsentwicklung. Sinkende Zinssätze wirken sich ausgabenmindernd aus. Durch entsprechende Maßnahmen im Kreditmanagement der FHB soll sichergestellt werden, dass Bremen mittelfristig von den weiterhin sehr niedrig prognostizierten Zinsen profitiert.

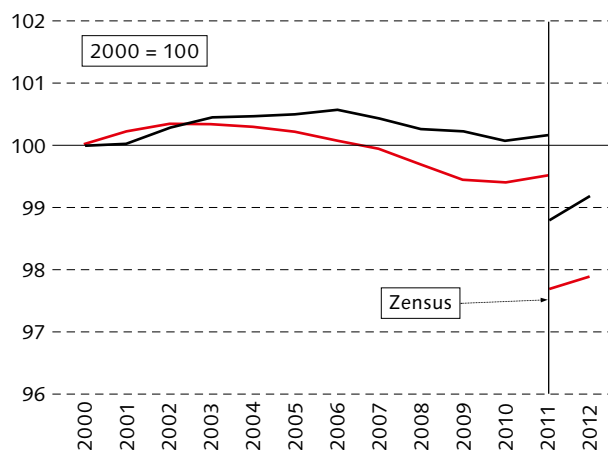
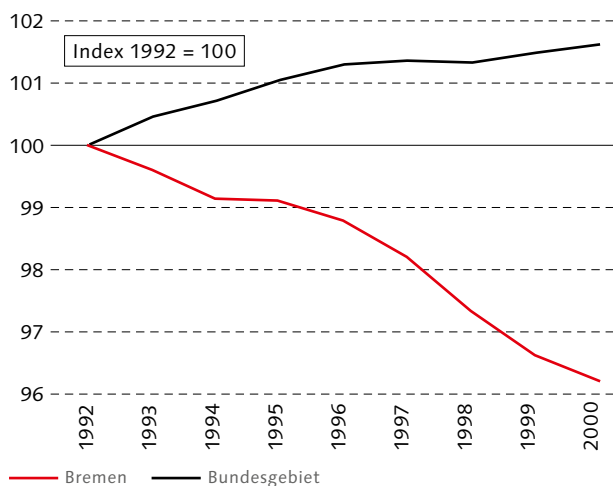
Positiv ist zu bewerten, dass sich der Bund zukünftig an den Sozialleistungen beteiligen wird. Speziell sind zusätzliche Entlastungen durch die geplante Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Eingliederungshilfe der Länder absehbar.

Im derzeitigen System der bundesstaatlichen Finanzverteilung stellt eine Erhöhung der Bremer Einwohnerzahl eine Chance zur Sicherung bzw. zur Verbesserung der steuerabhängigen Einnahmen Bremens dar. Auf den angepassten Zensus-Ergebnissen basierende Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen gehen bis 2020 für das Land Bremen von einer insgesamt relativ konstanten Einwohnerzahl aus. Wie in den Vorjahren gestaltete sich die Einwohnerbilanz 2013 positiv. Auch für 2014 wird eine Erhöhung der Einwohnerzahl erwartet, ab 2016 wird dann mit einem allmählichen leichten Rückgang gerechnet.

Mit dem Hochschulpakt 2020 investieren Bund und Länder zu gleichen Teilen zusätzliche Mittel in den Ausbau von Studienplätzen. Dies ist eine Reaktion auf die steigende Studienplatznachfrage. Der Bund hat zugesagt auch rückwirkend für 2011 bis 2015 die Mittel für den Hochschulpakt 2020 um rund 2,2 Mrd. Euro auf über 7 Mrd. Euro zu erhöhen. Damit werden die bremischen Bemühungen unterstützt, weiterhin ein attraktiver Studienort zu sein.

Zum Ausbildungsbeginn 2014 sollen Förderinstrumente realisiert werden, die die ersten Bausteine der geplanten Ausbildungsgarantie darstellen. Es handelt sich um Projekte, mit denen junge Menschen direkt

Bevölkerungsentwicklung (Index)



in eine betriebliche Ausbildung geführt werden sollen. Hierbei sollen auch insbesondere Jugendliche erreicht werden, die alleinerziehend sind, eine Berufsausbildung abgebrochen oder einen Migrationshintergrund haben oder deren Schulabschluss länger als ein Jahr zurückliegt und nicht besser als der Realschulabschluss ist. Zudem sollen Betriebe, die allein die notwendigen Voraussetzungen für einen Ausbildungsbetrieb nicht erfüllen können, unterstützt werden, gemeinsam mit anderen Betrieben oder in einem Netzwerk mit einem Leitbetrieb auszubilden. Für die Umsetzung der Projekte sind für die Jahre 2014/2015 Landesmittel in Höhe von 1,98 Mio. Euro eingeplant.

Maßnahmen wie das Bremer Wohnraumförderungsprogramm sowie das „Bündnis für Wohnen“ mit den Akteuren am Wohnungsmarkt zur Schaffung und Erhaltung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums auch für Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen sollen einer zielorientierten Wohnungsbaupolitik dienen und zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl Bremens führen.

Bremen will einen Beitrag zum Klimaschutz sowie eine dauerhafte finanzielle Entlastung durch geringere Energiekosten mit dem im Juli 2013 beschlossenen Ener-

giesparprogramm erzielen. Hierfür werden zusätzlich 2 Mio. Euro für 2014/2015 eingeplant. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf stromsparenden Maßnahmen. Darüber hinaus soll auch der Wärmeschutz in einigen öffentlichen Gebäuden durch bauliche Maßnahmen verbessert werden.

Die Entwicklungen im Tourismusbereich zeigen, dass Bremen auch in diesem Wirtschaftszweig sehr erfolgreich ist. Erstmals gab es 2013 über 2 Mio. Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern Bremens. Dies stellt ein Plus von 7,6% verglichen mit dem Vorjahr dar. Für das Jahr 2014 wird ein gleich hohes Niveau erwartet. Diese erfreuliche Entwicklung wirkt sich auch positiv auf die 2012 eingeführte Tourismussteuer (Citytax) aus. 2013 entstanden durch diese Einnahmen in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Für das Jahr 2014 wird mit einem annähernd gleichen Ergebnis gerechnet.

Durch die Optimierung des bremischen Forderungsmanagements sollen Mehreinnahmen erzielt werden, indem offene Forderungen noch konsequenter und nachhaltiger beigetrieben werden. Ein entsprechendes Forderungsmanagement ist im Justizressort für die Gerichte bereits in dem Pilotprojekt „Justiz-Inkasso“ erfolgreich realisiert worden. Nun sollen weitere Berei-

che folgen und ein ressortübergreifendes Forderungsmanagement bis 2015 eingeführt werden.

2013 gab es im Bereich der Verkehrsüberwachung fehlende Einnahmen. Dieses ist bedingt durch die weiterhin nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehenden Verkehrsüberwacherinnen und Verkehrsüberwacher. Im Rahmen des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung ist geplant, 2014 weitere Arbeitskräfte einzustellen und so im Laufe des Jahres die Einnahmen zu steigern und den Planwert zu erreichen.

2012 haben die Projektarbeiten zum Umbau der Verwaltung und Infrastruktur (UVI) begonnen. Bis 2019 ist geplant, dass das Niveau der Einspareffekte schrittweise das Niveau der 2012/2013 im Programm

getätigten Ausgaben von 50 Mio. Euro erreicht. Das Anschlussprojekt „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ hat strukturelle Wirkungen im Fokus, die im Rahmen von Optimierung der Aufgabenwahrnehmung erzielt werden können.

Zusätzlich zu den Bremer Anstrengungen zur Sanierung der kommunalen Kliniken hat der Deutsche Bundestag Mitte 2013 eine auf 2014/2015 befristete Neuordnung der Krankenhausfinanzierung beschlossen.

Eine besondere Chance für die Konsolidierung der Haushalte liegt in einem ersten Schritt in der angekündigten stärkeren Kostenübernahme von Sozialleistungen durch den Bund, die bisher von den Ländern bzw. den Kommunen erbracht werden müssen. Hieraus kön-



Der Speicher XI in der Bremer Überseestadt ist Standort des Fachbereichs Kunst und Design der Hochschule für Künste Bremen

nen sich weitere finanzielle Entlastungen für das Land als überörtlicher, aber insbesondere auch für die Stadtgemeinde Bremen als örtlicher Sozialleistungsträger ergeben. Speziell sind zusätzliche Entlastungen durch die geplante Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Eingliederungshilfe absehbar.

Langfristig werden sich jedoch maßgeblich die Ergebnisse der laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Neuordnung der innerstaatlichen Finanzbeziehungen nach Auslaufen des Solidarpakts und der aktuellen Finanzausgleichsregelungen ab 2020 auf die Zukunftsfähigkeit des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auswirken.

Prognosebericht

Im Prognosebericht wird auf voraussichtliche Entwicklungen in der FHB, deren Eintreten aus heutiger Sicht hinreichend wahrscheinlich ist, eingegangen.

Im Juni 2014 wurde eine Entscheidung zur Teil-Rekommunalisierung der bremischen Versorgungsnetze für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme vereinbart. Derzeitige Wirtschaftlichkeitsberechnungen bescheinigen den geplanten Maßnahmen eine Rentabilität, da von einer garantierten Mindestrendite, die die Höhe der Zinsausgaben übersteigt, ausgegangen wird. Selbst bei einem verhaltenen oder krisenhaften Geschäftsverlauf ist so sichergestellt, dass die Städte Bremen und Bremerhaven mindestens den Ausgleich für ihre Refinanzierungskosten erhalten.

Die steuerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen der FHB sollen unter Berücksichtigung von Wettbewerbsaspekten stärker ausgeschöpft werden. Zur Steigerung der Steuereinnahmen hat die Bremische Bürgerschaft bereits 2012 die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um 20 Prozentpunkte zum Jahresanfang 2014 beschlossen. Eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 0,5 Prozentpunkte ab 2014 wurde im Rahmen der Eckwertbeschlüsse für die Haushalte 2014/2015 festgelegt. Es wird durch diese Erhöhung mit zusätzlichen Einnahmen für 2014 von rund 12,6 Mio. Euro gerechnet.

Die Einnahmen des Jahres 2013 (knapp 1,8 Mio. Euro) haben die ursprünglichen Erwartungen an die „Citytax“ um rund 400.000 Euro übertroffen, für 2014 wird weiterhin mit Einnahmen von rund 1,8 Mio. Euro gerechnet.

Der Bund hat 2014 mehrere Beschlüsse zur Entlastung der Länder in die Wege geleitet. Die Mittel für die Krippen und Kitas wurden von 450 Mio. Euro auf ein Finanzvolumen von 1 Mrd. Euro aufgestockt. 2017/2018 wird der Festbetrag an der Umsatzsteuer zugunsten der Länder um jeweils 100 Mio. Euro erhöht, hiervon soll Bremen ca. 1 Mio. Euro in den Jahren 2017 und 2018 erhalten.

Der Bund übernimmt außerdem ab 2015 vollständig und dauerhaft die Finanzierung der Bundesausbildungsförderung (BAföG), wodurch es nach Abzug der als Darlehen gewährten Förderung zu einer Entlastung beim strukturellen Finanzierungssaldo im Jahr 2015 in Höhe von 9,7 Mio. Euro kommen soll. Neben der Finanzierung von Forschung über Forschungsinstitutionen soll die rechtliche Möglichkeit für den Bund geschaffen werden, Hochschulen direkt zu fördern. Hierfür wird eine Grundgesetzänderung angestrebt. Es ist zudem geplant, zukünftig Programme, bei denen eine Länder-Kofinanzierung vorausgesetzt wird, zu vermeiden. Auch im Bereich der Sozialleistungen wird sich der Bund stärker engagieren, so ist 2014 die Erhöhung des Bundesanteils für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 75 % auf 100 % vorgesehen.

Viele pensionierte Beamtinnen und Beamte, die in Teilzeit gearbeitet haben, haben Anspruch auf eine Nachzahlung und zukünftig höhere Pensionen. Anlass hierfür sind Urteile des Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgerichts. Es werden insgesamt Nachzahlungen in Höhe von 25,5 Mio. Euro und jährliche zusätzliche Kosten von 2,3 bis 3 Mio. Euro prognostiziert, die die FHB leisten muss. Finanziert werden sollen die Nachzahlungen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremen.

Jahresabschluss

Es wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen vermittelt.

17,84 Mrd. Euro

nicht durch Eigenkapital gedeckter
Fehlbetrag per 31.12.2013

1,24 Mrd. Euro

Jahresfehlbetrag per 31.12.2013

Vermögensrechnung zum 31.12.2013

Aktiva

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	7.460.879.810,54	7.649.431.506,52
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.085.749.439,25	2.058.343.523,62
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.081.328.055,45	2.053.790.933,47
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.421.383,80	4.552.590,15
II. Sachanlagen	47.873.538,38	47.867.061,13
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	114.936,40	128.953,09
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.812.488,92	46.521.053,62
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	946.113,06	1.217.054,42
III. Finanzanlagen	5.327.256.832,91	5.543.220.921,77
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.319.558.660,27	1.215.481.358,42
2. Beteiligungen	108.548.353,43	108.646.600,85
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.584.371.722,10	2.828.910.966,33
4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	0,00
5. Sonstige Ausleihungen	1.314.778.097,11	1.390.181.996,17
B. UMLAUFVERMÖGEN	2.125.831.585,09	2.409.462.536,85
I. Vorräte	238.528,02	256.391,47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.492.367.765,32	1.477.700.363,47
1. Forderungen aus Steuern	147.807.000,00	172.061.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	137.620.791,15	168.703.536,90
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	441.061.863,52	437.118.439,68
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	115.225.982,83	148.613.110,22
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	156.097.209,70	139.290.263,97
6. Sonstige Vermögensgegenstände	494.554.918,12	411.914.012,70
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	633.225.291,75	931.505.781,91
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	38.359.939,89	40.774.677,99
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.836.459.884,63	16.456.355.415,84
BILANZSUMME	27.461.531.220,15	26.556.024.137,20

Passiva

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	465.826.702,31	481.711.145,33
C. RÜCKSTELLUNGEN	7.325.118.209,21	6.648.585.209,21
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	7.207.781.000,00	6.536.591.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	117.337.209,21	111.994.209,21
D. VERBINDLICHKEITEN	19.670.586.308,63	19.425.727.782,66
I. Anleihen und Obligationen	11.622.125.000,00	11.439.947.970,30
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.663.320.657,33	3.365.229.817,02
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	160.701,18	0,00
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	132.918.099,68	132.866.700,47
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.432.325,92	12.969.837,03
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	260.045.386,78	185.516.781,56
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	1.495.241,17	1.351.694,64
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	3.979.088.896,57	4.287.844.981,64
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	0,00	0,00
BILANZSUMME	27.461.531.220,15	26.556.024.137,20

Erfolgsrechnung 2013

	2013 Euro	2012 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.309.019.344,64	2.199.965.617,46
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.138.295.419,09	1.046.422.526,63
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	499.225.345,10	427.657.520,30
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	158.531.306,68	159.435.985,21
a) Erträge aus Gebühren	92.780.460,15	94.556.603,14
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	12.099.617,66	13.085.255,40
c) Umsatzerlöse	53.651.228,87	51.794.126,67
5. Sonstige Erträge	54.664.527,65	41.434.718,81
6 Summe Erträge	4.159.735.943,16	3.874.916.368,41
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-278.548.747,02	-292.198.608,96
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-52.329.516,43	-57.350.640,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-226.219.230,59	-234.847.968,59
8. Personalaufwand	-1.853.038.099,85	-1.501.585.823,07
a) Entgelte	-224.825.751,05	-222.201.600,11
b) Bezüge	-478.987.426,69	-477.345.424,22
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.149.224.922,11	-802.038.798,74
9. Abschreibungen	-126.481.836,18	-119.936.383,04
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.184.829.633,15	-2.080.308.571,70
11. Sonstige Aufwendungen	-144.279.977,29	-133.242.779,97
a) Sonstige Personalaufwendungen	-17.314.423,43	-15.372.956,74
b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-100.639.136,52	-96.200.295,38
c) Aufwendungen für die Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und sonstiges	-26.326.417,34	-21.669.527,85
12. Summe Aufwendungen	-4.587.178.293,49	-4.127.272.166,74
13. Verwaltungsergebnis	-427.442.350,33	-252.355.798,33
14. Erträge aus Beteiligungen	10.900.785,39	12.658.212,77
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	302.694.202,92	305.911.864,30

	2013 Euro	2012 Euro
16. Zinsen und ähnliche Erträge	279.615.786,42	358.007.511,11
17. Abschreibung auf Finanzanlagen	-292.028.289,83	-423.399,76
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.114.371.971,74	-1.198.162.279,99
19. Finanzergebnis	-813.189.486,84	-522.008.091,57
20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-1.240.631.837,17	-774.363.889,90
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-22.584.679,77
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-22.584.679,77
23. Steuern	-10.200,94	-11.739,48
a) Vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
b) Sonstige	-10.200,94	-11.739,48
24. Jahresfehlbetrag	-1.240.642.038,11	-796.960.309,15

Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2013	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2013
Anlagevermögen (gesamt)	7.529.495.123,48	119.936.383,04
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.949.462.962,48	108.880.561,14
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.947.151.384,46	106.639.549,01
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	2.311.578,02	2.241.012,13
Sachanlagevermögen	36.811.239,23	11.055.821,90
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	122.505,43	6.447,66
Bauten	122.505,43	6.447,66
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.471.679,38	11.049.374,24
Technische Anlagen und Maschinen	6.178.459,41	1.433.682,69
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.293.219,97	9.615.691,55
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.217.054,42	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	1.217.054,42	0,00
Finanzanlagen	5.543.220.921,77	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.215.481.358,42	0,00
Beteiligungen	108.646.600,85	0,00
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	0,00
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.390.181.996,17	0,00

	Buchwert 01.01.2013 A+ / A– Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+ / U– Umbuchungen	Wertveränderungen 2013		Buchwert 31.12.2013
		+ Zugänge – Abgänge U+ / U– Umbuchungen	– Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
	7.649.431.506,52	259.780.694,60 –29.628.833,92	–418.510.126,01 0,00	7.460.879.810,54
	2.058.343.523,62	142.416.685,07 –91,31	–115.010.678,13 0,00	2.085.749.439,25
	2.053.790.933,47	+140.305.824,45	–112.768.702,47	2.081.328.055,45
	4.552.590,15	+2.110.860,62	–2.241.975,66	4.421.383,80
		–91,31	0,00	
	47.867.061,13	11.663.709,53 7.356,42	–11.471.158,05 0,00	47.873.538,38
	128.953,09	0,00	–6.660,27	114.936,40
		–7.356,42	0,00	
	128.953,09	0,00	–6.660,27	114.936,40
		U –7.356,42	0,00	
	46.521.053,62	+11.521.912,67	–11.464.497,78	46.812.488,92
		–186.074,23	0,00	
		U +420.094,64	0,00	
	7.612.142,10	+1.156.257,14	–1.494.951,29	7.268.641,16
		–4.806,79	0,00	
	38.908.911,52	+10.365.655,53	–9.969.546,49	39.543.847,76
		–181.267,44	0,00	
		U +420.094,64	0,00	
	1.217.054,42	+141.796,86	0,00	946.113,06
		–412.738,22	0,00	
	1.217.054,42	+141.796,86	0,00	946.113,06
		U –412.738,22	0,00	
	5.543.220.921,77	105.700.300,00 –29.636.099,03	–292.028.289,83 0,00	5.327.256.832,91
	1.215.481.358,42	+105.700.000,00	–1.622.698,15	1.319.558.660,27
	108.646.600,85	+300,00	–98.547,42	108.548.353,43
				2.584.371.722,10
	2.828.910.966,33	0,00	–244.539.244,23	
				0,00
	0,00	0,00	0,00	
	1.390.181.996,17			1.314.778.097,11
		–29.636.099,03	–45.767.800,03	

Anhang

Die Entwicklungen der Vermögens- und Schuldenbestände des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie die Erträge und Aufwendungen im Geschäftsjahr.

5,33 Mrd. Euro

Finanzanlagevermögen
per 31.12.2013

7,21 Mrd. Euro

Rückstellungen für Pensionen
und ähnliche Verpflichtungen
per 31.12.2013

Allgemeine Angaben

Mit Inkrafttreten des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes wurden auch Vorgaben für die staatliche Doppik verabschiedet. Diese Standards geben seit dem 01.01.2010 u. a. verbindliche Regeln für die Bilanzierung und Bewertung eines doppelischen Rechnungswesens auf Bundes- und der Länderebene vor, um eine Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte weiterhin zu gewährleisten. Zur Anpassung der Rechnungswesensysteme der Länder an die neuen Standards gibt es eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2014.

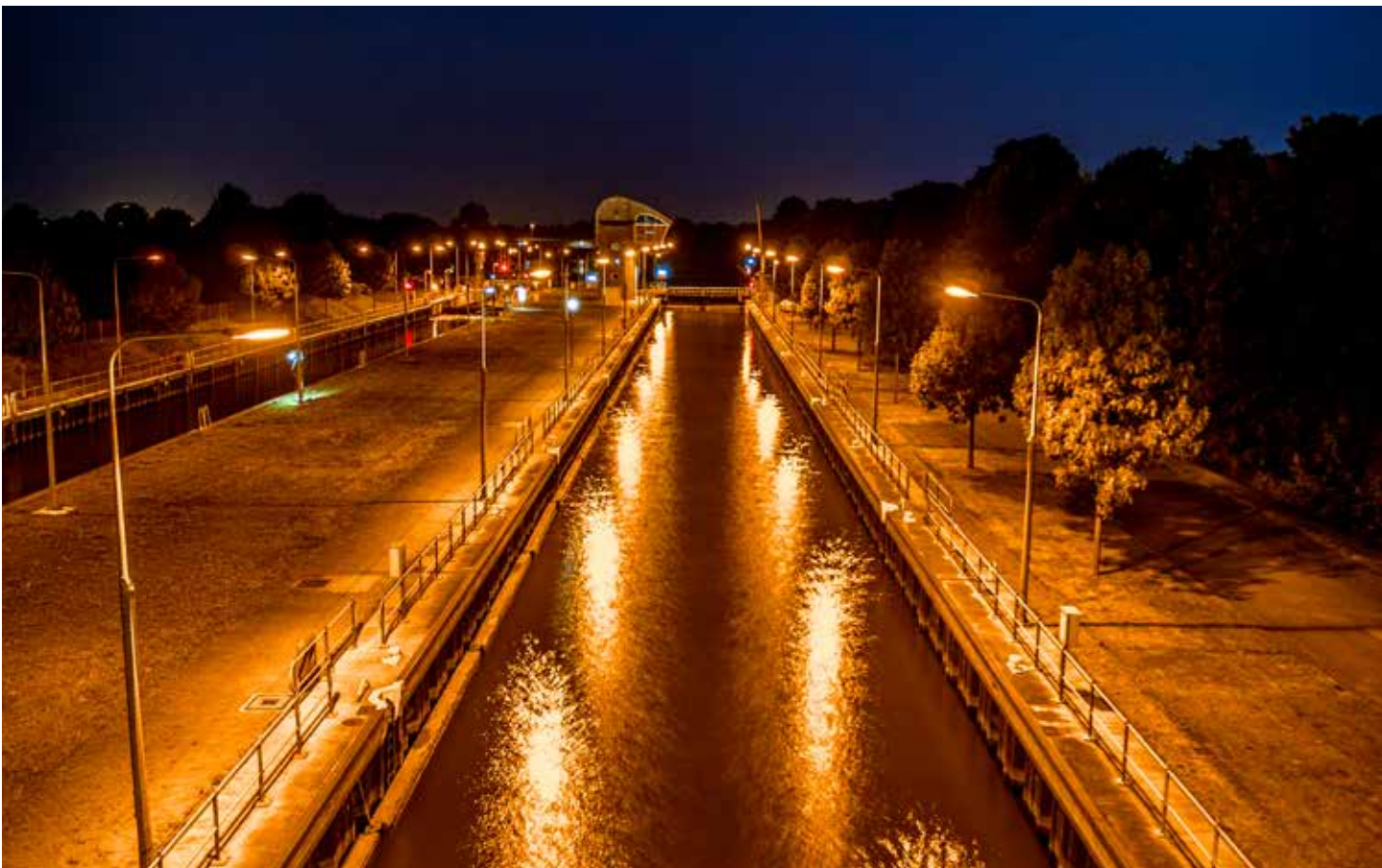
Für den Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen wurden, wie bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz, grundsätzlich die Standards staatlicher Doppik angewandt. Bei einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung wurde jedoch noch von den Standards abgewichen. Sofern dies erfolgte, wird dies direkt in der jeweiligen Position im Anhang erläutert.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden alle Daten bzw. Sachverhalte zum 31.12.2013 berücksichtigt, die bis zum 31.05.2014 vorlagen bzw. bekannt wurden.

Leerposten werden entsprechend den Standards staatlicher Doppik nicht ausgewiesen.

INFO:

Freie Hansestadt
Bremen steht fortan
für das Land und
die Stadtgemeinde
Bremen



Kammer der Großschiffahrtsschleuse

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Aktiva

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Als immaterielle Vermögensgegenstände werden geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse, entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten bezeichnet.

1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	Euro 2.081.328.055,45
	(31.12.2012: Euro 2.053.790.933,47)

In diesem Posten werden Geldleistungen ausgewiesen, für die folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen:

Es handelt sich um Geldleistungen

- » der Kernverwaltung an Dritte außerhalb der staatlichen Verwaltung und an Einrichtungen, die nicht Bestandteil der Kernverwaltung sind,
- » zu investiven Zwecken, d. h., aus den Zuweisungen bzw. Zuschüssen wird durch den Empfänger aktivierungsfähiges Anlagevermögen geschaffen,
- » zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z. B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks,
- » aus deren Gewährung eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten erwächst, verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung.

Bei den bilanzierungsfähigen Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich demnach um Rechte der öffentlichen Gebietskörperschaft auf eine mehrjährige Gegenleistung. Es wird die durch den Empfänger eingegangene Gegenleistungsverpflichtung aktiviert. Zuweisungen und Zuschüsse können nur dann aktiviert werden, wenn die Gegenleistungsverpflichtung hinreichend präzise und durchsetzbar in einem Förderbescheid verankert ist.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	2.053.790.933,47	1.994.278.633,13
+ Zugänge	+140.305.824,45	+166.151.849,35
– Abschreibungen	–112.768.702,47	–106.639.549,01
Stand 31.12. des Jahres	2.081.328.055,45	2.053.790.933,47

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31.12.2013 in Anspruch genommen und den Wert für die Vermögensrechnung aus dem kameralen Buchungsstoff 2013 abgeleitet. Zuweisungen und Zuschüsse, die die o. g. Kriterien zur Bilanzierung erfüllen, sind kameral unter den Investitionsausgaben nach §13 Abs.3 Nr.2g LHO veranschlagt. Aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 88 (Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich) und 89

(Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche) wurden die Beträge ermittelt, auf die die o.g. Kriterien zutreffen und die daher in diesem Posten zu aktivieren sind. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

Ausgewiesen werden beispielsweise weitere Zugänge aus 2013 der Freien Hansestadt Bremen u.a. für den Generalplan Küstenschutz sowie für Investitionen im Offshore-Bereich.

2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Euro 4.421.383,80

(31.12.2012: Euro 4.552.590,15)

Voraussetzung für die Aktivierung in diesem Posten ist, dass die immateriellen Anlagegüter:

- » Konzessionen (z. B. öffentlich-rechtliche Genehmigungen),
 - » gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente),
 - » ähnliche Rechte und Werte (z. B. Nutzungsrechte) oder
 - » Lizenzen an solchen Rechten und Werten (z. B. an EDV-Programmen)
- entgeltlich von Dritten erworben wurden.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	4.552.590,15	5.001.387,30
+ Zugänge	+ 2.110.860,62	+ 1.820.697,25
– Abgänge	– 59.431,99	– 28.482,27
– Abschreibungen	– 2.182.634,98	– 2.241.012,13
Stand 31.12. des Jahres	4.421.383,80	4.552.590,15

Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich überwiegend um von der Freien Hansestadt Bremen erworbene Software bzw. Nutzungsrechte.

II. Sachanlagen

Sachanlagen sind materielle Vermögensgegenstände, die dem öffentlichen Bereich längerfristig zur Verfügung stehen sollen.

Von Dritten erhaltene Zuschüsse zu Gegenständen des Sachanlagevermögens werden auf der Passivseite in den Sonderposten für Investitionen (vgl. S.61) eingestellt.

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken

Euro 114.936,40

(31.12.2012: Euro 128.953,09)

In diesem Posten wird das unbewegliche Sachanlagevermögen, insbesondere das Grund- und Immobilienvermögen ausgewiesen. Dabei werden die Grundstücke und die Bauten gesondert dargestellt.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	128.953,09	127.746,67
+ Zugänge	0,00	+ 7.654,08
– Abgänge	– 7.654,08	0,00
– Abschreibungen	– 6.362,61	– 6.447,66
Stand 31.12. des Jahres	114.936,40	128.953,09

Im Rahmen der Übertragung von bisher durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommenen Aufgaben wurden diese zusammen mit den zur Aufgabenwahrnehmung notwendigen Sachanlagen, im Wesentlichen Grundstücke und Bauten, an Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) übertragen.

In der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen sind diese übertragenen Wirtschaftsgüter nicht als Bestand in diesem Posten auszuweisen, da die übertragenen Grundstücke und Bauten als Sachanlagevermögen in den Bilanzen der Sondervermögen darzustellen sind. Die Übertragung der Sachanlagen auf die Sondervermögen ist in deren Bilanzen als Zuführung zum Kapital des Sondervermögens durch den „Gesellschafter“ Freie Hansestadt Bremen dargestellt. Der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen wird daher nach wie vor in dem Posten „Finanzanlagen“ ausgewiesen.

In diesem Posten werden die bei der Freien Hansestadt Bremen verbliebenen Gebäude mit den Restwerten ausgewiesen, die im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme anhand von Anlagenbestandslisten überprüft wurden. Zu den wenigen Gebäuden, die als Ausnahmen nicht an Sondervermögen übertragen wurden, zählt u. a. eine Zwingeranlage bei der Polizei Bremen.

2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Euro 46.812.488,92

(31.12.2012: Euro 46.521.053,62)

Zu den technischen Anlagen und Maschinen zählen ebenso wie Anlagen und Maschinen, die der Produktion dienen, Energieversorgungsanlagen und Anlagen zur Wärme- bzw. Kältesteu-
erung. Betriebsvorrichtungen, die nicht mit einem Gebäude in einem einheitlichen Nutzungs-

und Funktionszusammenhang stehen (z. B. Aufzüge, Beleuchtungsanlagen und Klimaanlage), sind ebenfalls in diesem Posten auszuweisen.

Zu anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich der erforderlichen Werkzeuge sowie Arbeitsgeräte, Kraftwagen und Fahrzeuge aller Art (neben den marktgängigen Fahrzeugen gehören hierzu auch Spezialfahrzeuge), Nutztiere (z. B. Polizeihunde) und Nutzpflanzen. Auch Gebäudebestandteile werden hier ausgewiesen, die nicht zu den Bauten oder technischen Anlagen und Maschinen zählen. Dabei handelt es sich insbesondere um Scheinbestandteile, d. h. Gegenstände, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt werden.

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Technische Anlagen und Maschinen, Betriebsvorrichtungen	7.612.142,10	+1.156.257,14 –4.806,79	–1.494.951,29	7.268.641,16
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
» Hardware	4.179.794,55	+1.994.600,26 –1.412,15	–2.282.606,63	3.890.376,03
» Büroeinrichtungen	6.961.530,12	+1.251.396,36 –14.473,68	–710.524,21	7.487.928,59
» Labor- und Werkstatt- einrichtungen	2.651.935,44	+269.136,59 0,00	–563.605,57	2.357.466,46
» Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	4.756.991,67	+913.372,15 –19.576,72	–905.884,69	4.744.902,41
» Fuhrpark	11.883.399,28	+2.833.501,47 –129.947,25	–1.517.120,77	13.069.832,73
» Übrige Anlagen	8.475.260,46	+3.523.743,34 –15.857,64	–3.989.804,62	7.993.341,54
		+11.942.007,31		
	46.521.053,62	–186.074,23	–11.464.497,78	46.812.488,92

Die Zugänge Fuhrpark umfassen im Wesentlichen neue Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr.

Die Zugänge bei den übrigen Anlagen betreffen im Wesentlichen geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro), Büroeinrichtungsgegenstände sowie Hard- und Software.

3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau **Euro 946.113,06**
(31.12.2012: Euro 1.217.054,42)

Als geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen sind Anzahlungen auf noch nicht gelieferte oder erstellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit den tatsächlich geleisteten Beträgen (Nennwert) auszuweisen.

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen mit den gesamten Aufwendungen (Fremd- und Eigenleistungen) für die Herstellung ab. Nach der Fertigstellung sind die Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umzugliedern und planmäßig abzuschreiben.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Geleistete Anzahlungen	946.113,06	1.217.054,42

Die geleisteten Anzahlungen setzen sich zusammen aus den Posten Produktplan IT-Budget sowie Fuhrpark Polizei und Feuerwehr.

III. Finanzanlagen

Finanzanlagen umfassen insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere und Sondervermögen, die längerfristig, d. h. mehr als ein Jahr, im Vermögen verbleiben. Sie sind mit den Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Unternehmen und Einrichtungen zu bewerten. Abwertungen durch Abschreibung sind nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen.

Bei den Finanzanlagen sehen die Standards staatlicher Doppik eine Berücksichtigung der Wertminderung vor, wenn diese voraussichtlich von Dauer ist. Unternehmen und Einrichtungen, die zum Zeitpunkt 31.12.2009 ein dauerhaft negatives Eigenkapital ausweisen, werden daher nicht als Finanzanlage ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der Finanzanlagen wurde im Rahmen der Erstellung des doppelischen Jahresabschlusses 2013 erneut überprüft und bei dauerhaften Wertminderungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	Euro 1.319.558.660,27
	(31.12.2012: Euro 1.215.481.358,42)

Als verbunden gelten die Unternehmen und Einrichtungen, über die die Freie Hansestadt Bremen einen beherrschenden Einfluss ausübt bzw. ausüben könnte. Dazu gehören alle Unternehmen und Einrichtungen, an denen diese einen Anteil von mehr als 50 % am Eigenkapital des Unternehmens bzw. der Einrichtung hält. Als staatliche Besonderheit werden Eigenbetriebe, Sondervermögen mit eigenverantwortlicher Betriebsleitung und Stiftungen öffentlichen Rechts, auf die ein beherrschender Einfluss besteht, ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen.

INFO:
> 50 % Anteil am
Eigenkapital

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	94.878,96	0,00	0,00	94.878,96
Besitzgesellschaft Science Center Bremen GmbH	3.382.312,99	0,00	–1.265.226,08	2.117.086,91
Botanika Bremen GmbH	8.597.661,76	0,00	0,00	8.597.661,76
Bremen Online Services Beteiligungs GmbH	21.989,49	0,00	0,00	21.989,49
Bremen online GmbH	153.654,17	0,00	0,00	153.654,17
bremenports Beteiligungs GmbH	24.989,00	0,00	0,00	24.989,00
Bremer Bäder GmbH	2.313.432,78	0,00	0,00	2.313.432,78
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877	7.917.745,42	0,00	0,00	7.917.745,42
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co. KG	255.575.350,40	0,00	0,00	255.575.350,40
Bremer Ratskeller GmbH	811.610,66	0,00	0,00	811.610,66
Bremer Verkehrs- gesellschaft mbH	40.840.234,25	+ 50.000.000,00	0,00	90.840.234,25
Facility Management Bremen GmbH	135.529,47	0,00	0,00	135.529,47
Fähren Bremen–Stedingen GmbH	2.309.549,16	0,00	0,00	2.309.549,16
Fischereihafen-Betriebs- gesellschaft mbH	333.005,30	0,00	0,00	333.005,30
Flughafen Bremen GmbH	89.905.971,76	0,00	0,00	89.905.971,76
Focke-Museum	2.609.573,61	0,00	0,00	2.609.573,61
Gesundheit Nord gGmbH	66.533.176,02	+ 55.700.000,00	0,00	122.233.176,02
Großmarkt Bremen GmbH	7.810.504,53	0,00	0,00	7.810.504,53
Grundstücksentwicklungsge- sellschaft Klinikum Bremen- Mitte Beteiligungen mbH	25.130,18	0,00	0,00	25.130,18
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	195.584,50	0,00	0,00	195.584,50
Hanseatische Wohnungs- Beteiligungs-Gesellschaft mbH	5.278.780,51	0,00	0,00	5.278.780,51
Hochschule Bremen	71.141.559,43	0,00	0,00	71.141.559,43
Hochschule Bremerhaven	27.517.044,34	0,00	0,00	27.517.044,34
Hochschule für Künste Bremen	34.150.250,53	0,00	0,00	34.150.250,53
Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts	1.193.641,98	0,00	0,00	1.193.641,98
KiTa Bremen	1.497.080,09	0,00	0,00	1.497.080,09
Musikschule Bremen	312.302,34	0,00	0,00	312.302,34

INFO:

Die Botanika
Bremen GmbH ist
die Nachfolgerin der
Rhododendronpark
GmbH

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Performa Nord (Eigenbetrieb)	5.631.348,23	0,00	0,00	5.631.348,23
Performa Nord GmbH	81.254,19	0,00	0,00	81.254,19
Staats- und Universitäts- bibliothek	5.690.956,05	0,00	0,00	5.690.956,05
Stadtbibliothek Bremen	1.227.793,86	0,00	–357.472,07	870.321,79
Übersee-Museum	5.238.532,68	0,00	0,00	5.238.532,68
Umweltbetrieb Bremen	149.001.583,83	0,00	0,00	149.001.583,83
Universität Bremen	247.251.512,68	0,00	0,00	247.251.512,68
Werkstatt Bremen	51.676.575,09	0,00	0,00	51.676.575,09
Werkstatt Nord gGmbH	333.884,94	0,00	0,00	333.884,94
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	118.665.373,24	0,00	0,00	118.665.373,24
	1.215.481.358,42	105.700.000,00	–1.622.698,15	1.319.558.660,27

Die Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen werden, da sie nicht durch eine eigenverantwortliche Betriebsleitung vertreten werden, in dem Posten Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Im Rahmen der Umwandlung der stillen Einlagen der Bremer Landesbank (BLB) wurden die Anteile an die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH übertragen. Zur Unterstützung der Gesundheit Nord gGmbH erfolgte eine Eigenkapitalerhöhung.

Bei der Besitzgesellschaft Science Center Bremen GmbH und der Stadtbibliothek Bremen führten negative Jahresergebnisse dazu, dass eine Überprüfung der Werthaltigkeit ergab, dass entsprechend den Standards staatlicher Doppik Abschreibungen vorzunehmen waren.

2. Beteiligungen

Euro 108.548.353,43

(31.12.2012: Euro 108.646.600,85)

INFO:
≤ 50 % und
≥ 20 % Anteil
am Eigenkapital

Als Beteiligung gelten in der Regel Anteile der Freien Hansestadt Bremen an Unternehmen und Einrichtungen, die insgesamt 20 %, aber nicht 50 % des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung überschreiten. Anteile an Personengesellschaften (z. B. KG, OHG) werden unabhängig vom prozentualen Anteil am Eigenkapital grundsätzlich in diesem Posten ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Bremen Online Services	1.693.474,60	0,00	0,00	1.693.474,60
Entwicklungs- und Betriebs- gesellschaft mbH & Co. KG				
bremenports GmbH & Co. KG	250.000,00	0,00	0,00	250.000,00
Bremer Philharmoniker GmbH	121.647,23	0,00	–98.547,42	23.099,81
Bremer Theater Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	412.321,11	0,00	0,00	412.321,11
Bremer Toto und Lotto GmbH	1.427.523,90	0,00	0,00	1.427.523,90
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)	663.693,09	0,00	0,00	663.693,09
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	191.005,53	0,00	0,00	191.005,53
Gesundheit Nord Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	45.175.861,87	0,00	0,00	45.175.861,87
hanseWasser Bremen GmbH	18.689.147,77	0,00	0,00	18.689.147,77
Institut für angewandte Systemtechnik Bremen GmbH	110.402,23	0,00	0,00	110.402,23
JadeWeserPort Beteiligungs- gesellschaft mbH & Co. KG	39.740.393,43	0,00	0,00	39.740.393,43
JadeWeserPort Realisierungs- Beteiligungsgesellschaft mbH	28.726,92	0,00	0,00	28.726,92
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH	131.369,81	+ 300,00	0,00	131.669,81
ZOB Zentral-Omnibus- Bahnhof GmbH	11.033,36	0,00	0,00	11.033,36
	108.646.600,85	+ 300,00	–98.547,42	108.548.353,43

Bei der Bremer Philharmoniker GmbH führten negative Jahresergebnisse dazu, dass eine Überprüfung der Werthaltigkeit ergab, dass entsprechend den Standards staatlicher Doppik Abschreibungen vorzunehmen waren.

3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 2.584.371.722,10

(31.12.2012: Euro 2.828.910.966,33)

In diesem Posten wird der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
SV Fischereihafen	57.471.004,43	0,00	0,00	57.471.004,43
SV Gewerbeflächen	453.411.165,69	0,00	–244.539.244,23	208.871.921,46
SV Hafen	364.002.999,23	0,00	0,00	364.002.999,23
SV Immobilien und Technik	581.923.973,31	0,00	0,00	581.923.973,31
SV Infrastruktur	1.319.563.465,18	0,00	0,00	1.319.563.465,18
SV Kommunale Abfallentsorgung	1.100.286,62	0,00	0,00	1.100.286,62
SV Überseestadt	51.438.071,87	0,00	0,00	51.438.071,87
	2.828.910.966,33	0,00	–244.539.244,23	2.584.371.722,10

Die Umgliederungen im SV Gewerbeflächen von „unfertigen Erzeugnissen“ in „zum Verkauf bestimmte Grundstücke“ hatten eine Veränderung des auf Grundlage des Körperschaftsteuerrechts zu ermittelnden Dotationskapitals zur Folge. Folglich war eine Anpassung des bremschen Anteils am Eigenkapital erforderlich.

4. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)**Euro 1.314.778.097,11**

(31.12.2012: Euro 1.390.181.996,17)

 < 20 % Anteil am
 Eigenkapital

Unter diesen Posten fallen alle restlichen Finanzanlagen des Anlagevermögens mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Dazu gehören z. B. in Darlehensform gewährte Zuwendungen und Kapitalanteile an Unternehmen und Einrichtungen, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Sonstige Anteilsrechte				
Aareal Bank AG	412.560,00	0,00	0,00	412.560,00
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und ange- wandte Analytik	243.147,26	0,00	0,00	243.147,26
Bremer Energie-Konsens GmbH	92.034,16	0,00	0,00	92.034,16
Bremer Landesbank Kreditan- stalt Oldenburg – Girozentrale	95.767.800,03	–50.000.000,00	–45.767.800,03	0,00
BREPARK GmbH	459.609,36	0,00	0,00	459.609,36
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts	4.452.187,28	0,00	0,00	4.452.187,28

	Stand 31.12.2012 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2013 Euro
DEGES Berlin	6.858,42	0,00	0,00	6.858,42
ekz.bibliotheksservice GmbH	177.755,38	0,00	0,00	177.755,38
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	54.576,18	0,00	0,00	54.576,18
HIS Hochschul-Inforna- tions-System GmbH	33.863,23	0,00	0,00	33.863,23
IWF Wissen und Medien gGmbH	5.112,92	0,00	0,00	5.112,92
Kreditanstalt für Wiederaufbau	43.299.300,00	0,00	0,00	43.299.300,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutsch- land GmbH, Bonn	85.735,45	0,00	0,00	85.735,45
LEA Gesellschaft für Landes- eisenbahnaufsicht mbH	2.732,69	0,00	0,00	2.732,69
Münchner Hypothekenbank eG	140,00	0,00	0,00	140,00
	145.094.450,49	–50.001.038,13	–45.767.800,03	49.325.612,33
Übrige sonstige Ausleihungen				
an Gemeinden/ Gemeindeverbände	189.830.000,00	+82.480.000,00	0,00	272.310.000,00
an Zweckverbände	–14.900,00	0,00	0,00	–14.900,00
an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	1.055.272.445,68	–62.115.060,90	0,00	993.157.384,78
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	73.780.544,42	–19.836.376,31	0,00	53.944.168,11
» SV Entsorgungsbetriebe Bremerhaven	16.680.000,00	+6.455.000,00	0,00	23.135.000,00
» SV Hafen	771.165.338,08	–27.558.956,22	0,00	743.606.381,86
» SV Immobilien und Technik	184.646.563,18	–12.174.728,37	0,00	172.471.834,81
» SV Überseestadt	9.000.000,00	–9.000.000,00	0,00	0,00
	1.245.087.545,68	20.364.939,10	0,00	1.265.452.484,78
	1.390.181.996,17	–29.636.099,03	–45.767.800,03	1.314.778.097,11

Die InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik firmierte bis Dezember 2012 als AMI-Nord GmbH. Mit der Umbenennung im Januar 2013 war eine strategische Neuausrichtung des Instituts verbunden.

Bei der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale erfolgte eine Übertragung vom Land Bremen auf die Stadtgemeinde Bremen und anschließend wurde der bremische Anteil am Eigenkapital als Einlage in die BVG eingebracht. Auf Grundlage eines Treuhandvertrages tritt das Land Bremen Dritten gegenüber weiterhin als Trägerin auf.

Bei den übrigen sonstigen Ausleihungen fand eine Neuaufnahme in Höhe von 89.000.000 Euro statt. Die Differenz stellen Tilgungen dar.

Im Vorjahr wurde unter übrige sonstige Ausleihungen anstatt der Bezeichnung SV Entsorgungsbetriebe Bremerhaven irrtümlich die Bezeichnung SV Gewerbeflächen ausgewiesen.



Bauarbeiten der Bremer Landesbank unter Erhaltung der historischen Fassade

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Vorräte

Vorräte	Euro 238.528,02
	(31.12.2012: Euro 256.391,47)

Als Vorräte werden alle auf Lager, in Arbeit oder unterwegs befindlichen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens ausgewiesen, die für die Leistungserstellung notwendig, aber noch nicht verbraucht sind oder die als Erzeugnis bzw. Leistung zum Verkauf bestimmt sind. Sogenanntes Verbrauchsmaterial wie z. B. Büromaterial wird nicht als Vorratsvermögen ausgewiesen, da bei diesen Materialien ein sofortiger Verbrauch unterstellt wird.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Materialbestand Polizei	81.026,26	90.884,80
Betriebshof Amt für Straßen und Verkehr	157.501,76	165.506,67
	238.528,02	256.391,47

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, d.h. mit dem Nennwert, angesetzt.

1. Forderungen aus Steuern	Euro 147.807.000,00
	(31.12.2012: Euro 172.061.000,00)

Die Gebietskörperschaft, die die Verwaltungshoheit über die Steuern besitzt, weist die Forderungen aus Steuern zum Bilanzstichtag in voller Höhe aus. Forderungen aus steuerlichen Nebenleistungen sind ebenfalls anzusetzen. Bei den Stadtstaaten werden zudem Forderungen aus den örtlichen Gemeindesteuern und -steueranteilen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Steuern erfolgt, soweit die nach § 38 Abgabenordnung entstandenen Steueransprüche am Bilanzstichtag hinreichend konkretisiert sind.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Lohnsteuer	3.056.000,00	1.960.000,00
Veranlagte Einkommensteuer	60.539.000,00	90.148.000,00
Körperschaftsteuer	4.238.000,00	4.738.000,00
Umsatzsteuer	62.321.000,00	50.705.000,00
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	712.000,00	146.000,00
Grunderwerbsteuer	1.477.000,00	3.404.000,00
Erbschaftsteuer	7.951.000,00	8.004.000,00
Kraftfahrzeugsteuer	664.000,00	758.000,00
Übrige Besitz- und Verkehrssteuern	151.000,00	109.000,00
Solidaritätszuschlag	3.904.000,00	5.376.000,00
Grundsteuer	1.210.000,00	1.288.000,00
Deichbeitrag	14.000,00	16.000,00
Gewerbesteuer	1.263.000,00	4.473.000,00
Landwirtschaftskammerbeitrag	5.000,00	5.000,00
Vergnügungssteuer	265.000,00	907.000,00
Zweitwohnungssteuer	23.000,00	16.000,00
Hundesteuer	14.000,00	8.000,00
	147.807.000,00	172.061.000,00

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen **Euro 137.620.791,15**
(31.12.2012: Euro 168.703.536,90)

Ausgewiesen werden Forderungen, denen eine Lieferung oder eine Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	247.368.721,66	287.698.532,02
abzgl. Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (Innenumsätze)	-88.070.234,21	-97.493.622,56
	159.298.487,45	190.204.909,46
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-21.677.696,30	-21.501.372,56
	137.620.791,15	168.703.536,90

In dem Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind auch die Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (sogenannte Innenumsätze) enthalten. In der vorstehenden Aufstellung ist dieser Betrag in dem Gesamtbetrag der Forderungen enthalten und wird vor Ermittlung der Pauschalwertberichtigung von den Forderungen abgesetzt.

Für die korrigierten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Die Forderungen wurden nach dem Jahr der Entstehung gerastert und die jeweilige Werthaltigkeit durch entsprechend gestaffelte Abschläge auf den Nominalwert der Forderung ermittelt. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausfallrisiken der Freien Hansestadt Bremen wurde ein möglichst realitätsnaher Abschlag ermittelt.

Sofern in Einzelfällen eine vom Pauschalwert abweichende geringere Werthaltigkeit unterstellt wurde, ist diese in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung eingeflossen.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen

Euro 441.061.863,52

(31.12.2012: Euro 437.118.439,68)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Sonstige Forderungen an:		
» Stiftungen öffentlichen Rechts	491.571,90	443.619,83
» Anstalten öffentlichen Rechts	338.130.985,51	311.448.414,97
» Eigenbetriebe	1.111.189,70	1.572.376,59
» Gesellschaften	45.806.103,11	72.839.351,40
» Sonderhaushalte	55.522.013,30	50.814.676,89
	441.061.863,52	437.118.439,68

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 115.225.982,83

(31.12.2012: Euro 148.613.110,22)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Sonstige Forderungen an:		
» SV Immobilien und Technik	108.732.682,49	135.292.108,62
» SV Bremer Kapitaldienstfonds	6.493.300,34	13.321.001,60
	115.225.982,83	148.613.110,22

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die Sondervermögen erfasst wird.

5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 156.097.209,70
(31.12.2012: Euro 139.290.263,97)

In diesem Posten werden Forderungen aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die der Freien Hansestadt Bremen aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehen) und Forderungen aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Steuerverteilung	1.183.450,48	8.483.900,10
Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Länderfinanzausgleich IV. Quartal	54.913.759,22	30.806.363,87
» Konsolidierungshilfe lfd. Jahr	100.000.000,00	100.000.000,00
	156.097.209,70	139.290.263,97

Für das Jahr 2013 hat Bremen einen Anspruch auf Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro. Davon werden 200 Mio. Euro im laufenden Jahr gezahlt und die verbleibenden 100 Mio. Euro erst im Folgejahr. Im doppelten Jahresabschluss 2013 werden die 300 Mio. Euro in der Erfolgsrechnung als Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen ausgewiesen. In der Vermögensrechnung werden die 200 Mio. Euro gezahlten Hilfen als Zugang auf dem entsprechenden Bankkonto berücksichtigt. Die restlichen 100 Mio. Euro stellen somit eine Forderung dar, die an dieser Stelle auszuweisen ist.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Euro 494.554.918,12
(31.12.2012: Euro 411.914.012,70)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurzfristigen sonstigen Forderungen gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u.a. Forderungen

gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensforderungen sowie alle übrigen sonstigen Vermögensgegenstände.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Darlehensforderungen:		
» Gegen den öffentlichen Bereich	54.576.039,37	54.956.452,88
» Gegen den übrigen Bereich	266.230.345,81	42.019.371,86
Übrige sonstige Vermögensgegenstände:		
» Geldtransit- und Verrechnungskonten	126.853.602,97	192.381.507,19
» Debitorsche Kreditoren	41.664.802,05	23.631.987,61
» Forderungen an Finanzbehörden	0,00	19.192,93
» Übrige sonstige Vermögensgegenstände	5.230.127,92	98.905.500,23
	494.554.918,12	411.914.012,70

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	Euro 633.225.291,75
	(31.12.2012: Euro 931.505.781,91)

In diesem Posten werden das in den Haupt- und Nebenkassen befindliche Bargeld, Guthaben bei der Bundesbank und bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Schecks, die noch nicht bei den Kreditinstituten zur Gutschrift eingereicht wurden, ausgewiesen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Kassenbestand	145.868,42	152.868,97
Guthaben bei Kreditinstituten:		
» Landeszentralbank	0,00	13.192.280,20
» Bremer Landesbank	37.373.535,87	61.684.153,05
» Postbank	60.129,89	118.619,11
» Sparkassen	3.469.145,94	927.860,58
» Kassenkredite Besicherung	592.176.611,63	855.430.000,00
	633.225.291,75	931.505.781,91

Als Kassenbestand werden die dezentral verwalteten Handkassen (Handvorschüsse) ausgewiesen. Die in der Buchführung ausgewiesenen Bestände werden mit den Aufzeichnungen vor Ort abgestimmt.

Die Salden der einzelnen Kreditinstitute wurden mit den jeweiligen Bankauszügen zum Bilanzstichtag abgestimmt und unter Berücksichtigung der unterwegs befindlichen Gelder (Schwebeposten) als Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Aktive Rechnungsabgrenzung	Euro 38.359.939,89
	(31.12.2012: Euro 40.774.677,99)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Beamtenbesoldung Januar des Folgejahres	36.745.001,32	38.277.050,64
Agio/Disagio	1.614.938,57	2.497.627,35
	38.359.939,89	40.774.677,99

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Euro 17.836.459.884,63
	(31.12.2012: Euro 16.456.355.415,84)

Zum Stichtag übersteigt die Summe der Schuldposten die Summe der als Vermögensgegenstände auszuweisenden Beträge. Dieser Betrag ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzter Posten auf der Aktivseite unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen.

Die Ermittlung und Entwicklung des in diesem Posten auszuweisenden Betrages ist in den Erläuterungen zum Posten Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen dargestellt.

Erläuterungen zur Vermögensrechnung

» Passiva

A. EIGENKAPITAL

Eigenkapital

Euro 0,00

(31.12.2012: Euro 0,00)

In der Vermögensrechnung der Gebietskörperschaft wird das Eigenkapital rechnerisch als Nettoposition aus der Differenz zwischen Aktivvermögen und Schulden ermittelt. Neben der Nettoposition können ggf. noch weitere Eigenkapitaluntergliederungen aufgeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

Wenn die Schulden das Aktivvermögen übersteigen, führt dies zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag, der auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführt wird. Der Fehlbetrag kann ggf. auch untergliedert werden.

Das Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	165.048.388,93	168.242.457,79
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.252.769.801,97	-1.489.361.820,48
IV. Jahresergebnis	-1.240.642.038,11	-796.960.309,15
V. Ergebnisverwendung	37.492.646,23	33.552.327,66
	-17.108.470.971,37	-15.902.127.510,63
Veränderungen durch Bestandsanpassungen in den Vorjahren	-554.227.905,21	
im lfd. Jahr		
» Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen		
» Eigenbetrieb Umweltbetriebe Bremen		3.512.494,30
» Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH		
– Verschmelzung	-215.310,53	4.641.122,92
– Schwebeposten	-6.121.053,71	6.121.053,71
» GBI Auflösung		-468.809,29
» Ausleihungen/Darlehensforderungen	-21.624.640,43	5.991.472.861,95
» Darlehensverbindlichkeiten	-145.800.003,38	-6.559.506.628,80
davon Schuldübernahmen	-110.800.000,00	-384.387.145,04
	-17.836.459.884,63	-16.456.355.415,84
Ausweis in dem Posten:		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	17.836.459.884,63	16.456.355.415,84

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat 2013 eine teilweise Schuldübernahme des Klinikverbundes Gesundheit Nord beschlossen. Ein Darlehen des Klinikverbundes für die Finanzierung des Teilersatzneubaus wurde in einem Umfang von 110,8 Mio. Euro durch den Gesellschafter (Stadtgemeinde Bremen) übernommen.

I. Nettoposition

Nettoposition	Euro –13.817.600.166,45
	(31.12.2012: Euro –13.817.600.166,45)

Ausgewiesen wird das konstante Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen. Dieser Wert stellt den Saldo aus Anlage- und Umlaufvermögen, aktiver Rechnungsabgrenzung, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung zum Eröffnungsbilanzstichtag dar. Dieser Wert bleibt in der Regel in den Folgejahren unverändert.

Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition ergibt sich aus der Notwendigkeit, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

II. Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)

Gewinnrücklagen (Verwaltungsrücklagen)	Euro 165.048.388,93
	(31.12.2012: Euro 168.242.457,79)

Gewinnrücklagen ergeben sich aus zurückbehaltenen Überschüssen in der Erfolgsrechnung. Diese doppischen Rücklagen sind nicht mit dem kameralen Rücklagenbegriff gleichzusetzen, der in der Regel die Sicherung der Zahlungsfähigkeit beinhaltet.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Gewinnrücklagen als Verwaltungsrücklagen bezeichnet und finden ihre Ausprägung in gebundenen oder freien Rücklagen. In der öffentlichen Verwaltung dürfen gebundene Rücklagen für bestimmte, der Art und der (absoluten oder relativen) Höhe nach durch Gesetz oder Verwaltungsanweisungen festgelegte künftige Ereignisse und Maßnahmen (z. B. Rücklagen für Großprojekte) oder zum Ausgleich künftiger Verluste gebildet werden. Daneben können freie/allgemeine Rücklagen gebildet werden, die der Verwaltung unter Berücksichtigung des Budgetrechts des Parlamentes Möglichkeiten der Verwendung in Folgejahren eröffnen.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass nicht die Bildung einer Rücklage, sondern die Inanspruchnahme zu Liquiditätsabflüssen führt. Um diese planen zu können und um das Budgetrecht des Parlamentes zu wahren, ist in den jährlichen Haushaltsanmeldungen die Bildung und die beabsichtigte Inanspruchnahme einer Rücklage zu veranschlagen.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Abwasserabgabe-Rücklage	6.933.175,59	8.486.671,35
Arbeitnehmerbeiträge nach dem Bremischen Ruhelohngesetz	11.803.094,46	10.885.414,39
Ausgleichsabgaben für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	1.343,42
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	8.928.177,92	9.724.668,10
Budgetrücklage Hansestadt Bremisches Hafenamt	234.000,01	234.000,01
Entwicklungsagentur West	0,00	410.000,00
Erneuerungsrücklage Fischereihafen Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven	293.445,67	293.445,67
Rücklage Kriegsofferfürsorge	463.731,32	360.573,10
Rücklage Saubere Stadt	22.961,32	24.210,72
Rücklage Schaffung von Garagen und Einstellplätzen	0,00	155.566,67
Sonderrücklage Deichschutz Bremerhaven	4.060.457,30	3.479.822,42
Sonderrücklage ReSoSta	662.259,77	662.259,77
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	89.945,00	93.245,00
Sonderrücklage Kaje Fischereihafen	1.676.000,00	1.676.000,00
Wasserentnahmegebühr Rücklage	10.559.134,85	9.642.522,01
EFRE 2007–2013	267.281,74	808.733,52
EFRE 2007–2013 Bescheinigungsstelle	29.416.486,39	27.961.116,39
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	0,00	813,80
Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	16.340.452,11	16.340.452,11
Rücklage für Diskontkredite	436.250,00	436.250,00
Rücklage allgemeine Finanzen	12.638.106,06	12.638.106,06
Budgetrücklage allgemeine Finanzen	152.183,87	152.183,87
Budgetrücklagen Ressorts	60.069.902,13	63.775.059,41
	165.048.388,93	168.242.457,79

III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Euro – 2.252.769.801,97
	(31.12.2012: Euro –1.489.361.820,48)

In Abgrenzung zum Jahresergebnis des laufenden Jahres (Überschuss oder Fehlbetrag) beinhaltet diese Position in der Regel das kumulierte Jahresergebnis aus den Vorjahren.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	–1.489.361.820,48	–723.882.073,38
Jahresergebnis des Vorjahres:		
» Jahresfehlbetrag	–796.960.309,15	–800.095.833,23
» Einstellungen in die Gewinnrücklagen	–46.453.437,27	–58.846.323,62
» Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	80.005.764,93	93.462.409,75
Stand 31.12. des Jahres	–2.252.769.801,97	–1.489.361.820,48

IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	Euro – 1.240.642.038,11
	(31.12.2012: Euro –796.960.309,15)

Der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ist eine in der abgelaufenen Rechnungsperiode erwirtschaftete Größe, die sich aus der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung ergibt.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Jahresergebnis:		
» Jahresfehlbetrag	–1.240.642.038,11	–796.960.309,15

V. Ergebnisverwendung

Ergebnisverwendung	Euro 37.492.646,23
	(31.12.2012: Euro 33.552.327,66)

Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der abgelaufenen Rechnungsperiode werden die im Haushaltsjahr vorgenommenen Entnahmen aus den und Einstellungen in die Gewinnrücklagen gesondert ausgewiesen.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
» Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-43.447.825,01	-46.453.437,27
» Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	80.940.471,24	80.005.764,93
	37.492.646,23	33.552.327,66

B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN

Sonderposten für Investitionen	Euro 465.826.702,31
	(31.12.2012: Euro 481.711.145,33)

In diesem Posten werden die der Freien Hansestadt Bremen von anderen Gebietskörperschaften oder von Dritten zugeflossenen Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Finanzierung aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände bestimmt sind, ausgewiesen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	481.711.145,33	492.855.366,66
+ Zugänge	10.580.301,66	14.776.420,84
- Auflösung	-26.464.744,68	-25.920.642,17
Stand 31.12. des Jahres	465.826.702,31	481.711.145,33

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31.12.2013 in Anspruch genommen und den Wert aus dem kameralen Buchungsstoff 2013 abgeleitet, die Beträge aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen) ermittelt. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

C. RÜCKSTELLUNGEN

Für Verpflichtungen, die dem Grunde nach hinsichtlich des Auszahlungszeitpunktes oder der Höhe nach noch nicht bestimmt und die bis zum Bilanzstichtag wirtschaftlich verursacht sind, werden grundsätzlich Rückstellungen gebildet.

I. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	Euro 7.207.781.000,00
	(31.12.2012: Euro 6.536.591.000,00)

Gemäß den Standards staatlicher Doppik sind für Beamte und andere nach Bundes- oder Landesrecht versorgungsberechtigte Personen Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen für die Zeit ihres Ruhestandes und ähnliche Verpflichtungen anzusetzen. Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgt nach versicherungsmathematischen Regeln unter Verwendung geeigneter Generationensterbetafeln. Sie ist für Personen vorzunehmen, denen nach beamtenrechtlichen Vorschriften nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestdienstzeit ein Anspruch auf Versorgung gewährt werden kann. Für bereits laufende Leistungen und unverfallbare Anwartschaften pensionierter oder ausgeschiedener Beamter ist der Barwert der Verpflichtung anzusetzen. Bei aktiven Beamten ist eine Verteilung über die gesamte Dienstzeit auf der Grundlage des Teilwertverfahrens vorzunehmen. Dabei sind erwartete Pensions- und Rentenanpassungen, Besoldungs- und Entgeltsteigerungen auf Basis des Durchschnittsprozentsatzes, der jeweils aus der Steigerung der vergangenen sieben Jahre ermittelt wird, zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind pauschal mit einem Zinssatz von 3,95 % p.a. abzudiskontieren. Der Zinssatz wird jährlich durch das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens (§ 49a HGrG) überprüft und bei Abweichung von mehr als 0,5 Prozentpunkten vom Referenzzinssatz durch das Gremium entsprechend angepasst.

In den Standards staatlicher Doppik wurde der Zinssatz für die Abzinsung der zukünftig zu leistenden Zahlungen ab 2013 von 4,50 % p.a. auf 3,95 % p.a. reduziert. Damit erfolgte eine Anpassung an die allgemeine Entwicklung der Zinsen an den Kreditmärkten. Eine Reduktion des Abzinsungszinssatzes bewirkt bei gleichbleibenden zukünftigen Erfüllungsbeträgen, dass aus heutiger Sicht die Zuführung zu den Rückstellungen erhöht werden muss, da sich die Rückstellungsbeträge weniger stark auf den zukünftigen Erfüllungsbetrag verzinsen. Insgesamt wurden 2013 rund 671,19 Mio. Euro zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zugeführt. Der Anteil, der davon auf die Reduktion des Zinssatzes entfällt, beträgt rund 502,97 Mio. Euro.

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurde für zukünftige Pensions- und Rentenanpassungen sowie Besoldungs- und Entgeltsteigerungen bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung wie im Bremischen Ruhelohngesetz von 1 % jährlich vorgesehen sowie bei den

aktiv und passiv beschäftigten Beamten entsprechend den Rechenmodellen der FöKo II bis 2014 eine jährliche Steigerungsrate in Höhe von 0,9% und danach 1,5% unterstellt. Sofern für zukünftige Jahre bereits abweichende Realanpassungen beschlossen wurden, werden diese in der Berechnung berücksichtigt.

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand 31.12.2012 Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2013 Euro
Pensionsrückstellung:			
» Passive	4.416.005.000,00	305.105.000,00	4.721.110.000,00
» Aktive	1.796.978.000,00	334.363.000,00	2.131.341.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	323.608.000,00	31.722.000,00	355.330.000,00
	6.536.591.000,00	671.190.000,00	7.207.781.000,00

Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zeigt im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen die Belastung zukünftiger Rechnungsperioden auf, die der Freien Hansestadt Bremen durch die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber leistungsberechtigten Versorgungsempfängern aus heutiger Sicht entstehen werden und somit den finanziellen Rahmen zukünftiger Haushaltsjahre beeinflussen.

II. Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Euro 117.337.209,21

(31.12.2012: Euro 111.994.209,21)

In diesem Posten werden alle übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dazu gehören u.a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Prozesskosten, Schadenersatz, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen, Drohverluste und Personalaufwand.



Treppe im Haus des Reichs (Dienstszitz der Senatorin für Finanzen)

Entwicklung Berichtsjahr 2013:

	Stand	V	Verbrauch		Stand
	01.01.2013	A	Auflösung	Zuführung	31.12.2013
	Euro		Euro	Euro	Euro
Rückstellungen für					
» Ausstehende Rechnungen	11.371.000,00	V	11.371.000,00	11.709.000,00	11.709.000,00
» Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	735.000,00	A	48.000,00	0,00	687.000,00
» Prozesskosten	134.000,00			56.000,00	190.000,00
» Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	739.000,00	A	415.000,00	601.000,00	925.000,00
» Personalaufwand:					
– Altersteilzeit	74.546.000,00	A	0,00	4.151.000,00	78.697.000,00
– nicht genommener Urlaub	24.320.000,00	A	0,00	660.000,00	24.980.000,00
» Verpflichtung ausgesch. Mitarb.	149.209,21			0,00	149.209,21
		V	11.371.000,00		
		A	463.000,00		
	111.994.209,21		11.834.000,00	17.177.000,00	117.337.209,21

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen:

Für Eingangsrechnungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die im abgelaufenen Jahr bis zur Aufstellung der Vermögensrechnung noch nicht eingegangen sind, werden in Höhe der voraussichtlichen Rechnungsbeträge Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, soweit die Rechnungsbeträge bei rechtzeitigem Eingang als Aufwand zu erfassen gewesen wären.

Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen:

Bei den Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung wurde für die bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen die durchschnittliche Ausfallquote der letzten fünf Jahre ermittelt und diese auf den Bestand des bremischen Anteils am Gesamtrisiko aus den Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12.2013 angewandt.

Rückstellungen für Prozesskosten:

In den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Gerichtsprozessen, in denen die Freie Hansestadt Bremen als Klägerin oder Beklagte auftritt, wurden die voraussichtlichen Kosten für die laufende Instanz berücksichtigt. Diese beinhalten im Wesentlichen die Ansprüche der Gegenseite sowie die zu erwartenden Vorbereitungs- und Durchführungskosten. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurden aus Vereinfachungsgründen jedoch nur anstehende Prozesse mit einem Streitwert von über 100.000 Euro geprüft.

Rückstellungen für Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche:

Für gesetzliche bzw. vertragliche Schadenersatzverpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme des zum Bilanzstichtag 31.12.2013 entstandenen

Schadens zu bilden, wenn das Bestehen der Verbindlichkeit und die Inanspruchnahme wahrscheinlich sind.

In der Freien Hansestadt Bremen ist bei der Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Haftpflichtansprüchen nach Stadt und Land zu trennen. Für das kommunale Haftpflichtrisiko sind keine Rückstellungen zu bilden, da dieses in unbegrenzter Höhe durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt ist. Das staatliche Haftpflichtrisiko ist bis zu einem Betrag von 100.000 Euro durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt. Für das staatliche Haftpflichtrisiko wurden Rückstellungen deshalb lediglich für die über diesen Betrag hinausgehenden Beträge gebildet, wenn die Haftpflichtschadenersatzansprüche gegenüber der Freien Hansestadt Bremen unstrittig sind.

Rückstellungen für Personalaufwand:

In den Rückstellungen für Personalaufwand sind die Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Sabbatjahren, nicht genommenem Urlaub sowie aus Überstunden und Gleitzeitguthaben auszuweisen.

» Altersteilzeit:

Bei der Rückstellungsberechnung ist auf eine getrennte Ermittlung der Erfüllungs- und der Aufstockungsrückstellung abzustellen.

Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Aktivphase des Beschäftigten sukzessive im Verlauf der Aktivphase aufgebaut. Für jeden Monat der Aktivphase in dem jeweiligen Berichtsjahr werden 50 % des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Aktivphase erzielt wurde, in die Rückstellung eingestellt. Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Die Aufstockungsrückstellung ist mit Beginn des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung sofort in voller Höhe zu bilden. Einzustellen sind 30 % des monatlichen Bruttoentgeltes, das vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung erzielt wurde, für jeden Monat – also für den gesamten Zeitraum – der Passivphase. Ebenso wie die Erfüllungsrückstellung wird auch die Aufstockungsrückstellung mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit verbraucht.

Sowohl bei der Erfüllungs- als auch bei der Aufstockungsrückstellung werden voraussichtliche Tarifsteigerungen in die Wertermittlung einbezogen und die so ermittelten Beträge entsprechend der Laufzeit abgezinst.

» Sabbatjahre:

Eine Rückstellung für Sabbatjahre wird in der Freien Hansestadt Bremen nicht gebildet, da die Beschäftigten dieses Arbeitszeitmodell kaum in Anspruch nehmen.

» Nicht genommener Urlaub:

Diese Rückstellungen sind zu bilden, wenn Beschäftigte bis zum Ende des Haushaltsjahres ihren Urlaub noch nicht genommen haben und dieser im Folgejahr gewährt werden muss. Mit dieser Rückstellung werden nach dem Bilanzstichtag entstehende Personalaufwendungen

erfasst, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, da die Beschäftigten durch die Nichtinanspruchnahme des Urlaubs im laufenden Jahr in Vorleistung getreten sind.

Da in der Freien Hansestadt Bremen keine flächendeckende elektronische Erfassung der Urlaubsansprüche innerhalb des Personaldatensystems PUMA erfolgt, wurde der in die Rückstellung einzustellende Betrag durch eine Durchschnittswertmethode ermittelt. Die in PUMA erfassten Urlaubsansprüche wurden auf die gesamten in der bremischen Verwaltung Beschäftigten ohne Berücksichtigung der beschäftigten Lehrer/-innen hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Bezügen/Entgelten der Beschäftigten in der bremischen Verwaltung bewertet.

» **Verpflichtungen aus Überstunden und Gleitzeitguthaben:**

Die Bildung einer Rückstellung unterbleibt, da in der Freien Hansestadt Bremen keine zentrale flächendeckende elektronische Erfassung der Überstunden und Gleitzeitguthaben erfolgt.

D. VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (in der Regel Nennbetrag) auszuweisen, unabhängig davon, wie hoch der Ausgabebetrag ist. Als Ausgabebetrag wird der dem Schuldner zugeflossene Betrag bezeichnet.

I. Anleihen und Obligationen

Anleihen und Obligationen	Euro 11.622.125.000,00
	(31.12.2012: Euro 11.439.947.970,30)

In diesem Posten sind alle kurz-, mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen auszuweisen. Dazu gehören Ausgleichsforderungen, Kapitalmarktpapiere wie z.B. Anleihen, Schatzbriefe und Obligationen sowie Geldmarktpapiere wie z.B. Schatzanweisungen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Ausgewiesen werden Landesobligationen und Anleihen:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	7.991.875.000,00	8.741.875.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	3.630.250.000,00	2.698.072.970,30
	11.622.125.000,00	11.439.947.970,30

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Schatzanweisungen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Euro 3.663.320.657,33
	(31.12.2012: Euro 3.365.229.817,02)

Ausgewiesen werden kurz-, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Ausweis erfolgt mit den Salden gemäß Kontoauszug. Dabei sind Schwebeposten, d. h. unterwegs befindliche Gelder, zu berücksichtigen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Darlehensverbindlichkeiten:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	2.341.260,46	0,00
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	485.808.518,11	485.817.674,84
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	3.175.170.878,76	2.879.412.142,18
	3.663.320.657,33	3.365.229.817,02

Die für das Vorjahr ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Euro 160.701,18
	(31.12.2012: Euro 0,00)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten, denen eine Lieferung oder Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-41.504.100,87	-23.631.987,61
Ausweis debitorischer Kreditoren in dem Posten sonstige Vermögensgegenstände	41.664.802,05	23.631.987,61
	160.701,18	0,00

IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

Euro 132.918.099,68
(31.12.2012: Euro 132.866.700,47)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» Gesellschaften	20.898.289,30	19.550.581,28
» Eigenbetrieben	67.379.333,69	73.106.685,28
» Anstalten öffentlichen Rechts	6.708.189,95	7.760.372,90
» Stiftungen öffentlichen Rechts	166.110,64	216.598,24
» Sonderhaushalten	37.766.176,10	32.232.462,77
	132.918.099,68	132.866.700,47

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.



Das Universum Bremen – Science Center

V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Euro 11.432.325,92

(31.12.2012: Euro 12.969.837,03)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)		
» Förderprogramme WMTE ¹	11.009.094,17	12.630.845,47
» Starthilfefonds	423.231,75	338.991,56
	11.432.325,92	12.969.837,03

¹ WMTE – Wirtschaft, Mittelstand, Technologie, Europaangelegenheiten

VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

Euro 260.045.386,78

(31.12.2012: Euro 185.516.781,56)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
» SV Infrastruktur	65.720.688,31	61.354.974,18
» SV Fiskalvermögen	980.016,88	1.166.468,34
» SV Fischereihafen	30.587.628,17	9.123.248,19
» SV Hafen	129.588.554,55	86.928.410,24
» SV Überseestadt	8.153.467,55	7.143.039,26
» SV Gewerbeflächen	25.015.031,32	19.800.641,35
	260.045.386,78	185.516.781,56

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

Euro 1.495.241,17
(31.12.2012: Euro 1.351.694,64)

Siehe Aktiva, Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen, Seite 54

In diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die anderen Gebietskörperschaften aufgrund deren Ertragshoheit zustehen) und Verbindlichkeiten aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
-----	-----	-----
Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen:		
» Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	1.495.241,17	1.351.694,64
	1.495.241,17	1.351.694,64

Die Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen zum 31.12.2013 werden in dem entsprechenden Aktiv-Posten ausgewiesen.

VIII. Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

Euro 3.979.088.896,57
(31.12.2012: Euro 4.287.844.981,64)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurz-, mittel- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensverbindlichkeiten sowie alle übrigen sonstigen Verbindlichkeiten.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Bund:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	7.904,18	7.657,48
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	102.605.628,29	108.086.761,13
gegenüber Ländern:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	248.500.000,00	250.000.000,00
gegenüber dem sonst. inländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	68.005.866,48	666.486.019,69
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	65.000.000,00	191.400.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.903.025.837,63	2.516.525.837,63
gegenüber dem sonst. ausländischen Bereich:		
» Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	60.000.000,00	60.000.000,00
» Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	186.000.000,00	186.000.000,00
Übrige sonstige Verbindlichkeiten:		
» Cash Management		0,00
» Stiftungen	1.247.180,97	1.740.322,07
» Anstalten öffentlichen Rechts	841.195,91	859.157,30
» Finanzkassen	25.588.237,13	47.053.567,92
» Personalverrechnung	15.596.660,51	9.179.244,95
» Projekte und Maßnahmen	42.639.161,32	31.703.799,68
» Verwahrungen und erhaltene Anzahlungen	165.699.256,29	162.900.847,48
» Zahlstellen	0,00	161.114,19
» Fremdgelder	4.767.650,23	4.723.478,22
» Umsatzsteuer	5.829.467,17	1.424.934,05
» Übrige sonstige Verbindlichkeiten	83.734.850,46	49.592.239,85
	3.979.088.896,57	4.287.844.981,64

Die ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Passive Rechnungsabgrenzung

Euro 0,00

(31.12.2012: Euro 0,00)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

	Stand 31.12.2013 Euro	Stand 31.12.2012 Euro
	0,00	0,00
	0,00	0,00



Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

1. Steuern und steuerähnliche Erträge

Euro 2.309.019.344,64

(2012: Euro 2.199.965.617,46)

Steuern und steuerähnliche Erträge umfassen sämtliche der Gebietskörperschaft aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehende Steuern bzw. steuerähnliche Abgaben und steuerliche Nebenleistungen.

Die Ertragsrealisation tritt im Rahmen von Veranlagungen und Anmeldungen grundsätzlich mit Ablauf des Veranlagungs- bzw. Anmeldungszeitraums ein. Eine Erfassung dieser Erträge setzt jedoch eine hinreichende Konkretisierung des Steueranspruchs voraus, die zu dem Zeitpunkt eintritt, an dem die Daten zur Berechnung der Steuer freigegeben werden. Aus Vereinfachungsgründen finden nur die bis 31.12. veranlagten Fälle Berücksichtigung. Mit dem Eingang der Anmeldung sind bei Zahllastfällen die Steuererträge hinreichend konkretisiert und wirtschaftlich entstanden. Die im Januar eingehenden Anmeldungen für Anmeldezeiträume der Vorjahre sind zu berücksichtigen. Die Ertragsrealisation von Steuervorauszahlungen ist mit der hinreichenden Konkretisierung sukzessive zu den einzelnen Fälligkeitsterminen gegeben. Steuererstattungen der Gebietskörperschaften sind ertragsmindernd bei den Erträgen aus Steuern auszuweisen.

Verbliebene Risiken hinsichtlich der Konkretisierung der Steuererträge sind durch vorsichtige Bemessung des Wertansatzes oder durch Bildung von Rückstellungen (z. B. Rückerstattungsverpflichtungen) zu berücksichtigen.

	2013 Euro	2012 Euro
Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:		
» Lohnsteuer	1.035.017.394,17	982.178.201,22
» Veranlagte Einkommensteuer	160.056.798,77	163.909.855,36
» Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	53.227.853,96	44.659.597,60
» Körperschaftsteuer	64.015.480,84	85.495.892,71
» Umsatzsteuer	557.077.521,70	470.082.574,55
» Einfuhrumsatzsteuer	174.414.737,10	187.624.125,74
» Gewerbesteuerumlage	6.045.532,46	6.562.884,73
» Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	45.071.980,79	38.569.348,82
» Kraftfahrzeugsteuer	-94.000,00	-211.000,00
	<u>2.094.833.299,79</u>	<u>1.978.871.480,73</u>
Landessteuern:		
» Vermögensteuer	316.696,79	-13,00
» Erbschaftssteuer	32.141.111,77	47.544.189,53
» Grunderwerbsteuer	60.441.161,02	68.279.397,30
» Totalisatorsteuer	37.387,20	73.808,70
» Lotteriesteuer	10.763.129,83	10.162.246,55
» Sportwettsteuer	2.019.949,31	0,00
» Feuerschutzsteuer	3.221.442,76	3.523.289,44
» Biersteuer	17.594.625,49	20.709.879,60
» Abgaben von Spielbanken	<u>1.623.461,35</u>	<u>3.039.128,75</u>
	<u>128.158.965,52</u>	<u>153.331.926,87</u>

Gemeindesteuern:

» Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	-436.217.095,37	-402.610.440,37
» Grundsteuer A	96.144,92	-405.729,38
» Grundsteuer B	134.849.981,05	134.223.771,35
» Gewerbesteuer	330.938.794,70	281.351.273,09
» Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	37.857.774,64	37.432.708,97
» Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-3.712.176,52	-2.535.781,75
» Sonstige Vergnügungssteuern	10.642.063,99	10.681.298,75
» Hundesteuer	1.439.787,30	1.382.542,44
» Sonstige Gemeindesteuern	1.895.262,90	444.171,86
	77.790.537,61	59.963.814,96
Steuerähnliche Erträge	2.675.370,76	2.591.609,36
Zwangsgelder, Verspätungs- und Säumniszuschläge im Zusammenhang mit Steuern	5.561.170,96	5.206.785,54
Summe Steuern und steuerähnliche Erträge	2.309.019.344,64	2.199.965.617,46

2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen**Euro 1.138.295.419,09**

(2012: Euro 1.046.422.526,63)

	2013 Euro	2012 Euro
Erträge aus Länderfinanzausgleich	589.986.489,86	516.985.832,87
Erträge aus Bundesergänzungszuweisungen	248.308.929,23	229.436.693,76
Erträge Konsolidierungshilfe	300.000.000,00	300.000.000,00
	1.138.295.419,09	1.046.422.526,63

Ausgewiesen werden die Erträge aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus sonstigen Finanzausgleichsbeziehungen für das Haushaltsjahr 2013.

3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen**Euro 499.225.345,10**

(2012: Euro 427.657.520,30)

Erträge aus Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Erträge aus Zuschüssen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Erträge aus Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Erträge aus Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind beispielsweise (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder die Eingliederung eines Unternehmens in die Kernverwaltung.

Als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden Geldleistungen ausgewiesen, die für investive Zwecke gewährt werden, aber keine Sonderposten für Investitionen darstellen.

Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die erhaltenen Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht gewährten Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2013 Euro	2012 Euro
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit nicht für Investitionen, von/vom:		
» Bund für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	173.043.531,99	139.123.571,56
» Bund, übrigen	109.266.717,79	105.763.012,02
» Ländern	11.236.202,17	12.775.744,86
» Gemeinden/Gemeindeverbänden	9.174.606,42	9.290.962,18
» Zweckverbänden und dgl.	494.578,30	366.180,37
» Gesetzlicher Sozialversicherung	29.491.707,54	27.926.775,49
» Verbund. Untern., Beteiligungen u. Sondervermögen	590.700,45	130.610,00
» Sonstigen inländischen Bereich	34.109.755,50	33.282.863,04
» Ausländischen Bereich		
» EU	25.178.560,67	4.440.075,36
» Sonstigen ausländischen Bereich	25.694,12	83.017,71
	392.612.054,95	333.182.812,59
Erträge aus Schuldendiensthilfen vom sonstigen inländischen Bereich	16.993.130,03	15.194.417,06
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	87.715.991,46	77.626.514,10
Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen	1.904.168,66	1.653.776,55
Summe Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	499.225.345,10	427.657.520,30

In den Erträgen aus den Zuweisungen und Zuschüssen sind die von der Gemeinde Bremerhaven erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich auch in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameralen Titeln angebotenen Ertragskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse

Euro 158.531.306,68

(2012: Euro 159.435.985,21)

Als Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse sind sämtliche Erträge auszuweisen, die im Rahmen der gewöhnlichen Tätigkeit der Verwaltung sowohl im hoheitlichen als auch im übrigen Bereich entstehen.

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden.

Den Erträgen aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern liegt kein Leistungsaustausch zugrunde. Sie entstehen vielmehr im Wege eines Verwaltungsaktes bzw. eines Urteils.

Unter die Umsatzerlöse fallen grundsätzlich alle Erlöse, die im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen, aber nicht aus Steuern, Finanzausgleichsbeziehungen, Zuweisungen bzw. Zuschüssen, Gebühren sowie Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgeldern resultieren. Hierzu zählen u.a. Erträge aus dem Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen, wie beispielsweise Konzessionsabgaben von Energieversorgungsunternehmen, die zum gewöhnlichen Leistungsangebot der Verwaltung gehören.

	2013 Euro	2012 Euro
Erträge aus Gebühren	92.780.460,15	94.556.603,14
Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	12.099.617,66	13.085.255,40
Umsatzerlöse	53.651.228,87	51.794.126,67
	158.531.306,68	159.435.985,21

5. Sonstige Erträge

Euro 54.664.527,65
(2012: Euro 41.434.718,81)

Zu den sonstigen Erträgen gehören alle Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit, die nicht in den vorhergehenden Posten oder als Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge oder außerordentliche Erträge zu klassifizieren sind.

Dazu gehören u.a. Erträge aus Anlagenabgängen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

	2013 Euro	2012 Euro
Mieten	8.020.767,80	4.287.676,07
Pachten	20.459,02	19.429,09
Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	485,11	183,57
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	26.464.744,68	25.957.976,52
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	463.000,00	2.864.241,14
Übrige sonstige Erträge	19.695.071,04	8.305.212,42
	54.664.527,65	41.434.718,81

6. Summe Erträge

Euro 4.159.735.943,16
(2012: Euro 3.874.916.368,41)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 1 bis 5 ausgewiesenen Erträge.

7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit

Euro –278.548.747,02
(2012: Euro –292.198.608,96)

Zu den Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit zählen die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren, die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit unmittelbar für die Erstellung der Leistung entstehen, sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Herstellung von Erzeugnissen und Leistungen der Verwaltung als externe Vorleistungen anfallen.

	2013 Euro	2012 Euro
Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren:		
» Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdbauteile	-1.727.584,22	-1.875.729,52
» Verbrauchsmaterial	-27.117.411,55	-32.770.057,49
» Energie	-22.916.802,20	-22.028.686,84
» Material für Reparatur- und Instandhaltung	-563.974,32	-673.715,80
» Aufwendungen für Waren	-3.744,14	-2.450,72
	-52.329.516,43	-57.350.640,37
Aufwendungen für bezogene Leistungen:		
» Abfall und Entsorgung	-2.098.879,29	-1.990.726,36
» Fremdinstandhaltung und Wartungsarbeiten	-26.864.909,55	-33.330.005,88
» Fremdleistungen für Gutachten, Werkverträge, Beratung, Rechtsberatung, Schulung	-3.108.462,88	-1.873.073,68
» Aufwendungen für Prozesskostenhilfe und ähnliche Leistungen	-31.504.035,59	-30.127.269,24
» Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	-162.642.943,28	-167.526.893,43
	-226.219.230,59	-234.847.968,59
Summe Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-278.548.747,02	-292.198.608,96
8. Personalaufwand	Euro -1.853.038.099,85 (2012: Euro -1.501.585.823,07)	

Als Personalaufwand werden die Aufwendungen für eigene Mitarbeiter im Rahmen des Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses mit den Bruttobeträgen ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die unmittelbaren Aufwendungen für die eigentliche Arbeitsleistung der Mitarbeiter.

Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie die übrigen gesetzlichen Pflichtabgaben, die durch den Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu leisten sind, werden als soziale Abgaben ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten neben den gezahlten Versorgungsbezügen die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die Aufwendungen für die Versorgungsrücklage sowie für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

	2013 Euro	2012 Euro
Entgelte:		
Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	-216.864.616,79	-217.837.635,29
Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	-7.961.134,26	-4.363.964,82
	-224.825.751,05	-222.201.600,11
Bezüge:		
Dienst-, Amtsbezüge einschließlich Zulagen:		
» Beamte und Richter	-478.987.426,69	-477.345.424,22
» Zivildienstleistende	0,00	0,00
	-478.987.426,69	-477.345.424,22
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:		
Soziale Abgaben:	-61.262.462,53	-57.288.325,98
Aufwendungen für Altersversorgung:		
» Versorgungsbezüge Beamte und Richter	-344.458.856,36	-331.909.661,18
» Versorgungsbezüge Senatoren	-2.418.262,80	-2.396.915,88
» Versorgungsbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-17.174.782,15	-17.182.813,55
» Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-671.190.000,00	-330.088.000,00
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung:	-15.617.171,84	-20.658.062,93
Beihilfen:		
» Soweit nicht Versorgungsempfänger	-10.108.374,09	-11.917.848,45
» Für Versorgungsempfänger	-21.754.994,48	-25.462.565,77
» Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-5.240.017,86	-5.134.605,00
	-1.149.224.922,11	-802.038.798,74
Summe Personalaufwand	-1.853.038.099,85	-1.501.585.823,07

Die Aufwendungen für Entgelte, Bezüge, soziale Aufwendungen, Altersversorgung und Beihilfen werden in gesonderten Personalabrechnungssystemen (z. B. KIDICAP) ermittelt und die Werte kumuliert an die Finanzbuchhaltung übertragen.

Die Zusammensetzung der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist in dem Posten Pensionsrückstellungen für und ähnliche Verpflichtungen (Seite 62) erläutert.

9. Abschreibungen

Euro -126.481.836,18
(2012: Euro -119.936.383,04)

In diesem Posten werden die Abschreibungen, die den Werteverzehr des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens der Gebietskörperschaft abbilden, ausgewiesen.

	2013 Euro	2012 Euro
Abschreibungen auf:		
» Immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens	-115.010.678,13	-108.880.561,14
» Sachanlagevermögen	-11.471.158,05	-11.055.821,90
» Umlaufvermögen	0,00	0,00
	-126.481.836,18	-119.936.383,04

Ausgewiesen wird der Werteverzehr, der auf das in der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen ausgewiesene Anlagevermögen entfällt.

Der Werteverzehr, der auf die an die Sondervermögen übertragenen Sachanlagen entfällt, wird in den Erfolgsrechnungen der Sondervermögen als Aufwand ausgewiesen.

10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	Euro -2.184.829.633,15
	(2012: Euro -2.080.308.571,70)

Aufwendungen für Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Aufwendungen für Zuschüsse sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Aufwendungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen umfassen z. B. Sozialhilfeleistungen, die als Barleistungen gewährt werden, Arbeitslosengeld, Unfallrenten und Wohngeld. Die Aufwendungen für übrige Zuweisungen und Zuschüsse umfassen alle Geldleistungen, die vom öffentlichen oder sonstigen Bereich für allgemeine oder für bestimmte Zwecke gewährt werden. Ebenfalls in diesen Posten auszuweisen sind Aufwendungen für atypische Steuervergütungen, die von den Einzelsteuergesetzen für bestimmte Zwecke gewährt werden, ohne dass der Empfänger im Vorfeld durch die entsprechende Steuer belastet wurde. Hierzu gehören unter anderem das Kindergeld, die Investitionszulage, die Eigenheimzulage und die Altersvermögenszulage.

Aufwendungen für Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Aufwendungen für Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind – in Anlehnung an die Zuordnung im Gruppierungsplan – z. B. (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder zur Strukturverbesserung der Wirtschaft (z. B. Abwrackprämien und -hilfen, Stilllegungsprämien, Zuschüsse zur Kapitalausstattung).

Als Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen werden Geldleistungen erfasst, die für investive Zwecke gewährt werden, aber nicht als geleistete Investitionszuweisungen oder -zuschüsse zu aktivieren sind.

Aufwendungen aus der Rückforderung von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die zu leistenden Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2013 Euro	2012 Euro
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, soweit nicht für Investitionen:		
» Renten, Unterstützungen, sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	-584.725.663,47	-550.999.966,36
» Bund	-1.626.886,80	-1.378.673,23
» Länder	-13.384.408,92	-14.261.525,30
» Gemeinden/Gemeindeverbände	-395.928.791,56	-384.546.769,11
» Zweckverbände und dgl.	-178.059,00	-173.010,00
» Gesetzliche Sozialversicherung	-21.143.299,59	-21.017.165,94
» Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-124.907.086,31	-128.327.842,35
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-103.296.698,09	-98.732.821,99
» Private inländische Unternehmen	-11.634.773,84	-8.680.023,78
» Sonstiger inländischer Bereich	-670.899.698,48	-662.961.716,54
» Sonstiger ausländischer Bereich	-161.376,53	-6.971,43
	-1.927.886.742,59	-1.871.086.486,03
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen:		
» Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0,00	0,00
» Sonstiger öffentliche Sonderrechnungen	-100.249,17	-141.204,95
» Private inländische Unternehmen	-15.016,81	-18.801,05
» Sonstiger inländischer Bereich	-50.509,81	-55.642,50
	-165.775,79	-215.648,50
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-256.777.114,77	-209.006.437,17
Summe Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.184.829.633,15	-2.080.308.571,70

In den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind die an die Gemeinde Bremerhaven gezahlten Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameraleen Titeln angebotenen Aufwandskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

11. Sonstige Aufwendungen

Euro –144.279.977,29

(2012: Euro –133.242.779,97)

Zu den sonstigen Aufwendungen zählen alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit, soweit sie nicht in den vorhergehenden Posten oder den Aufwendungen des Finanzergebnisses auszuweisen sind. Sie umfassen sonstige Personalaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Vermögensgegenständen und übrige Aufwendungen.

Zu den sonstigen Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die keine Entgelte, Bezüge oder soziale Abgaben bzw. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen betreffen, z. B. Aufwendungen für Personalmaßnahmen, Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Umzugskosten und Trennungsgeld, Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung und Aufwendungen für Bürgerschaftsabgeordnete.

Als Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten werden u. a. die Aufwendungen für Mieten (inklusive Nebenkosten), Pachten, Erbbauzinsen, Leasing, Lizenzen und Konzessionen, Gebühren und Beiträge, Rechtsverfolgungskosten, Prüfung, Beratung sowie die Aufwendungen für abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte ausgewiesen.

Unter die sonstigen Aufwendungen fallen außerdem die Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (Abschreibungen auf das Umlaufvermögen, außer Vorräte) und der Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens sowie übrige Aufwendungen. Übrige Aufwendungen beinhalten u. a. Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Porto und Versandkosten, Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, nicht personenbezogene Versicherungsbeiträge, Aufwendungen für Telekommunikation, Reisekosten sowie Mitgliedsbeiträge, Schadenersatzleistungen, Leistungen aus Bürgschaften, Verspätungszuschläge sowie Zuführungen zu Rückstellungen.

	2013 Euro	2012 Euro
Sonstige Personalaufwendungen:		
» Personalmaßnahmen	-586.646,54	-551.543,34
» Übernommene Fahrt-/Umkzugskosten, Trennungsgeld	-51.915,26	-33.743,64
» Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	-330.514,24	-492.231,76
» Aus-, Fort- und Weiterbildung	-2.619.377,08	-2.451.398,33
» Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft	-11.444.251,37	-9.531.130,09
» Übrige sonstige Personalaufwendungen	-2.281.718,94	-2.312.909,58
	-17.314.423,43	-15.372.956,74
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten:		
» (Echt-)Mieten	-90.182.544,37	-89.049.381,08
» Pachten	-596.921,62	-590.806,66
» Leasing	-474.881,86	-487.156,63
» Lizenzen und Konzessionen	-833.069,95	-543.897,37
» Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-4.820.327,90	-2.989.691,34
» Abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte	-1.281.856,75	-994.008,86
» Sonstige Aufwendungen für die Inanspruch- nahme von Rechten und Diensten	-2.449.534,07	-1.545.353,44
	-100.639.136,52	-96.200.295,38
Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und sonstiges:		
» Zeitungen und Fachliteratur	-1.282.230,31	-1.230.878,22
» Porto und Versandkosten	-4.049.620,24	-3.631.736,37
» Gästebewirtung, Repräsentation		
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	-1.567.964,02	-1.971.164,00
» Versicherungsbeiträge	-8.031.405,03	-928.267,51
» Telekommunikation	-7.350.640,35	-6.701.834,86
» Reisekosten	-2.233.781,39	-2.143.686,76
» Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-176.323,74	-3.481.284,12
» Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-149.009,31	-297.559,09
» Übrige Aufwendungen	-1.485.442,95	-1.283.116,92
	-26.326.417,34	-21.669.527,85
Summe sonstige Aufwendungen	-144.279.977,29	-133.242.779,97

12. Summe Aufwendungen

Euro -4.587.178.293,49

(2012: Euro -4.127.272.166,74)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 7 bis 11 ausgewiesenen Aufwendungen.

13. Verwaltungsergebnis

Euro –427.442.350,33
(2012: Euro –252.355.798,33)

Das Verwaltungsergebnis stellt den Saldo aus Ziffer 6 (Summe Erträge) und Ziffer 12 (Summe Aufwendungen) dar.

14. Erträge aus Beteiligungen

Euro 10.900.785,39
(2012: Euro 12.658.212,77)

Ausgewiesen werden die Erträge aus Beteiligungen, z. B. Erträge aus Dividenden, Erträge aus Gewinnabführungen sowie aus Ausschüttungen.

	2013 Euro	2012 Euro
Erträge aus Beteiligungen	10.900.785,39	12.658.212,77
	10.900.785,39	12.658.212,77

**15. Erträge aus anderen Wertpapieren
und Ausleihungen Finanzanlagevermögen**

Euro 302.694.202,92
(2012: Euro 305.911.864,30)

Ausgewiesen werden die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen von Ländern, Gemeinden, verbundenen und nicht verbundenen Unternehmen, z. B. Zinserträge.

	2013 Euro	2012 Euro
Erträge aus anderen Wertpapieren		
Zinserträge:		
» von Ländern	76.458.125,00	51.000.000,00
» von Gemeinden/ Gemeindeverbänden	186.660.165,48	206.023.808,76
» von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	39.574.967,01	48.873.805,86
Ausleihungen Finanzanlagevermögen		
Zinserträge:		
» von privaten inländischen Unternehmen	945,43	14.249,68
	302.694.202,92	305.911.864,30

16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Euro 279.615.786,42
(2012: Euro 358.007.511,11)

Ausgewiesen werden Zinserträge, die nicht als Erträge aus Beteiligungen oder aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens auszuweisen sind, z. B. Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten oder Forderungen.

	2013 Euro	2012 Euro
Sonstige Zinsen vom/von:		
» Verbundenen Unternehmen und Einrichtungen,		
Beteiligungen und Sondervermögen	2.664.939,81	5.370.748,60
» Öffentlichen Sonderrechnungen	46.635.721,04	50.464.692,17
» Sonstigen öffentlichen Bereich	208.790.797,00	296.301.544,12
» Sonstigen inländischen Bereich	1.993.530,55	3.529.869,45
» Ausländischen Bereich	19.530.798,02	2.340.656,77
	279.615.786,42	358.007.511,11

Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen beinhalten u. a. Erträge aus noch nicht ausgezahlten Zinsen 2013 der Anstalt für Versorgungsvorsorge. Die Forderung aus diesen Zinsen ist in dem Posten Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen enthalten.

17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

Euro –292.028.289,83
(2012: Euro –423.399,76)

In diesem Posten werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen ausgewiesen, sofern die Werthaltigkeit nach den Standards staatlicher Doppik nicht mehr gegeben ist. Die vorgenommenen Abschreibungen wurden bei der jeweiligen Vermögensposition erläutert.

	2013 Euro	2012 Euro
Abschreibungen auf Finanzanlagen	–292.028.289,83	–423.399,76
	–292.028.289,83	–423.399,76

18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Euro –1.114.371.971,74
(2012: Euro –1.198.162.279,99)

Ausgewiesen werden Zinsen und ähnliche Aufwendungen, die für aufgenommenes Fremdkapital zu zahlen sind, z. B. Zinsswaps, Zinstermin- und Zinsoptionsgeschäfte, Zinsen für Kredite und Darlehen.

	2013 Euro	2012 Euro
Zinsen:		
» Verbundene Unternehmen	-1.178.806,79	-1.157.440,46
» Nicht verbundene Unternehmen Swaps	-435.274.122,72	-378.030.626,43
» Bund	-576.050,91	-659.781,97
» Länder	-183.848.928,75	-210.778.200,39
» Gemeinden/Gemeindeverbände	-29.643,10	-424.864,56
» Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-30.143.490,69	-34.107.419,65
» Private inländische Unternehmen	-446.738.850,63	-465.470.694,39
» Sonstiger inländischer Bereich	-1.072,77	-10.736.251,27
» Sonstiger ausländischer Bereich	-1.643.276,61	-10.732.340,33
	-1.099.434.242,97	-1.112.097.619,45
Übrige ähnliche Aufwendungen:	-13.125.000,00	-77.352.896,68
Abschreibungen auf Disagio o. Damnum:	-1.812.728,77	-8.711.763,86
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.114.371.971,74	-1.198.162.279,99

19. Finanzergebnis

Euro -813.189.486,84
(2012: Euro -522.008.091,57)

Das Finanzergebnis stellt den Saldo aus den Ziffern 14 (Erträge aus Beteiligungen), 15 (Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen), 16 (sonstige Zinsen und ähnliche Erträge), 17 (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) und 18 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) dar.

20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Euro -1.240.631.837,17
(2012: Euro -774.363.889,90)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird aus den Salden der Ziffern 13 (Verwaltungsergebnis) und 19 (Finanzergebnis) ermittelt.

21. Außerordentliche Aufwendungen

Euro 0,00
(2012: Euro -22.584.679,77)

	2013 Euro	2012 Euro
Anpassung HAWOBEG wg. BilMoG	0,00	-22.584.679,77
	0,00	-22.584.679,77

Unter dem Posten außerordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen.

Dabei handelt es sich um Vorgänge, die in hohem Maße ungewöhnlich sind, d. h., deren Auftreten nicht erwartet werden kann und die selten oder unregelmäßig vorkommen, d. h. nicht ständig anfallen bzw. nicht wiederkehrender Natur und somit nicht planbar sind. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein.

Diese Aufwendungen sind daher weder dem Verwaltungsergebnis noch dem Finanzergebnis zuzurechnen. Dabei ist mit Blick auf die gesamte Verwaltungstätigkeit im Einzelfall zu prüfen, ob ein besonderer Vorgang im Hinblick auf die bisherige und künftige Entwicklung vorliegt.

22. Außerordentliches Ergebnis	Euro 0,00
	(2012: Euro –22.584.679,77)

Die in Ziffer 21 ausgewiesenen Aufwendungen werden als außerordentliches Ergebnis dargestellt.

23. Steuern	Euro –10.200,94
	(2012: Euro –11.739,48)

In diesem Posten sind die Steuern der Gebietskörperschaft aus eigenen Steuerschuldverhältnissen auszuweisen. Es werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus Erstattungen erfasst.

Zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zählen z. B. die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragsteuer sowie die entsprechenden ausländischen Steuern.

Als sonstige Steuern werden die Verbrauchs- und Verkehrssteuern (z. B. Kfz-Steuer), die von der Verwaltung zu entrichten sind, ausgewiesen.

	2013 Euro	2012 Euro
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
Sonstige Steuern:		
» Kfz-Steuer	–10.200,94	–11.739,48
	–10.200,94	–11.739,48

24. Jahresfehlbetrag	Euro –1.240.642.038,11
	(2012: Euro –796.960.309,15)

Der Jahresfehlbetrag stellt den Saldo aller in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge dar.

Sonstige Angaben

Innerbremische Verschuldung im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen mit den Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen konsolidiert, sodass diese konsolidierte Betrachtung den Wert null ergibt.

	Stand 31.12.2013
Ausleihungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen	Euro 6.550.649.594,06
Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen,	
davon:	Euro 6.550.649.594,06
» Laufzeit ein bis fünf Jahre	Euro 155.564.594,06
» Laufzeit über fünf Jahre	Euro 6.395.085.000,06

Derivative Finanzinstrumente

Die Senatorin für Finanzen ist gemäß Haushaltsgesetz ermächtigt, derivative Finanzinstrumente mit dem Ziel einzusetzen, die bestehenden und künftigen Zinsänderungsrisiken zu minimieren, die Zinsausgaben auf niedrigem Niveau zu verstetigen und die Zinskonditionen zu optimieren.

Per 31.12.2013 hat die Freie Hansestadt Bremen folgende Bestände an Derivaten:

Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	7.900,00	4.315,50	3.584,50
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	4.294,00	5.365,00	-1.071,00
» Kauf	0,00	0,00	0,00
Summe	12.194,00	9.680,50	2.513,50
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	1.075,00	350,00	

Zinssicherungs-/-optimierungsgeschäfte in der Zukunft

Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	1.050,00	0,00	1.050,00
Zinssatzswaps mit Optionen			
» Verkauf	100,00	0,00	100,00
» Kauf	0,00	0,00	0,00
Summe	1.150,00	0,00	1.150,00

Das erforderliche Konnexitätsgebot zwischen Zinsderivat und Kreditgeschäft gemäß Dienstleistungsweisung wurde eingehalten. Ein hoher Teil der Derivate hebt sich aufgrund von erforderlichen Feinsteuermassnahmen gegenseitig auf.

Haftungsverhältnisse

Unter den Haftungsverhältnissen sind die Verbindlichkeiten, die nur unter bestimmten Umständen eintreten können, aufzuführen. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik werden nachstehend lediglich die Haftungsverhältnisse aus den Bürgschaften aufgeführt:

	2013 Euro	2012 Euro
Summe des Bürgschaftsbestandes (Eigenrisiko FHB)	1.152.146.495,54	1.146.562.397,87
abzgl. gebildeter Rückstellungen	-686.993,09	-735.451,96
Verbleibendes Haftungsrisiko	1.151.459.502,45	1.145.826.945,91

Eventualverbindlichkeiten

In seinem Jahresbericht 2012 (Land) empfiehlt der Rechnungshof, Finanzanlagen der FHB mit negativem Eigenkapital als Eventualverbindlichkeiten auszuweisen, um die sich daraus ergebenden Risiken darzustellen.

In den Standards staatlicher Doppik ist dieser Sachverhalt bisher nicht geregelt.

Folgende Finanzanlagen weisen für 2013 ein negatives Eigenkapital aus:

Bremischer Anteil am Eigenkapital:

	2013 Euro	2012 Euro
Bremer Volkshochschule	-751.635,09	-1.056.329,82
IWF Wissen und Medien gGmbH	-95.423,13	-130.216,57
Theater Bremen GmbH	-798.885,38	-1.408.478,78
	-1.645.943,60	-2.595.025,17

Die IWF Wissen und Medien gGmbH befindet sich seit 2010 in Liquidation. Für die FHB ergeben sich hieraus keine weiteren Verpflichtungen.

Anzahl der Beschäftigten in Bremen

Im Jahr 2013 waren insgesamt 25.862 Personen in bremischen Einrichtungen beschäftigt. Diese Zahl umfasst die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (Beamten und Angestellten) in der

bremischen Kernverwaltung, in den Sonderhaushalten nach § 15 LHO, Eigenbetrieben, Betrieben nach § 26 LHO, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in privatrechtlich organisierten Gesellschaften, bei denen das Land Bremen mindestens 50% der Anteile besitzt.

2013 arbeiteten 37,6% der Beschäftigten in der Kernverwaltung und 43,9% in den Gesellschaften. Die 25.862 Beschäftigten entsprechen einem Beschäftigungsvolumen (Umrechnung in Vollzeitkräfte) von 22.837.

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in Bremen

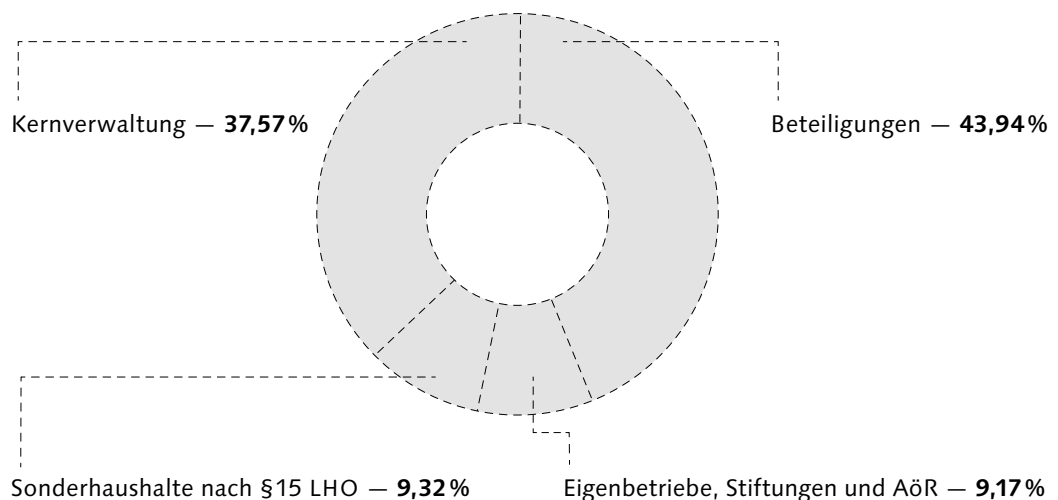
	2013	Anzahl Beschäftigte ¹ 2012	2013	Beschäftigungsvolumen 2012
Kernverwaltung	17.329	17.656 ²	15.764	15.764
Sonderhaushalte nach § 15 LHO	4.301	4.270	3.621	3.601
Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	4.232	4.161	3.452	3.396
Beteiligungen ³	20.267	18.955	17.227	16.111
Insgesamt	46.129	45.042	40.064	38.872

1 Mit Anwärtern, Praktikanten, Auszubildenden

2 Zahl wurde gegenüber dem Geschäftsbericht 2012 aktualisiert

3 Lt. Beteiligungsbericht 2012/2013. Die Zahl der Beschäftigten basiert auf einer Berechnung anhand der Teilzeitquote

Beschäftigte in Bremen nach Beschäftigungsbereichen (2013)



In der Kernverwaltung und den Ausgliederungen arbeiten insgesamt 11.870 Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen und 12.485 Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen. Davon sind 8.814 teilzeitbeschäftigt.

Durchschnittliche Beschäftigtenzahl nach Gruppen¹

	2013
Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter	11.870
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	12.485
Sonstige ²	1.506
Insgesamt	25.861
Davon Teilzeitkräfte	8.814

1 Die Beschäftigtenzahl bezieht sich auf die Kernverwaltung und die Ausgliederungen (ohne Beteiligungen)

2 Anwärter, Auszubildende, Praktikanten

Die Dienstbezüge für die Verwaltungsspitze (Bürgermeister/Bürgermeisterin, Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsräte und Staatsrätinnen) liegen im Jahr 2013 bei rund 2,5 Mio. Euro. Für Versorgungsleistungen von ehemaligen Senatorinnen und Senatoren wurden rund 2,4 Mio. Euro ausgezahlt.

Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2013**Jens Böhrnsen** (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretende Präsidentin des Senats, Bürgermeisterin,
Senatorin für Finanzen und Senatskommissarin für den Datenschutz

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Martin Günthner (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senator für Justiz und Verfassung

Dr. Joachim Lohse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Anja Stahmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen,
Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Dr. Hermann Schulte-Sasse (parteilos)

Senator für Gesundheit

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) führt neben ihren Eigenbetrieben, Stiftungen, Sonderhaushalten und sonstigen Sondervermögen Beteiligungen mit unterschiedlichen Besitzanteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Beteiligungen werden größtenteils in der Rechtsform der GmbH oder AG geführt. Bei den Mehrheitsbeteiligungen werden die Einheiten gemäß „Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ geführt. In diesem Regelwerk sind alle wesentlichen Vorgaben für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den Gesellschafter festgelegt. Sie betreffen die Organisation, die Standards zum Planungs- und Berichtswesen, Hinweise für die Organe der Gesellschaften, Mustertexte Recht und Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Weitere zu beachtende Regelwerke sind u.a. der Public-Corporate-Governance-Kodex der Freien Hansestadt Bremen sowie die aktienrechtlichen Bestimmungen.



Bremer Rathaus – Herolde am Ostportal

**Unternehmen/Sondervermögen (SV)/Sonderhaushalte (SH)/
Anstalten öffentlichen Rechts (AöR)**

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2012 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2012 Euro
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Land)			
Aareal Bank AG, Wiesbaden	0,02	2.352.000.000,00	5.000.000,00
Bremer Arbeit GmbH, Bremen		0,00	0,00
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale, Bremen	7,50	1.307.000.000,00	31.000.000,00
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283.000,00	3.000,00
Bremerhavener Gesellschaft für Investitions- förderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	13,60	4.880.096,24	-1.871.167,45
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	6,90	59.574.385,79	-3.548.637,41
DEGES, Berlin	7,57	90.600,00	5.150,00
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH, Karlsruhe ¹	0,00	47.840,00	0,00
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	100,00	333.005,30	0,00
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH, Grünwald	6,25	1.095.658,43	-16.795,70
HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	4,17	3.201.662,04	3.026.969,32
Hochschule Bremen (SH), Bremen	100,00	74.376.622,49	-406.740,64
Hochschule Bremerhaven (SH), Bremerhaven	100,00	36.667.417,99	-800.389,10
Hochschule für Künste Bremen (SH), Bremen	100,00	31.370.377,04	-1.325.735,25
InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik ²	16,64	1.299.775,38	-1.719.446,76
Institut f. angewandte Systemtechnik Bremen GmbH, Bremen	25,00	502.960,75	24.967,06
IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen ³	10,00	-1.302.165,65	3.054.847,43
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	0,33	16.685.345.000,00	1.463.928.000,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	2,44	4.235.545,26	-422.965,39
Landesuntersuchungsamt (SH), Bremen	100,00	0,00	0,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	5,00	131.963,88	26.000,00
Münchener Hypothekenbank eG, München ⁴	0,00	0,00	5.383.035,94
nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover ⁵	20,00	631.944,91	4.624,51
Performa Nord GmbH, Bremen	100,00	87.816,63	966,55
Performa Nord, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	7.081.228,72	1.526.076,97

1 2012 an das Land
Baden-Württem-
berg veräußert

2 Früher AMI
Arzneimittelun-
tersuchungsinsti-
tut-Nord GmbH –
Umfirmierung ab
dem 01.01.2013

3 Befindet sich
seit 01.01.2011
in Liquidation

4 Festbetrag in Höhe
von 70 Euro

5 Umstrukturierung
und Umfirmierung
ab dem 01.01.2013

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2012 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2012 Euro
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SH), Bremen	100,00	5.294.639,09	-1.057.604,91
SV Bremer Kapitaldienstfonds, Bremen	100,00	0,00	0,00
SV Fischereihafen, Bremen	100,00	44.289.661,90	-15.264.282,32
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	14.575.306,91	-1.147.465,07
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	47.916.710,08	-253.882,98
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Bremen	100,00	0,00	0,00
Universität Bremen (SH), Bremen	100,00	214.282.707,58	-18.759.962,55
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	92,27	120.915.961,36	0,00
Finanzanlagen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)			
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Besitzges. Science Center Bremen GmbH (ehemals Visionarum), Bremen	100,00	2.284.460,32	-1.138.594,29
Botanika (Rhododendronpark) GmbH, Bremen	100,00	6.540.587,37	-1.248.079,45
Bremen Online Services Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	16.557,88	1.185,28
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	55,10	2.791.706,68	53.440,31
Bremen.online GmbH, Bremen	100,00	162.869,87	15.327,76
bremenports Beteiligungs GmbH, Bremerhaven	100,00	25.750,46	163,01
bremenports GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	250.000,00	885.087,27
Bremer Bäder GmbH, Bremen	97,65	3.093.094,91	-616.271,06
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	10,10	1.382.490,14	228.622,32
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen	50,42	18.236.962,55	2.666.014,76
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co. KG, Bremen	100,00	305.825.869,91	43.287.365,05
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	26,00	115.616,56	-291.894,71
Bremer Ratskeller GmbH, Bremen	100,00	588.624,06	-113.460,07
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	425.000,00	31.158,96
Bremer Verkehrsgesellschaft mbH, Bremen	100,00	575.576.569,80	-46.537.969,92
Bremer Volkshochschule, Bremen	100,00	-1.056.329,82	-366.092,76
BREPARK GmbH, Bremen	3,00	15.863.935,26	0,00
Columbus Cruise Center GmbH, Bremerhaven	25,00	874.678,13	137.684,18
ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2,81	10.025.386,67	2.616.483,68
Facility Management Bremen GmbH, Bremen	100,00	151.639,24	34.182,71
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	55,00	3.113.026,49	103.654,87
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	100,00	85.145.096,80	-2.863.123,16

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2012 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2012 Euro
Focke-Museum, Bremen	100,00	2.797.063,58	179.325,00
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (Konzern), Bremen	100,00	21.308.088,40	-39.291.922,15
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	45.185.300,29	-28.723.354,62
Großmarkt Bremen GmbH, Bremen	100,00	7.918.293,03	47.824,19
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH, Bremen	100,00	26.340,24	157,00
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0,00	-564.533,38
Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG), Bremen	100,00	255.860,52	18.568,59
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs- Gesellschaft mbH, Bremen	80,00	6.598.475,64	3.588.771,89
hanseWasser Bremen GmbH, Bremen	25,10	60.848.166,16	0,00
Immobilien Bremen, AöR, Bremen	100,00	1.111.759,94	229.608,73
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungs- gesellschaft mbH, Wilhelmshaven	49,90	67.301,83	-50,10
JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wilhelmshaven	49,90	285.897.354,16	633.422,57
KiTa Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	1.237.625,62	47.747,71
Münchener Hypothekenbank eG, München ⁶	0,00	0,00	5.383.035,94
Musikschule Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	312.302,34	88.327,29
Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	886.280,59	-80.005,92
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	219.436.038,40	-10.359.606,10
SV Hafen, Bremen	100,00	299.413.319,62	-68.363.974,53
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	495.382.987,19	2.342.712,00
SV Infrastruktur, Bremen	100,00	1.313.613.617,89	-113.097.404,78
SV Kommunale Abfallentsorgung, Bremen	100,00	1.130.284,75	11.479,98
SV Überseestadt, Bremen	100,00	57.797.325,61	-8.243.651,18
Theater Bremen GmbH, Bremen	100,00	-1.408.478,78	3.352,98
Übersee-Museum, Bremen	100,00	5.469.791,01	140.203,00
Umweltbetrieb Bremen, Bremen	100,00	153.826.464,99	228.709,68
Werkstatt Bremen, Bremen	100,00	50.799.067,82	-736.228,20
Werkstatt Nord gGmbH, Bremen	100,00	537.461,24	34.289,04
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	6,95	120.915.961,36	0,00
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	37,20	26.955,57	5.524,16

6 Festbetrag in Höhe
von 70 Euro

Da es sich beim Landesuntersuchungsamt, dem SV Versorgungsrücklage und dem Bremer Kapitaldienstfonds um kameral buchende Sonderhaushalte handelt, werden diese wertmäßig nicht in dem doppelischen Jahresabschluss erfasst.

Finanzrechnung

zum 31.12.2013

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes wird in Form einer Cashflow-Rechnung dargestellt.

–299,86 Mio. Euro

Cashflow aus der Verwaltungstätigkeit

200,75 Mio. Euro

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Die Finanzrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Haushaltsjahres in Form einer Cashflow-Rechnung dar.

Dabei werden ausgehend vom Jahresergebnis die liquiditätswirksamen und nicht liquiditätswirksamen Veränderungen der Vermögens- und Erfolgsrechnung innerhalb eines Haushaltsjahres nach bestimmten Kriterien dargestellt. Es wird letztendlich wie bei der kameralen Haushaltsrechnung auf Betrachtung der liquiden Einnahmen und Ausgaben abgestellt.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich unter Anwendung der Standards staatlicher Doppik bei Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (CF I) für die indirekte Ermittlungsmethode entschieden. Die Cashflows aus Investitionstätigkeit (CF II) und aus Finanzierungstätigkeit (CF III) werden, wie in den Standards vorgegeben, nach der direkten Methode, also auf der Basis von Zahlungsdaten, ermittelt.

Die Finanzrechnung baut sich wie folgt auf:

» **Cashflow I** (CF aus der laufenden

Verwaltungstätigkeit = operativer CF)

Der Cashflow I gibt die zahlungswirksame Tätigkeit wieder, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist. Bei der indirekten Methode wird das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge bereinigt.

» **Cashflow II** (CF aus Investitionstätigkeit)

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst den Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens sowie von längerfristigen finanziellen Vermögenswerten, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zuzurechnen sind.

» **Cashflow III** (CF aus Finanzierungstätigkeit)

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst alle zahlungswirksamen Aktivitäten, die sich auf den Umfang und die Zusammensetzung der Eigenkapitalposten und der Finanzschulden der Gebietskörperschaft auswirken, vor allem die Aufnahme und Tilgung von Krediten. Hier können auch Maßnahmen der Binnenfinanzierung wie etwa die Finanzierung von Versorgungsleistungen abgebildet werden.

Die Bestände an Zahlungsmitteln (Barmitteln und täglich fälligen Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalenten (als Liquiditätsreserven gehaltenen, kurzfristigen, äußerst liquiden Finanzmitteln, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen) werden als Finanzmittelfonds bezeichnet.

Der Finanzmittelfonds zum Stichtag muss mit der Summe aus Cashflow I, II und III sowie dem Bestand des Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode übereinstimmen.

Im Gegensatz zur Darstellung im Anhang werden Leerposten in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Nr.	Bezeichnung	31.12.13 Euro	31.12.12 Euro
CF I	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit		
1	Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-1.240.642.038,11	-774.375.629,38
1.1	+/- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.240.642.038,11	-796.960.309,15
1.2	+/- Außerordentliches Ergebnis	0,00	22.584.679,77
2	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	418.510.126,01	119.936.383,04
2.1	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	418.510.126,01	119.936.383,04
2.2	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	0,00	0,00
3	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	676.533.000,00	329.573.550,17
3.1	+ Zunahme der Rückstellungen	676.996.000,00	334.703.209,21
3.2	- Abnahme der Rückstellungen	-463.000,00	-5.129.659,04
4	+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-116.472.020,05	-4.278.785,52
4.1	+ sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Aufwendungen	0,00	18.234.618,99
4.2	- sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Erträge	-116.472.020,05	-22.513.404,51
5	+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	148.524,20	297.375,52
5.1	- Erträge aus dem Abgang von AV	-485,11	-183,57
5.2	+ Verluste aus dem Abgang von AV	147.972,18	275.612,47
5.3	- Erträge aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	0,00
5.4	+ Verluste aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	1.037,13	21.946,62
6	+/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	188.152.709,41	521.978.754,78
6.1	Vorräte und geleistete Anzahlungen auf Vorräte	17.863,45	-16.132,45
6.2	Forderungen aus Steuern	24.254.000,00	146.000,00
6.3	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
6.4	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.906.422,01	-28.379.935,46
6.5	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen, gegen Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	9.078.764,45	-21.314.813,74
6.6	Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	-16.806.945,73	49.542.158,77
6.7	Sonstige Vermögensgegenstände	138.287.867,13	525.369.072,85
6.8	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
6.9	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2.414.738,10	-3.367.595,19

Nr.	Bezeichnung	31.12.13 Euro	31.12.12 Euro
CF I Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit			
7	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-226.087.197,44	-116.273.995,86
7.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF III)	-336.038.892,75	0,00
7.2	Verbindlichkeiten aus Steuern	4.404.533,12	-891.126,95
7.3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
7.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	160.701,18	-14.000,29
7.6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	73.042.493,32	29.810.374,04
7.7	Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	143.546,53	1.351.694,64
7.8	Sonstige Verbindlichkeiten	32.200.421,16	-146.530.937,30
7.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
8	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	0,00
8.1	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
8.2	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
9	Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit (CF I)	-299.856.895,98	76.857.652,75
CF II Cashflow aus Investitionstätigkeit			
10	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	38.678,47	14.527,82
11	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-11.671.065,95	-13.402.232,40
12	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-142.416.685,07	-167.972.546,60
14	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
15	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-55.700.300,00	0,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.13 Euro	31.12.12 Euro
CF II	Cashflow aus Investitionstätigkeit		
16	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17	– Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18	+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionszuschüssen	10.580.301,66	14.776.420,84
19	Cashflow aus Investitionstätigkeit (CF II)	–199.169.070,89	–166.583.830,34
CF III	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		
20	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
21	– Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
22	+ Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	13.551.163.499,15	33.244.057.299,93
22.1	Anleihen und Obligationen	10.874.812.201,46	23.591.733.466,76
22.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	1.049.481.007,09	5.060.448.134,37
22.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	1.626.870.290,60	4.591.875.698,80
23	– Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	–13.350.418.022,44	–32.284.932.088,30
23.1	Anleihen und Obligationen	–10.692.635.171,76	–22.933.158.723,46
23.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	–1.116.531.427,24	–1.926.040.868,33
23.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	–1.541.251.423,44	–7.425.732.496,51
24	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (CF III)	200.745.476,71	959.125.211,63
25	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 19 und 24)	–298.280.490,16	869.399.034,04
26	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
26.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
26.2	Festgeld	0,00	0,00
26.3	Bankkonten	0,00	0,00

Nr.	Bezeichnung	31.12.13 Euro	31.12.12 Euro
26.4	Kassen	0,00	0,00
26.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
26.6	Zahlstellen	0,00	0,00
26.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
26.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
27	+ Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	931.505.781,91	62.106.747,87
27.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
27.2	Festgeld	0,00	0,00
27.3	Bankkonten	931.352.912,94	61.965.079,73
27.4	Kassen	152.868,97	141.668,14
27.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
27.6	Zahlstellen	0,00	0,00
27.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
27.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
28	Summe Cashflow und Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres	633.225.291,75	931.505.781,91
29	Finanzmittelfonds 31.12. des Jahres	633.225.291,75	931.505.781,91
	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
	Festgeld	0,00	0,00
	Bankkonten	633.079.423,33	931.352.912,94
	Kassen	145.868,42	152.868,97
	Handvorschüsse	0,00	0,00
	Zahlstellen	0,00	0,00
	Geldannahmestellen	0,00	0,00
	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00

Die Freie Hansestadt Bremen erstellt im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses eine Finanzrechnung in Form einer Cashflow-Rechnung. In dieser werden Herkunft und Verwendung der flüssigen Geldmittel für

die laufende Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit innerhalb des Haushaltsjahres aufgezeigt und den Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt.

Glossar

Abschreibungen

Die Abschreibungen stellen die Wertminderungen von Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens dar.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung dient als Nebenbuchhaltung der Finanzbuchhaltung dem Ausweis der Anlagegüter und deren Werteverzehr in Form der Abschreibungen.

Anlagevermögen

Als Anlagevermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu dienen sollen, langfristig zur Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen beizutragen.

Beteiligungen

Beteiligungen stellen den Anteil an privatrechtlich organisierten Unternehmen dar.

Bilanz

Siehe Vermögensrechnung.

Bürgschaft

Durch eine Bürgschaft wird eine Verpflichtung begründet, ggf. für eine fremde Geldschuld gegenüber einem Dritten einzustehen.

Cashflow

Der Cashflow ist eine finanzielle Größe, die im Rahmen der Finanzrechnung ermittelt wird und den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt.

Doppelte Buchführung (Doppik)

Die doppelte Buchführung in Konten (Doppik) ist ein Rechnungswesensystem, in dem jeder Geschäftsvorfall sowohl auf seine Auswirkung hinsichtlich des Erfolges als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vermögen aufgezeichnet wird.

Eigenbetrieb nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Eigenbetrieb ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (FHB), das durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes entstanden und

zur Erfüllung einzelner Aufgaben der FHB bestimmt ist. Entsprechend gelten für ihn die Vorschriften der LHO, soweit durch ein anderes Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird für die Rechnungsperiode der Ertrag dem Aufwand gegenübergestellt und das Ergebnis der Periode ermittelt. Die Erfolgsrechnung wird auch als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ermittelt als Bestandteil des doppelten Jahresabschlusses in der FHB als Liquiditätsrechnung den Unterschiedsbetrag zwischen den Ein- und Auszahlungen.

Fundierte Schulden

Fundierte Schulden sind Staatsschulden, die grundsätzlich langfristig bestehen. Damit sind Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand gemeint, die regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr oder länger) zurückgezahlt werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr, deren Nettoanschaffungskosten einen bestimmten festgesetzten Wert nicht überschreiten. GWG werden zwingend über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Erfolgsrechnung)

Gemäß den Festlegungen in den Standards staatlicher Doppik wird der Begriff Gewinn- und Verlustrechnung durch den Begriff Erfolgsrechnung ersetzt.

Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist die kamerale Jahresrechnung über den Haushalt, die dem Parlament zur Entlastung des Senats vorzulegen ist.

Investitionen

Investitionen sind langfristig nutzbare Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

Kameralistik

Die Kameralistik ist ein überwiegend von der öffentlich-rechtlich organisierten Verwaltung angewendetes Buchführungssystem, bei dem Einnahmen und Ausgaben geführt werden und den geplanten Einnahmen und Ausgaben (Anschlag bzw. Soll) sowie tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Ist) eines Haushaltsjahres gegenübergestellt werden.

Kernverwaltung (FHB)

Die Kernverwaltung bildet den originären Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung ab, die unmittelbar über die bremischen Haushalte abgewickelt werden.

Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen. In Abweichung von den tatsächlichen Zahlungsströmen wird der Ertrag bzw. der Aufwand den verursachungsgerechten Perioden zugeordnet.

Rücklagen

Rücklagen sind Teil des Kapitals, das buchungstechnisch bestimmten zukünftigen bekannten Zwecken zugeführt werden soll.

Rückstellungen

Rückstellungen sind eine Berücksichtigung von zukünftigem Aufwand, dessen Eintreten dem Grund oder der Höhe nach noch nicht sicher ist und der in der abzuschließenden Rechnungsperiode verursacht wurde.

Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Sondervermögen ist ein rechtlich unselbstständiger, abgesonderter Teil des Vermögens der FHB. Es ist durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes begründet und dient der Erfüllung einzelner Aufgaben der gründenden Gebietskörperschaft.

Sonstige Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein sonstiges Sondervermögen ist eine bewirtschaftete, rechtlich unselbstständige, abgesonderte Vermögensmasse der FHB ohne Personalkörper in Ausgestaltung eines Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO.

Standards staatlicher Doppik

Als untergesetzliche Normierung zum Haushaltsgrundsätzegesetz werden in den Standards staatlicher Doppik für die Länder und den Bund einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln zum doppelischen Rechnungswesen festgelegt.

Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu bestimmt sind, kurzfristig der FHB zu dienen.

Vermögensnachweis

Der Vermögensnachweis ist die zusammengefasste Übersicht über das Vermögen und die Schulden der FHB zum Stichtag des jeweiligen Haushaltsjahres.

Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist die stichtagsbezogene Gegenüberstellung der Vermögenswerte und deren Finanzierung. In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Vermögensrechnung als Bilanz bezeichnet.

Zuwendungen

Zuwendungen sind Leistungen nach § 23 / § 44 LHO aus dem öffentlichen Haushalt an Stellen außerhalb der FHB zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse hat.

Abkürzungen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
BEZ	Bundesergänzungszuweisung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Doppik	Doppelte Buchführung in Konten
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	eingetragene Genossenschaft
FHB	Freie Hansestadt Bremen
FöKo	Föderalismuskommission
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
LFA	Länderfinanzausgleich
LHO	Landeshaushaltsordnung
ReSoSta	Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor
StaBu	Statistisches Bundesamt
StaLa	Statistisches Landesamt
SV	Sondervermögen

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072

office@finanzen.bremen.de
www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte

Druck

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Konzept und Gestaltung

Büro 7 visuelle Kommunikation GmbH, Bremen

Dieser Geschäftsbericht wurde – mit Ausnahme des Umschlags – auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100% aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.

BILDNACHWEIS

Titel: Freie Hansestadt Bremen

Seite 3: Tristan Vankann

Seiten 6, 63, 92, 106: Freie Hansestadt Bremen

Seiten 8, 11, 72: BTZ Bremer Touristik-Zentrale

Seite 16: Jan Rathke/BTZ Bremer Touristik-Zentrale

Seiten 22, 39: Henning Migge

Seite 25: BLG LOGISTICS GROUP AG & Co. KG

Seite 29: Björn Behrens, HfK Bremen

Seite 50: Bremer Landesbank

Seite 68: Universum Bremen



Blick aus dem Innenhof des Haus des Reichs (Dienstszitz der Senatorin für Finanzen)

Die Senatorin für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1

28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072